

Protokoll der 18. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 13. November 1992; Beginn: 9.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, Neues Hochhaus, Raum 1902; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Veränderung des Parteiensystems 1945–1950“

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 12

Vorträge

Manfred Wilke 14

„Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“
Hermann Weber 22

„Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“
Alexander Fischer 30

„Der Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU“

Zeitzeugen

Erika Wolf 40

Dieter Rieke 44

Wolfgang Schollwer 50

Berichte: „Stand der Forschung und Archivaufarbeitung zur Geschichte der Parteien in der SBZ – 1945–1950

Beatrix Wrede-Bouvier 53

Günter Buchstab 55

Jürgen Frölich 62

Diskussion 66

Vorträge

Günter Braun 83

„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“

Magdalena Heider	89
„Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“	
Lothar Dralle	96
„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“	
Diskussion	105

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen. „Sie alle“ heißt zunächst: die Zeitzeugen, die zu uns gefunden haben. Das sind u. a. Frau Dr. Erika Wolf, Herr Dieter Rieke, Herr Wolfgang Schollwer. Sie wurden von den Fraktionen benannt. Außerdem sehe ich unter uns Bundesminister a.D. Hans Katzer, den ich herzlich begrüßen möchte. Dasselbe gilt für die Herren Roland Bude, Gerold Rummler und Heinz Putzrath.

Ihnen allen liegt der Ablaufplan für den heutigen Tag vor. Daraus ist zu erkennen, daß wir einige Sachverständige um Referate gebeten haben, mit denen sie uns in das Thema „Die Veränderung des Parteiensystems in der DDR von 1945 bis 1950“ einführen sollen.

Wir wollen dann an zwei Stellen miteinander ins Gespräch kommen und Fragen an die Referierenden stellen. In diesem Zusammenhang sollen dann die Zeitzeugen – punktweise zumindest – die Möglichkeit haben, aus ihren Biographien zu berichten, denn das gehört unserer Meinung nach einfach mit dazu. Wir wollen hier ja kein wissenschaftliches Kolloquium durchführen, sondern es soll ein Stück von dem deutlich werden, was das Leben der Menschen in der DDR zwischen 1945 und 1990 – heute geht es aber nur um die Zeit von 1945 bis 1950 – ausgemacht hat.

Herzlich möchte ich auch diejenigen begrüßen, die ich bisher – namentlich zumindest – noch nicht begrüßt habe. Dabei handelt es sich um Zuhörer, die ganz einfach sagen: Das ist ein interessantes Thema. Deswegen bin ich auch hier.

Mit besonderer Freude begrüße ich auch die Vertreter der hochlöblichen Presse. Stellvertretend möchte ich hier Herrn Dr. Stock begrüßen, weil ich davon ausgehe, daß er über diese Anhörung auch berichten wird, so daß die Öffentlichkeit ein Stück davon mitbekommt, daß es eine Enquete-Kommission gibt, die arbeitet und sich nicht nur über die Stasi Gedanken macht.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ wird sich in den nächsten Monaten vorrangig mit dem Themenkreis „Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat“ befassen. Dabei wird es um die Frage der Verantwortung gehen. Der Schwerpunkt in diesem Themenkreis wird nicht auf historischem Gebiet

liegen. Jedoch ist die Darstellung einiger historischer Grundvoraussetzungen der SBZ/DDR unerlässlich.

Mit ihrer heutigen öffentlichen Anhörung unternimmt die Enquete-Kommission den Versuch, die Hintergründe eines wesentlichen Teils der DDR-Geschichte auszuleuchten, nämlich die Veränderung des Parteiensystems in den Jahren von 1945 bis 1950. Diesem Thema sind auch mehrere von der Kommission in Auftrag gegebene Expertisen gewidmet. Die Anhörung verfolgt den Zweck, bisher vorliegende Ergebnisse der Forschung der Kommission und der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zugleich die Bezüge zur Lebenspraxis in der damaligen Zeit deutlich werden zu lassen. Gegenstand der heutigen Veranstaltung wird die Entstehung des sogenannten sozialistischen Mehrparteiensystems in den Jahren von 1945 bis 1950 sein. Dabei spielen selbstverständlich die entsprechenden Konzeptionen der KPD gegen Kriegsende, die Wandlung der SED zur kommunistischen Kader- und Massenpartei – insbesondere durch die Ausschaltung sozialdemokratischer Einflüsse – und nicht zuletzt der sowjetische Einfluß auf die Parteien in der SBZ eine wichtige Rolle.

Da die KPD/SED die Massenorganisationen zielstrebig zur Durchsetzung ihres Hegemonieanspruches und zur Gleichschaltung der nichtkommunistischen Parteien eingesetzt hat, wird hier auch von einigen der Massenorganisationen in der SBZ/DDR die Rede sein müssen.

Schließlich werden wir Informationen darüber erhalten, inwieweit das Archivgut der Parteien aufgearbeitet ist, in welchem Umfang es schon jetzt für Forschung zur Verfügung steht und welche Forschungen zum Thema der heutigen Anhörung von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung betrieben werden.

Die heutige Anhörung wird die Veränderung des Parteiensystems in den ersten Nachkriegsjahren in Ostdeutschland und ihre Hintergründe sicher nicht voll aufklären können. Ein wichtiges Ergebnis wird sein, daß der heutige Kenntnisstand zu unserem Thema deutlich wird, daß erkennbar wird, wo Lücken sind, wo für die Forschung neue Schwerpunkte gesetzt werden müssen und wo und in welchem Ausmaß neue Quellen zur Verfügung stehen.

Sie merken, die eigentliche Arbeit der Enquete-Kommission hat eben erst begonnen. Wir hoffen, heute neue Erkenntnisse über die Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland und über die Verantwortlichkeiten für die Errichtung der SED-Diktatur zu erhalten – aber auch über Versuche, den Lauf dieser Diktatur aufzuhalten.

Nicht zuletzt erhoffen wir uns Informationen als Grundlage für Fragen an Zeitzeugen und an schriftliche Quellen, die wir jetzt stellen müssen. Wir hoffen, daß wir da endlich mit brauchbaren Antworten rechnen können.

Lassen Sie mich nach dieser offiziellen Begrüßung und Einführung noch ein

ganz persönliches Wort sprechen. Ich glaube, daß sich diejenigen, die nicht zur Enquete-Kommission gehören, das noch ganz gut mit anhören können. Wir begrüßen einen unter uns besonders herzlich, nämlich Dr. Faulenbach. Wir sind froh darüber, daß er wieder da ist. (Beifall)

Wir steigen nun in die erste Reihe von Referaten ein. Es werden jetzt also drei Referate hintereinander folgen. Danach werden wir eine erste Diskussionrunde durchführen. Das erste Referat wird Professor Dr. Manfred Wilke aus Berlin zum Thema „Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 für das Parteiensystem in der SBZ und der Beginn ihrer Umsetzung“ halten. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der „Aufruf des Zentralkomitees der KPD“ vom 11. Juni 1945 verneinte ausdrücklich die Absicht der Partei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“. Die KPD forderte eine antifaschistische parlamentarisch-demokratische Republik. Die SMAD ließ am 10. Juni mit dem berühmten „Befehl Nr. 2“ vier antifaschistisch-demokratische Parteien zu. Am 14. Juli bereits wurde der von der KPD geforderte Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien – das waren die Sozialdemokraten, die Liberalen, die Christdemokraten und die KPD – gegründet. Ich halte es für wichtig, daß wir uns noch einmal diese allgemein bekannte Tatsache ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Blockpolitik der KPD 1945 lag auf der Linie der antifaschistischen Einheitsfront-Politik, die für alle kommunistischen Parteien nach dem Überfall auf die Sowjetunion durch Hitler im Jahre 1941 galt. In ganz Europa traten die kommunistischen Parteien als Organisatoren des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Okkupationspolitik auf. Das Programm der sozialistischen Revolution trat zugunsten des Kampfes für eine antifaschistische Demokratie in den Hintergrund.

Als 1943 in Moskau die „Kommunistische Internationale“ aufgelöst wurde – und damit die kommunistischen Parteien formal unabhängige nationale Parteien wurden, was sie ja vorher nicht waren; davor waren sie Sektionen einer Weltpartei –, rechtfertigte Stalin diesen Schritt mit den Erfordernissen der antifaschistischen Bündnispolitik im Krieg.

Wenn man die KPD-Programme und Deklarationen nach 1945 liest, dann halte ich es auch für geboten, uns diese Sprachregelung des „großen Generalissimus“ aus dem Jahre 1943 ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Die Auflösung der 'Kommunistischen Internationale' ist richtig, denn a) sie entlarvt die Lügen der Hitler-Leute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bolschewisieren'. Dieser Lüge ist nunmehr ein Ende gemacht worden.

b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen

Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handeln. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.

c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder zur Vereinigung der progressiven Kräfte ihrer Länder – unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung – zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus.“

Die interalliierten Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta 1945 hatten bereits die machtpolitischen Gegensätze zwischen den Mächten in bezug auf die europäische Nachkriegsordnung offenbart. Aber die kommunistischen Parteien blieben bei ihrer antifaschistischen Blockpolitik, um die gesellschaftspolitische Neuordnung des befreiten Europas durchzusetzen. Wie wir alle wissen, ist 1947 mit der Bildung des Kominform und der Planung für den Marshallplan die Grundlage für diese Politik entfallen.

Vor 1989 war es nach den Worten des Tübinger Historikers Dietrich Geyer eine strittige Frage, „ob die Einheitsfront- und Blockpolitik nach Kriegsende jemals mehr war als eine fadenscheinige Camouflage des sowjetischen Willens zur Macht, mehr als ein Mittel, um die verbündeten Parteien, voran die Sozialdemokratie, stillzustellen und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.“

Nach Öffnung der SED-Archive läßt sich diese gewichtige Streitfrage, die auch die deutsche Nachkriegspolitik betrifft, entscheiden.

In diesem Vortrag möchte ich die Kommission über erste Ergebnisse meines Forschungsvorhabens „Die Gründung der SED, dargestellt aus den Akten der KPD“ informieren. Unser Projekt wird im „Forschungsverbund SED-Staat“ an der FU Berlin seit wenigen Monaten betrieben und vom Bundesministerium des Inneren dankenswerterweise gefördert.

Im Zentralen Parteiarchiv der SED haben wir uns zunächst auf das Material der in der Moskauer Emigration befindlichen Führung der KPD aus den Jahren 1944/45 konzentriert. Schon die erste Sichtung der Vorstellungen und perspektivischen Pläne zum Sturz Hitlers durch eine deutsche Volksbewegung machen deutlich: Diese KPD-Funktionäre besaßen nur über den Moskauer Sender eine operative Beziehung zu den kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. Genaue Kenntnisse über die im Reich existierenden Gruppen oder gar organisatorische Verbindungen zu ihnen waren nicht vorhanden. Immer wieder wurde darüber diskutiert, Kuriere nach Deutschland zu schicken. Aber die Debatte über die auszulösenden Volksaktionen zum Sturz Hitlers blieben formelhaft abstrakt. Und sie waren ja auch folgenlos.

Dieses Urteil gilt nicht für die in der Sowjetunion zu dieser Zeit stattfindenden

Vorbereitungen für den Tag nach dem Sieg über Hitler, zu denen z. B. die antifaschistische Kaderschulung von Kriegsgefangenen gehörte. Die konzeptionellen Diskussionen über die Neuordnung eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland blieben allerdings Sache der KPD-Funktionäre, die am Anspruch festhielten, die legitime Führung der KPD zu repräsentieren.

Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann fungierten 1944 als „Leitung“. Die Politemigranten im sowjetischen Exil kamen mehrheitlich aus den Apparaten von KPD und Kommunistischer Internationale. Im Krieg arbeiteten sie in Betrieben, kämpften in der sowjetischen Armee, dienten dem NKWD oder waren als Lehrer an den Parteischulen der KPD oder an den Schulen des „Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)“ und als Propagandisten tätig.

Diese kommunistischen Kader waren im doppelten Sinn Überlebende. Selbst Ulbricht gehörte zu den etwa 10.000 kommunistischen Flüchtlingen, die nach der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur aus Deutschland vor Hitlers Kommunistenverfolgung fliehen mußten. 1935 wurde die KPD-Führung nach Moskau verlagert. Viele Spitzenfunktionäre der Partei folgten ihr in das sowjetische Exil und wurden Opfer des stalinistischen Terrors. Pieck, Ulbricht und Florin waren unmittelbar in die Mechanik dieses staatlichen Terrors verstrickt. Verhaftete Politemigranten wurden in den dreißiger Jahren von der KPD bzw. der Komintern ausgeschlossen.

Über Wilhelm Florin muß gesagt werden, daß er ab 1937 Vorsitzender der „Internationalen Kontrollkommission“ der Kommunistischen Internationale – und in dieser Funktion unmittelbar zuständig für die Säuberungskampagnen in den Mitgliedsparteien der Internationale – gewesen ist.

Die Bedeutung der Moskauer Kader für die Nachkriegsgeschichte des deutschen Kommunismus und für die Konstituierung der DDR ist offenkundig. Wir haben deshalb in unserem Forschungsprogramm zunächst mit den programmatischen Diskussionen 1944/45 in Moskau begonnen – wurden sie doch im Auftrag und in Abstimmung mit der sowjetischen Führung vorgenommen. Sie waren strenggenommen – wie Alexander Fischer das vor Jahren schon gesagt hat – Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik.

Die ergiebigste Quelle für die Moskauer Diskussionen während des Krieges sind die handschriftlichen Aufzeichnungen von Wilhelm Pieck. Er hat sowohl die Debatten der in den Jahren 1944/45 tagenden sogenannten Arbeitskommission des ZK der KPD als auch die „Leitungssitzungen“ der engeren Führung stichwortartig notiert. Ebenso hat Pieck die Gespräche mit dem Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Georgi Dimitroff, dem früheren Generalsekretär der Komintern, festgehalten, oder er hat Stichworte aufgeschrieben, die er vortragen wollte.

Piecks Notizzettel wurden im Laufe der sechziger Jahre im Zentralen Parteiarchiv der SED maschinenschriftlich übertragen. Zu diesen Materialien von

Pieck aus den Jahren 1940 bis 1945 kommen noch die bislang unveröffentlichten Erinnerungen von Anton Ackermann und unerschlossene Nachlaßbestände von Funktionären hinzu, die der „Arbeitskommission“ 1944/45 angehörten.

Ich komme nun zum Inhalt bzw. zur Konzeption. Nach dem ersten Gipfeltreffen der „großen Drei“ – Churchill, Roosevelt und Stalin – im Zweiten Weltkrieg, der Konferenz von Teheran Ende November 1943, war klar: Deutschland würde besetzt sowie interalliiert unterworfen werden. Im Laufe des Jahres 1944 würden sich die Alliierten über den Text der Kapitulationsurkunde für Deutschland und ihre Besatzungszonen einigen. Fest stand außerdem die Westverschiebung der polnischen Grenze bis zur Oder.

Nach der Teheraner Konferenz war aber auch klar, daß die „großen Drei“ über das Schicksal Deutschlands keine konstruktive Lösung erzielt hatten. Vor diesem Hintergrund fand am 5.12.1943 im Hotel „Lux“ eine Besprechung deutscher Kommunisten statt, zu der Wilhelm Pieck eingeladen hatte. Paul Wandel referierte über die Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Pieck notierte über den Abschnitt „Politische Entwicklung, Parteientwicklung“ folgende Stichworte über die Bedeutung der eigenen Partei: „Rolle der KPD, fester Kern für Sowjetunion, vorläufig keine politische Einheitspartei, erst Klärung.“

In einer Besprechung Piecks mit Dimitroff am 13.1.44 ging es um die „politische Orientierung in der Arbeit nach Deutschland“. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Unterredung die Bildung der Arbeitskommission des ZK der KPD vorbesprochen worden ist, die in der „Sitzung der leitenden Genossen am 6.2.44“ beschlossen wurde. Dieser Beschluß wurde – im Gegensatz zu anderen Vorkommnissen in dieser Leitung – protokolliert. Die Kommission hatte 20 Mitglieder. Es wurden acht Referate beschlossen. Den Kanon der Referate eröffnete am 6. März 1944 Florin mit „Lage und Aufgaben in Deutschland“.

Die Zusammensetzung der Kommission und die Themen der Referate waren bekannt. Gestützt auf die von der SED bis Anfang der siebziger Jahre selektiv publizierten Dokumente mußte Alexander Fischer davon ausgehen, daß Wilhelm Florin vor allem über die Blockpolitik sprach und eine Lösung für das zentrale Problem der KPD im Parteiensystem nach dem Krieg vortrug, nämlich wie der eigene Führungsanspruch mit konkurrierenden Parteien vereinbart werden kann.

Fischer schrieb:

„Florin schlug in seinem Referat eine Lösung vor, die sich zu einem konstitutiven Merkmal sowjetischer Deutschlandpolitik entwickeln sollte: die sogenannte Blockpolitik. Allen entstehenden antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen sowie allen Gruppen und Personen, so schlug er vor, sollte das Angebot gemacht werden, 'sich zu einem nationalen Block der kämpferischen Demokratie' zu vereinigen“.

Schon ein Blick in die Notizen von Pieck zeigt: Florin hat auch über Blockpolitik gesprochen. Aber damit wird man der Bedeutung des Referates überhaupt nicht gerecht. Die damalige Nr. 2 in der KPD-Führung gab den Beratungen der „Arbeitskommission“ die strategische Linie vor. Florin definierte für die KPD am 6. März 1944 die nationale Frage, wie sie sich nach der Teheraner Konferenz für die Partei darstellte.

Wir fanden im Nachlaß von Wilhelm Florin – undatiert und ohne Überschriften – die Moskauer Rededisposition. Horst Laude, Mitarbeiter des Projektes, hat dieses wichtige Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte in mühsamer Kleinarbeit anhand der Pieckschen Notizen rekonstruiert.

Die Passagen aus Florins Rede, die ich jetzt vortragen werde, werden hier heute morgen erstmals veröffentlicht. Ich denke, daß es angebracht ist, dieses Dokument jetzt in weiten Passagen zu zitieren, weil niemand sagen kann, daß hier etwas interpretiert wird. Was ich jetzt vortrage, ist die authentische Position der KPD-Führung im Moskauer Exil:

„Die Hauptfrage, die auch in der internationalen Diskussion in den Vordergrund gerückt ist, ist die: Was soll aus Deutschland werden? In Teheran war man sich offensichtlich darin einig, daß die hitlerische Kriegsmaschinerie zerschlagen werden muß. Aber die Frage der weiteren Zukunft Deutschlands ist doch mehr oder weniger offen geblieben.

Churchill hat gesagt, daß ihre Atlantikcharta für Deutschland nicht gelten könne, daß England jedoch die Zerstückelung Deutschlands nicht anstrebe.

Aber das Problem der inneren Gestaltung Deutschlands interessiert uns vor allem, weil davon die äußeren Beziehungen und die Zukunft Deutschlands abhängen. Die innere Umgestaltung Deutschlands wird stark beeinflussen, wie die Völkergemeinschaft in Europa aussehen wird.

Reaktionäre Kreise in den Vereinigten Staaten und England betrachten mit äußerstem Mißtrauen, welche Schritte die KPD macht und welche Politik das Nationalkomitee 'Freies Deutschland' betreibt. Ihre eigenen Pläne sind gegen unsere nationalen und sozialen Interessen und gegen eine wirklich demokratische Völkergemeinschaft gerichtet. Vor uns stehen deshalb eine Reihe Aufgaben, die alle miteinander verquickt sind.

1.) Das Bündnis der drei Großmächte weiter zu unterstützen und nichts zu unternehmen, was der Reaktion in den Vereinigten Staaten und England erlauben könnte, dieses Bündnis zum Bruch zu treiben.

2.) Dadurch gleichzeitig die Pläne der reaktionären Kräfte hinsichtlich Deutschlands zu durchkreuzen und

3.) hinsichtlich der inneren Umgestaltung Deutschlands das Weitestgehende, was die internationale Lage und die Kräfteverhältnisse in Deutschland selbst erlauben, zu erreichen.

Wenn wir dem Drängen von Kriegsgefangenen heute nachgeben und ein

sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen würden, so könnte ein solcher Fehler schon der Reaktion erleichtern, den Sturz Roosevelts herbeizuführen, was auch unser Schaden wäre.

Alle unsere zentralen Programmlosungen können und dürfen deshalb nur ausgerichtet sein auf den Sturz des Faschismus, die Niederringung der aggressiven imperialistischen Kräfte und die bürgerliche Demokratie als Herrschaft des Volkes.“

Nach dieser Darlegung der internationalen Konstellation, die eine Blockpolitik erzwingt, geht Florin auf die innenpolitischen Ziele der KPD ein.

„Diese politische Linie ist auch vom innerdeutschen Standpunkt deshalb richtig, weil unser Ziel nach wie vor sein muß, die deutsche Bourgeoisie zu spalten und den einen Teil in die nationale Front zu ziehen. Kann man damit rechnen, daß ein Teil der deutschen Bourgeoisie eine andere Orientierung einschlägt als die am meisten reaktionären Kräfte? Jawohl! Warum?

Reaktionäre Kreise in England und in den Vereinigten Staaten wollen Deutschland unter ihre imperialistische Kontrolle bringen. Sie werden dabei von gewissen Liberalen unterstützt, die sagen: Schaffen wir einen Westplan, der anziehender sein muß als der Ostplan der Sowjetunion.

Aber in Deutschland sehen einsichtige bürgerliche Kreise auch, daß die deutsche Industrie und der Handel nur noch einmal in einem unabhängigen Deutschland blühen könne. Durch die Politik der Engländer und Amerikaner und durch das Unabhängigkeitsstreben der fortschrittlichen Kreise im Lager der deutschen Bourgeoisie wird das Problem Ost- oder Westorientierung aufgeworfen.

Auch in der Kriegsgefangenschaft spiegelt sich das schon wider. Die deutsche Bourgeoisie wird durch dieses Problem gespalten. Diesen Riß müssen wir geschickt vertiefen und zu einem Kompromiß ausnutzen, ohne das Bündnis der drei Staaten zu stören.

Um diesen Riß heute im Lager der deutschen Bourgeoisie zu vertiefen, sollten wir immer darauf hinweisen, daß Deutschland im friedlichen Handel mit der Sowjetunion nicht nur Rohstoffe und Lebensmittel erhalten könnte, sondern auch in Rußland einen breiten, aufnahmefähigen Markt. Das wollte die Reaktion nicht. Sie wollte Eroberung und hat das Unglück über Deutschland gebracht.

Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung. Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besondere Freundschaft mit der Sowjetunion.

Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, daß das Problem 'enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen' noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und daß das noch

viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute.“

Soweit die Passagen von Florin, die die internationale und nationale Konstellation für die Politik der Kommunistischen Partei im Hinblick auf Parteiensystem und Staatsordnung im Nachkriegsdeutschland beleuchten.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, wann diese Sätze gesagt wurden. Zu einem Zeitpunkt, als die Westalliierten in Frankreich noch nicht gelandet sind und die deutschen Truppen noch weit in der Sowjetunion stehen, nimmt Florin bereits Kurs auf die weltpolitische Auseinandersetzung um Deutschland, die nach Hitlers Sturz zwischen zwei Lagern ausgetragen werden wird.

Auf der einen Seite steht die KPD, die im Bunde mit der Sowjetunion das nationale Lager führt. Auf der anderen Seite sind es die „reaktionären Kräfte“ in Deutschland, die willens sind, um ihre Klassenprivilegien zu verteidigen, sich mit ihren „reaktionären Klassenbrüdern“ in England und den USA zu verbünden, um Deutschland in eine „Halbkolonie“ zu verwandeln. Und dieser Begriff ist keine Zutat von Manfred Wilke aus dem Jahre 1992, wie Sie gleich hören werden. Florin weiter:

„Die reaktionären Kreise in England und in den Vereinigten Staaten werden uns diese Politik nicht leicht machen. Sie werden darauf hinarbeiten, daß ihre Regierungen mit Speck und Krediten, mit geringen Reparationsforderungen nach Deutschland gehen, um unserem Volk die Westorientierung schmackhaft zu machen und um es mit Hilfe der deutschen Reaktion doch wieder gegen die Sowjetunion zu mißbrauchen. Aber der Kern ihres Friedensvertrages wird ein harter sein, der Deutschlands Unabhängigkeit in Frage stellt.“

Ein nationales Problem hebt Florin besonders hervor, die „Gefahr der einseitigen Westorientierung Deutschlands“. Noch einmal Florin wörtlich:

„Wir müssen verhindern, daß die deutsche Reaktion sich an fremde Imperialisten verkauft, und verhindern, daß die Weltreaktion aus dem zusammengebrochenen deutschen imperialistischen Hitlerstaat eine von englisch-amerikanischen Trusten kontrollierte Halbkolonie macht. Also das nationale Problem besteht für das deutsche Volk darin, den besten Frieden zu erringen, der die Sicherheit der Anbahnung eines neuen Freundschaftsverhältnisses mit der Sowjetunion verbürgt.“

Aus den zitierten Passagen wird deutlich: Die KPD-Führung mußte schon aus Gründen der internationalen Konstellation und um die Differenzierung des deutschen Bürgertums ins Werk zu setzen, die Blockpolitik fortsetzen. Aber das Ziel bleibt unverrückbar, daß alle politischen Kräfte auf der Plattform und unter Führung der Kommunistischen Partei vereint werden.

Florin beginnt diesen Abschnitt seines Referats mit einer kategorischen Feststellung:

„Deutschland ohne starke KP ist eine Gefahr für die Sowjetunion. Beweis: Weimarer Republik, Faschismus, Polen.“

Beim Aufbau der eigenen Partei rechnet Florin mit einer linken und einer rechten Abweichung, denen nur die Parteiführung entgegensteuern kann. Geschieht das nicht, wird „die nationale Einheitsfront gefährdet“.

Grundlage dieser antifaschistischen Einheitsfront-Politik bleibt für die KPD natürlich die „Aktionseinheit“ der Arbeiterbewegung. Florin:

„Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen im Lande und mit Persönlichkeiten hier und in anderen Ländern muß die unzerbrechliche Einheit erwachsen, die wir zum Sieg über den Faschismus und die ganze Reaktion notwendig brauchen. Aus der engen und engsten Zusammenarbeit mit katholischen Arbeitern und Werktätigen, mit der Intelligenz aus allen kleinbürgerlichen Lagern kann die Partei die Einheit schmieden, die notwendig ist. Noch im Kampf für den Sieg über die Hitler-Bande muß die KP die Partei der Arbeiterklasse, Volkspartei, werden. Wir können heute schon nicht mehr nur Oppositionspartei sein, wir müssen als Partei der Verantwortung auftreten, die gewillt ist, morgen mit anderen zusammen die Verantwortung für das Geschick unseres Landes und Volkes auf uns zu nehmen.“

In der Diskussion zu diesem Referat wird die Existenz anderer Parteien außer der NSDAP in Deutschland 1944 von Mitgliedern der Arbeitskommission bezweifelt. Dieser Kritik widerspricht Florin in seinem Schlußwort am 10. April 1944:

„Wir haben früher anerkannt, daß es oppositionelle Parteien gibt. Wir haben anerkannt, daß die alten Parteien im Bewußtsein des Volkes weiterleben. Jetzt, wo sie beginnen, sich zu regen, wollen wir sagen, so etwas gibt es nicht. Jetzt sagt man, wir sollen keinen Schritt tun, der die Entstehung der Parteien fördern könnte. Meine Antwort ist: Die Parteien werden gefördert, wenn man nicht das Richtige tut, um sie zu entlarven, einzuengen oder in die gemeinsame Front zu verlagern.“

Der Redner fordert die Initiative der KPD, um im Volkswiderstand gegen den Nationalsozialismus die Führung zu übernehmen, vor allem natürlich gegenüber der sozialdemokratischen Partei. Florin zu den späteren Partnern der Einheitspartei von 1946:

„Die sozialdemokratischen Parteien werden so lange existieren, wie der Kapitalismus im Lande besteht: Ob uns das angenehm ist oder nicht, es ist so. Aber ob sie eine große Massenpartei wird – das ist die Kernfrage. Das können wir verhindern.“

Aus dem Referat von Florin ergibt sich: Die Frage der Blockpolitik ist für die KPD 1944 eine taktische Frage. Sie wurzelt gleichermaßen in der internationalen Konstellation und in der politischen und sozialen Differenzierung

der deutschen Gesellschaft. Gleichwohl soll mit Hilfe der Blockpolitik der Versuch unternommen werden, im Rahmen eines künftigen Parteiensystems den anderen politischen Strömungen den programmatischen Willen der KPD aufzuzwingen, um die Ostorientierung Deutschlands nach dem Sturz Hitlers durchzusetzen.- Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Manfred Wilke. Das ist ein doppelter Dank. Einmal ist es Dir gelungen, Dich im Zeitrahmen zu halten.

Zweitens danke ich dafür, daß es ihm gelungen ist, eben nicht nur heutige Erkenntnisse zu bündeln; vielmehr hat er uns tatsächlich Neues vermittelt, was ausgesprochen interessant war.

Ich möchte nun den zweiten Referenten aufrufen. Bei ihm geht es um „Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“. Bitte, lieber Herr Professor Weber.

Prof. Dr. Hermann Weber: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Manfred Wilke hat eben gezeigt, daß die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil im wesentlichen an ihren alten Vorstellungen festhielten. Das heißt, daß auch nach dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, welches die KPD bei ihrem Gründungsaufwurf abgab, in ihren Vorstellungen die stalinistischen Grundauffassungen – man kann es fast so sagen – natürlich weiter verwurzelt blieben.

Ein Indiz dafür ist in meinen Augen die Gründung der SED. Dafür spricht auch die Taktik, welche die Kommunisten dann in der SED verfolgten. Mit Hilfe der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration setzte die KPD in der Ostzone die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten durch. Das heißt, die gegen die „Einheit“ opponierenden Sozialdemokraten konnten – abgesehen von West-Berlin – ihre Positionen nirgendwo vorstellen. „Einheitsgegner“ wurden verfolgt. Allerdings machten die Kommunisten andererseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse, um sie in diese Einheitspartei zu bringen.

Deshalb präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung noch ohne die typischen Wesensmerkmale einer kommunistischen Partei. Weder in der Ideologie noch in der Programmatik gab es Festlegungen auf den Leninismus und das sowjetische Modell. In der Organisation galt die „paritätische“ Besetzung aller Funktionen durch Vertreter beider Parteien. Die Hegemonie im Parteiensystem wurde offiziell noch nicht verkündet. Dies alles ist dann 1948/49 verändert worden. In der praktischen Politik der SED bestimmten freilich die Kommunisten schon vorher.

Als es der Sowjetunion genehm war, nach dem Ausbruch des kalten Krieges 1947/48 einen Umformungsprozeß in Osteuropa durchzusetzen, die Rücksicht auf die westlichen Alliierten fallenzulassen und den von ihr besetzten Ländern eine Stalinisierung aufzuzwingen – ich erinnere an den kommunistischen

Putsch in Prag und an die Kominform-Gründung –, war das auch für die SED ein Signal, sich in eine „Partei neuen Typus“, wie es offiziell hieß, umzuwandeln. Dies ist insbesondere nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito geschehen.

Der Stalinisierungsprozeß oder der Prozeß, der hin zur „Partei neuen Typus“ führte, ist in der westlichen Forschung vielfach thematisiert worden. Zu fragen bleibt, inwieweit jetzt neu zugängliche Quellen Veränderungen in bezug auf das bisherige Bild bringen. Dabei geht es um Sachverhalte, bei denen man sagen muß: Hier sind neue Einschätzungen nötig.

Ich möchte versuchen, diese Frage zu beantworten, indem ich das Thema anhand von vier Teilbereichen angehe. Erstens: Ideologie und Programmatik. Zweitens: Parteistruktur. Drittens: Funktionsbesetzungen, welche eng mit den Säuberungen verbunden sind. Viertens geht es um die damit angestrebte führende Rolle der SED im Parteiensystem.

Erstens – Ideologie und Programmatik: Ideologische Leitsätze mußten stets nach außen vermittelt werden, um die eigenen Funktionäre damit zu indoktrinieren. Dieser Bruch war 1948/49 am deutlichsten sichtbar. Der II. Parteitag der SED im September 1947 hat in seinen Entschließungen noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß die Gründungsdokumente weiterhin gelten. Das heißt, daß man sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus bekennt, daß man einen „deutschen Weg“ zum Sozialismus proklamiert und die „demokratische Republik“ als Ausgangsposition nimmt.

Doch Wilhelm Pieck resümierte in seinem Schlußwort bereits unmißverständlich: „Die Diskussion war beherrscht von dem Gedanken und dem Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.“ Hier auf diesem Parteitag wird also erstmals der Begriff „Marxismus-Leninismus“ eingeführt. Ulbricht schließlich hat auf diesem Parteitag erklärt, „daß wir auf dem Wege sind, eine Partei neuen Typus zu werden.“ Er verlangte deswegen, die Genossen müßten „von der Lehre des Marxismus-Leninismus überzeugt sein.“

Auf der einen Seite gab es offiziell in den Deklarationen immer noch ein Festhalten an den Vereinigungsbedingungen. Aber auf der anderen Seite gab es hier bereits im Jahre 1947 den Übergang zu neuen Thesen. Ulbricht hat dies übrigens in einem Artikel im November 1947 noch deutlicher gemacht, indem er davon sprach, daß nun die Partei nach den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin umgebaut werden müsse. Mit anderen Worten: Die offizielle Linie wurde zwar erst 1948/49 geändert. Man kann aus den vorliegenden Dokumenten feststellen, daß dieser Prozeß innerhalb der Partei schon früher stattfand.

Hinzu kam, daß die Ideologie zunehmend auf die Thesen Stalins zurückgeführt wurde. In diesem Zusammenhang nenne ich ein Zitat aus dem Jahre 1948:

„Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“ Das zeigt, daß auch der Personenkult schon früh vorhanden war.

Die programmatischen Weichen wurden ebenfalls 1948 neu gestellt. Anton Ackermann mußte seinem besonderen Weg zum deutschen Sozialismus abschwören. Der Marxismus-Leninismus wurde zur verbindlichen Ideologie der Partei neuen Typus erklärt. Durch intensive Schulung sollte eben nicht nur die Theorie des Marxismus-Leninismus allgemein, sondern auch eine parteiamtliche Stalin-Biographie verbreitet werden, um die Mitgliedschaft zu indoktrinieren.

Die zugänglichen Quellen zeigen allerdings, daß auch in dieser Hinsicht sehr viel früher angesetzt wurde. Im Januar 1947 hatte z. B. die 8. Tagung des Parteivorstands der SED feierlich des Todestages Lenins gedacht. Es war ein „unrunder“, nämlich der 43. Todestag. Es wurde betont, daß Stalin Lenins Werk fortführe. Dies geschah, obwohl nach außen keineswegs diese Linie vertreten wurde.

Ähnliches gilt für die strategischen und taktischen Zielsetzungen. Die Wende vom „deutschen Weg“ zum sowjetischen Modell erfolgte früher. Es war so, daß die Sowjetunion natürlich nicht nur in den Augen der deutschen Kommunisten das Modell sein mußte, sondern die SED versuchte bereits vorher, dies im Rahmen der Schulung darzulegen. Schon im November 1946 ist das Stalinsche Machwerk „Geschichte der KPdSU (B)- Kurzer Lehrgang“ mit Lob überschüttet worden. Stalin wurde als „unser Klassiker“ bezeichnet. Chruschtschow war es, der diese „Geschichte der KPdSU“ dann 1956 als „Machwerk“ bezeichnete.

In einem geheimen Memorandum für die SED-Spitze hatte Tjulpanov, einer der wichtigsten SMAD-Offiziere, schon Anfang Mai 1948 – also vor Beginn der offiziellen Umwandlung zur Partei neuen Typus – davon gesprochen, daß sich die Partei „an der Grenze zweier Welten“ befinde, dort, wo die Welt des Kapitalismus und die Welt des Sozialismus sich treffen. Daraus wurde nun gefolgert, daß es eine besondere Verantwortung der SED gab.

Das heißt, das, was 1944 – Manfred Wilke hat das ja aufgezeigt – Konzeption war, wird hier wieder innerhalb der Partei aufgenommen und verbreitet. Im Kern ging es dabei um die Nachahmung der KPdSU durch die SED und um die uneingeschränkte und kritiklose Unterwerfung unter Stalin.

In einer PV-Sitzung vom Januar 1949 wurde folgendes erklärt:

„... daß der Sinn des Begriffs 'Partei neuen Typus' der ist, eine Partei nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei der Sowjetunion zu schaffen. Dabei sind wir uns klar, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion der Entwicklung aller anderen Arbeiter- und kommunistischen Parteien weit voraus ist, die führende Rolle gegenüber diesen Parteien heute spielt und auch in Zukunft spielen wird.“

Das war also eine uneingeschränkte Akzeptanz dessen, was die KPdSU bereits vor dieser Veränderung war.

Als die SED erstmals auf ihrem III. Parteitag 1950 Louis Fürnbergs Lied mit dem Refrain „Die Partei, die Partei hat immer recht“ verbreitete, unterstrich sie damit ihren Totalitätsanspruch. Der kommunistische Charakter der SED wurde nicht mehr vertuscht. Doch erst 1952 wurde offen vom „Aufbau des Sozialismus“ gesprochen, also die in Gang befindliche Übertragung des sowjetischen Modells auf die DDR bestätigt.

Zusammenfassend könnte man also sagen: Sowohl in der Ideologie als auch in der Programmatik zeigen die neuen Dokumente eine viel früher einsetzende Umformung der Partei, was ihre Ideologie und ihre Strategie angeht.

Zweitens – die Parteistruktur: Dies wird noch deutlicher, wenn man sich die Parteistruktur anschaut. Mit der „Partei neuen Typus“ fing man eben nicht erst mit der offiziellen Verkündung 1948 an. Auch wenn der Terminus „demokratischer Zentralismus“, der ja zeigen sollte, daß die innerparteiliche Struktur zentralistisch zu sein hatte, umgangen wurde, kann man davon ausgehen, daß er schon wenige Monate nach der Gründung Geltung erlangt hatte.

Schon wenige Monate nach der SED-Gründung hatte Franz Dahlem im September 1946 über die Kaderpolitik der SED geschrieben und Stalins Grundthese „Die Kader entscheiden alles“ zitiert. Sie wurde als richtungweisend angesehen.

Durch die Ausschaltung von Richtungskämpfen bei einem starken Zentralismus mit großem Einfluß des hauptamtlichen Apparates war bereits vor der Wandlung in der Struktur der SED das stalinistische Element wirksam. Auch wenn formal die völlige Angleichung an den Aufbau der KPdSU erst mit dem SED-Parteistatut von 1950 erfolgte, zeigen gerade die neueren Dokumente, daß man davon ausgehen kann, daß dieser Prozeß bereits vor 1948 abgeschlossen war, auch wenn die Parität zunächst blieb.

Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 stellte die SED als eine kommunistische Partei stalinistischen Typus vor. Die Parität war abgeschafft. Der „demokratische Zentralismus“, also die strikte Unterordnung aller Organe unter die jeweils übergeordnete Führung, trat in Kraft. Es galten die verbindlichen Organisations- und Leitungsprinzipien der Kommunisten.

Als eine Art innerparteilicher Polizei hatten Partei-Kontrollkommissionen das Ganze zu überwachen. Eine Agenten-Hetze – es wurde vom „Ostbüro der SPD“ oder von „Trotzkisten“ gesprochen – sollte Angst in dieser Partei selbst erzeugen. Es wurde die Struktur der KPdSU kopiert. Denken Sie an das Politbüro, die Nomenklatur und ähnliche Dinge.

Eine zentrale Rolle bei dieser Umformung spielte nun selbstverständlich nicht nur die Veränderung der Strukturen von Politik und Ideologie, sondern auch

die des Personals, das diese Politik durchführte. Und dies wurde nun im wesentlichen durch Säuberungen erreicht.

Drittens – Säuberungen: Zuerst wurde die Parität abgeschafft, dann übernahmen die Kommunisten die Macht. Das geht zum Beispiel daraus hervor, daß von den 1946 in den Parteivorstand gewählten 40 Sozialdemokraten fünf Jahre später nur noch einer Handvoll dort vertreten war. Sechs von ihnen waren verhaftet, neun weitere nach Westdeutschland geflüchtet. Das heißt, durch das Herausdrängen von „feindlichen und entarteten Elementen“- so hieß es in einem Beschluß vom Juli 1948; dieser Jargon machte schon deutlich, wie man vorzugehen gedachte – wollten die Kommunisten – gewissermaßen nach dem Florinschen Konzept – die Partei in die Hand bekommen. Das gelang ihnen auch im wesentlichen.

Der „Kurt-Schumacher-Kreis“ hat registriert, daß seinerzeit 20.000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100.000 in den Westen flüchteten und 5.000 eingesperrt wurden, von denen 400 ums Leben kamen.

Die Säuberungen waren damit nicht abgeschlossen, sondern sie begannen eigentlich erst. Sie griffen auch auf die Altkommunisten über. Es war so, daß zunächst die ehemaligen Oppositionsgruppen ausgeschaltet wurden – also die Rechtskommunisten (KPO), die SAP und alle Splittergruppen dieser Art.

Ich darf hier vielleicht ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie sich das in der Realität abspielte. Der ehemalige preußische Landtagsabgeordnete Alfred Schmidt war wegen seiner kommunistischen Aktivitäten bereits in der Weimarer Republik zwei Jahre lang inhaftiert gewesen. Er hatte wegen seiner Tätigkeit für die KPO – er war der einzige Abgeordnete dieser Partei im Preußischen Landtag – vier Jahre in einem NS-Zuchthaus gesessen. 1947 wurde er wegen „antisowjetischer Einstellung“ aus der SED ausgeschlossen und am 6. Juli 1948 von sowjetischer Militärpolizei verhaftet. Anschließend wurde er von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen „antisowjetischer Propaganda“ zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde später in 25 Jahre Arbeitslager umgewandelt; davon hat er acht Jahre in Bautzen verbüßt. Schmidt war zwar Kommunist geblieben. Sein Verbrechen bestand aber darin, die praktische Politik der Kommunisten zu kritisieren. Dadurch zeigte sich, daß sich die Säuberungen eben nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen diejenigen in der Partei richteten, welche die praktische Politik der Führung nicht mittragen wollten.

Am 17. Oktober 1949 beschloß das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros eine Überprüfung aller Parteifunktionäre, die entweder in westlicher Emigration waren oder sich länger als drei Monate in westlicher Gefangenschaft befanden. Einen Tag später entschied das Politbüro, alle Mitarbeiter des Berliner Rundfunks, die in englischer Emigration gewesen waren, zu entlassen.

Damit will ich aufzeigen, wie sich das ausdehnte. Zunächst ging es gewisser-

maßen gegen den Feind, also die Sozialdemokraten. Dann ging man gegen Abweichler in den eigenen Reihen vor. Anschließend kamen völlig neue Kriterien dazu. Das heißt, wer in westlicher Kriegsgefangenschaft war, konnte schon nicht mehr bestimmte Funktionen ausüben.

Besonders nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Rajk und andere führende Kommunisten im September 1949 in Budapest wurden die Säuberungen forciert. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros beschloß am 21. Oktober, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ ebenso zu enthüllen wie den „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“.

Dahinter verbirgt sich folgendes: Jeder Versuch, sich objektiv zu orientieren, stellt schon eine feindliche Haltung dar und wird als solche verfolgt. Der Intoleranz und Schnüffelei in der SED waren nun Tür und Tor geöffnet. Die für die Unterdrückung und Verfolgung der Bevölkerung verantwortliche SED – das ist also das Entscheidende – hat auch innerparteilich mit den gleichen Methoden gearbeitet.

Die Kenntnis von den Schauprozessen gegen kommunistische Spitzenfunktionäre, wie Stalin sie in den dreißiger Jahren in Moskau durchführen ließ – weitere folgten dann 1949 in Ungarn und Bulgarien –, hatte natürlich auch in erster Linie den Zweck, Angst zu erwecken. Da ehemals führende Kommunisten, die absurde Geständnisse ablegten, hingerichtet wurden, konnte sich der kleine Mann erst recht vorstellen, was ihm passieren und wie schutzlos er sein würde, wenn er in die Hände dieser Verfolger geriet. Insbesondere aber sollten diese Schauprozesse die Parteimitgliedschaft in Angst versetzen. Sie sollte Angst vor den Folgen von Abweichungen haben. Zwischen den einzelnen Mitgliedern sollte Unsicherheit und Mißtrauen gesät werden. Dies war ein Mittel, mit dem die Führung arbeitete.

Aus den derzeit zugänglichen, aber noch immer unvollständigen Quellen kann inzwischen bewiesen werden, daß Schritt für Schritt auch in der DDR ein solcher stalinistischer Schauprozeß gegen führende Kommunisten vorbereitet wurde. Ich kann hier aber auf Einzelheiten nicht eingehen.

Die SED hat später behauptet: „Bei uns gab es keinen derartigen Schauprozeß.“ Das war eine reine Schutzbehauptung. Der 2. Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller, wurde verhaftet, und es gab Vorbereitungen für den Ausschluß der Gruppe um Paul Merker sowie anderer. Das zeigt ganz deutlich, daß im Juli/August 1950 ein solcher Schauprozeß vorbereitet wurde.

Auf der ZK-Tagung am 24. August 1950 wurden bemerkenswerterweise die für einen Schauprozeß typischen Anschuldigungen bereits konstruiert. Frühere „Sünden“ sollten in „Verbrechen“ umgemünzt werden. Es war Mielke – er hatte kurz vorher auch Kurt Müller verhört –, der auf dieser Sitzung – das Protokoll ist natürlich erst jetzt zugänglich – folgendes sagte:

„Mir scheint, daß es hier nicht richtig ist, wenn man die Dinge von damals von den Dingen trennt, die heute sind. Vielleicht befinde ich mich im Irrtum. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß auch wir in dieser Frage gründlich untersuchen müssen, um daraus Schlußfolgerungen für uns alle zu ziehen. Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen: Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen.“

Das heißt also, hier wird so vorgegangen, wie es bereits in der Entschließung des III. Parteitags gefordert wurde, nämlich den „Kampf gegen Spione und Agenten“ aufzunehmen. Es war klar, daß die SED so umgewandelt werden sollte, daß im wesentlichen Mechanismen des Drucks und Terrors neben der ideologischen Begründung zur Anwendung kamen.

Viertens: Wie hat sich das in bezug auf die Funktion im Parteiensystem ausgewirkt? Die Quellen zeigen, daß man auch auf diesem Felde sehr viel früher als 1949 tätig wurde. Die SED beanspruchte die Führung im Staat. Das wurde bereits zwischen 1947 und 1949 erklärt.

Selbstverständlich verschleierten die Kommunisten zunächst nach außen hin ihre Ziele. Auf dem Gründungsparteitag der SED hatte Wilhelm Pieck versichert, die neue Partei werde keineswegs die „Diktatur des Einparteiensystems aufrichten“. Auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 wurde in einer Entschließung behauptet: „Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab.“

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben aus internationalen Gründen ihre konkreten Pläne in der SBZ noch verborgen. Insofern gingen die deutschen Kommunisten nach außen hin ebenfalls diesen „demokratischen Weg der Einheit“.

Der Führungsanspruch ist aber nachzuweisen. Auf der 2. Tagung des Parteivorstands der SED am 14./15. Mai 1946 – das war wenige Tage nach der Gründung der Partei – sagte Franz Dahlem, einer der damaligen Führer, der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes.“ – Das genau ist die These, die dann später auch nach außen hin vertreten wurde.

Wie sich die SED bei der Durchsetzung ihres Hegemonieanspruchs im Parteiensystem der Säuberungen bediente, ist in einem Beschluß des „Kleinen Sekretariats“ des Politbüros vom 27. Februar 1950 nachzulesen. Darin wird ganz genau beschrieben – das ist inzwischen auch in bezug auf andere Prozesse nachgewiesen –, daß die SED-Führung der Justiz sagte, wie der Schauprozeß gegen den Sozialdemokraten Willi Brundert und den Christdemokraten Leo Herwegen zu führen sei. Dieser Prozeß wurde dann zwei Monate

später genauso geführt, wie es die SED wollte. Der Zeit wegen will ich dazu aber keine Einzelheiten vortragen. Aber man kann sagen, daß vom „Kleinen Sekretariat“ des Politbüros – es wurde von Ulbricht geleitet – regelrecht ein Konzept des Prozesses entwickelt wurde.

Die SED war also zur herrschenden Partei im Staatsapparat geworden. Sie bestimmte überall. Also befand sie auch in der Justiz diktatorisch über die Form der politischen Verfolgungen. Damit setzte sie eine Politik fort, die bereits sehr viel früher durchgeführt wurde. Es ist interessant, daß sich aus dem Nachlaß Ulbrichts folgendes ergibt: Am 27. Mai 1946 teilte er in denunziatorischer Absicht dem zuständigen sowjetischen General Bokow mit, der persönliche Referent von Dr. Schiffer – das war der damalige Präsident der Zentralverwaltung für Justiz, ein Liberaldemokrat, der schon in der Weimarer Republik Reichsminister war – arbeite „sehr eng mit französischen Stellen“ zusammen. Außerdem habe dieser früher der sozialdemokratischen „Miles-Gruppe Neu Beginnen angehört“, die „im englischen Auftrag in Deutschland gearbeitet hat.“- Auf diesem Weg versuchte Ulbricht also schon 1946, über die Sowjetische Militäradministration, die ja damals die volle Macht hatte, mißliebige Personen herauszudrängen.

Am Ende der Stalinisierung dirigierte die SED die gesamte Personalpolitik. In einem Protokoll der Politbürositzung vom 31. Januar 1950 – das sage ich nur als Beispiel – heißt es:

„Der Liste der Mitglieder des Nationalrates wird zugestimmt mit der Maßgabe, sie dahingehend zu ändern bzw. zu ergänzen, daß die ersten Sekretäre der Landesvorstände der SED dem Nationalrat angehören.“

Dies verband das Politbüro mit der Forderung, die SED müsse in ganz Deutschland ihre Vorstellungen durchsetzen. Auch das hatte im Januar 1947 Franz Dahlem im engen Kreis vor westdeutschen KPD-Funktionären ähnlich ausgedrückt. Er sagte damals auch, Westdeutschland sei eine Kolonie. Weiter erklärte er, ein „Neuaufbau Deutschlands in freiheitlichem und friedlichem Sinne“ sei nur dann garantiert, wenn er „durchgeführt wird wie in der Ostzone.“

Allerdings konnte die SED diesen gesamtdeutschen Anspruch zu keiner Zeit realisieren. Gerade hier zeigt sich, daß der Aufbau der SED-Diktatur nach dem Krieg durch einen singulären Vorgang – die Zusammenarbeit einer allmächtigen Besatzungsmacht mit den ihr eng verbundenen Kommunisten – erreicht wurde. Die Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ bildete dafür jedoch eine wichtige Voraussetzung. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Weber.- Ich bitte jetzt Herrn Professor Fischer, sein Referat zu halten. Darin geht es um den Einfluß der SMAD auf das Parteiensystem in der SBZ am Beispiel der CDU.

Prof. Dr. Alexander Fischer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin daran erinnert worden, daß ich in meinem Referat gelegentlich die LDPD erwähnen möge. Um in der Zeit zu bleiben, müßte ich auf Ausführungen über diese Partei eigentlich verzichten. Ich hoffe aber auf die Unterstützung von Herrn Hansen und von Herrn Schmieder, wenn ich ein paar Minuten länger brauche, denn ich habe in der Tat versucht, auch diese „bürgerliche“ Partei mit zu behandeln.

Im übrigen habe ich darauf verzichtet, Ihnen einen vollständigen Abriss der Geschichte der CDUD vorzulegen. Mir erschien es angemessener, Ihnen möglichst konkrete Informationen in Form zweier Momentaufnahmen aus den Jahren 1944/45 zu vermitteln, wobei sich auf den ersten Blick sogar ein widersprüchliches Bild ergeben könnte.

Die erste Momentaufnahme wird nämlich verdeutlichen, daß der Faktor SMAD- dabei handelt es sich um die Sowjetische Militäradministration in Deutschland – bei der Berliner Gründung der Union zwar eine entscheidende Rolle spielte, den Gründerkreis aber in bezug auf dessen inhaltliche Diskussionen nicht beeinflusste.

Die zweite Momentaufnahme beinhaltet ein konkretes Beispiel, anhand dessen ich Ihnen vor Augen führen möchte, welche komplizierte Lage gerade eine sogenannte bürgerliche Partei wie die CDU vom Beginn ihrer Existenz an unter Aufsicht der SMAD in der SBZ zu bewältigen hatte.

Ich komme zum Gründungsvorgang. Wer die Faktoren bestimmen will, die zur Berliner Gründung der CDUD- der Gründerkreis legte übrigens auf das „D“ Wert; das ist mir nachträglich von Herrn Gradl klargemacht worden – am 26. Juni 1945 führten, der wird – das mag manche überraschen – drei benennen müssen: die Kommunistische Partei Deutschlands, die sowjetische Besatzungsmacht und natürlich den Berliner Gründerkreis.

Der hier an erster Stelle genannte Faktor KPD erklärt sich rein chronologisch mit der Rolle, die der Parteiführung der deutschen Kommunisten von sowjetischer Seite in Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Deutschland zugewiesen wurde. Herr Wilke hat ja schon heute früh darüber gesprochen.

Als zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres im Londoner Lancaster House die Mitglieder der „European Advisory Commission“ ihre Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung begannen, stellte sich rasch heraus, daß die Vorstellungen der amerikanischen, britischen und sowjetischen Delegationen über Sinn und Zweck dieses internationalen Gremiums nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Unter diesen Umständen war es auch ausgeschlossen, sich über die Prinzipien für die politische Neugestaltung Deutschlands nach seiner absehbaren Niederlage zu einigen. Um so nachdrücklicher ist deshalb die Partei- und Staatsführung der Sowjetunion darauf aus gewesen, für sich

schon einmal die, wie es hieß, „Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland“ festzulegen.

Und hier kommt die KPD ins Spiel. Mit dieser Aufgabe wurde nämlich eine – unter Anleitung und Aufsicht der von dem bulgarischen Kominternfunktionär Georgi Dimitroff geleiteten Abteilung für Internationale Information des Zentralkomitees der KPdSU (B) stehende – zwanzigköpfige Arbeitskommission der deutschen Kommunisten betraut. Für ihre Mitglieder war es selbstverständlich, bei ihren Planungen „für alle einzelnen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesem neuen Deutschland“ auch Überlegungen über die politische Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in diesem neuen Deutschland anzustellen.

Allen diesbezüglichen Erörterungen – das möchte ich noch einmal besonders betonen bzw. im Hinblick auf die vorangegangenen Vorträge wiederholen – lag eine prinzipielle Überlegung zugrunde. Nicht nur bei kommunistischen Spitzenfunktionären – wie die schon genannten Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Anton Ackermann –, sondern offenbar auch bei ihren sowjetischen Freunden galt es als selbstverständlich, daß die KPD unter gewissen Voraussetzungen eine maßgebliche Rolle – ich betone „maßgebliche“- im neuen Deutschland spielen werde.

Was andere politische Kräfte anbetraf, so gingen die Kommissionsmitglieder zwar davon aus, daß spätestens „nach der Befreiung Deutschlands“ Parteien und Massenorganisationen entstehen würden, jedoch – und das ist wichtig – hing deren Existenz und Funktion offenbar von der Rolle ab, die die KPD bei der Beseitigung des Dritten Reiches spielen würde. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: je bestimmender die Rolle der KPD, desto geringer die Aussicht auf ein vollentwickeltes Parteiensystem. Wenn es der kommunistischen Parteiführung und ihren Kadern in Deutschland im Spätherbst 1944 oder im Winter 1944/45 gelungen wäre, jenen innerdeutschen kommunistisch kontrollierten bewaffneten Aufstand auszulösen, auf den die Moskauer Parteiführung hinarbeitete – wie realistisch das war, ist eine ganz andere Frage, darauf hat Manfred Wilke hingewiesen –, dann wären jene Ausführungen Ulbrichts umgesetzt worden, die er in den Kommissionssitzungen vom 17. und 24. April 1944 machte: Neben der KPD als einer übermächtigen Arbeiterpartei, die nach seinen Vorstellungen damals ihre Mitglieder und Anhänger möglichst weitgehend auch aus der früheren Sozialdemokratie und aus ehemals sozialdemokratischen Wählerschichten rekrutiert hätte, wären nur – so hieß das – Organisationen für Katholiken, den Mittelstand, die Bauern und nicht zuletzt für Gewerkschaften entstanden.

Ihre Selbständigkeit sollte von vornherein durch die Einbindung in den schon erwähnten „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ begrenzt werden. Deren Gründung durch kommunistische Funktionäre – das wurde ausdrücklich ausgeführt und ist in den Pieck-Notizen nachzulesen – sollte

aber in dem einen oder anderen Falle nicht ausgeschlossen werden. Ulbrichts Bemerkung, man solle Religion nicht mit Politik verquicken, deutete zudem darauf hin, daß jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht an die Gründung einer Partei für christliche Bevölkerungskreise, sondern allenfalls an die Bildung einer nicht näher definierten „katholischen Organisation“ gedacht war.

Ein halbes Jahr später hatten sich die Voraussetzungen für einen politischen Neubeginn in einem besiegten Deutschland in einer Weise geändert, daß die kommunistischen Pläne vom Frühjahr 1944 neuen Überlegungen Platz machen mußten. Es war der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck selbst, der in Lektionen vom November und Dezember 1944 über das Aktionsprogramm, den Aufbau und die organisationspolitischen Probleme der KPD die Frage nach dem künftigen Parteiengefüge aufwarf. Er ging dabei erstmalig von Bedingungen aus, „die durch die militärische Besetzung Deutschlands geschaffen werden“ würden. Dabei rechnete er in einem solchen Falle zwar mit wesentlichen Einschränkungen der freien politischen Betätigung – „vorläufig keine Wahlen, kein Parlament, keine Regierung“, so steht es in seinem Manuskript –, glaubte aber auch, davon ausgehen zu können, daß, wie vorhin schon erwähnt, mit Ausnahme der NSDAP die Existenz politischer Parteien erlaubt sein würde. Daher stellte sich die Moskauer Führung der KPD darauf ein, daß die alten Parteien wiederhergestellt würden, wenigstens, wie Pieck sagte, „die größeren davon“. Ohne von der Vorstellung einer führenden Rolle der KPD im Rahmen der schon erwähnten Blockpolitik abzugehen, rechnete Pieck mit einigen gewichtigen Rivalen: mit der SPD, außerdem mit den Deutschnationalen und den Demokraten – deren Zusammengehen er ebensowenig ausschloß wie „andere Bezeichnungen“ für beide Parteien – sowie – und das ist in bezug auf unser Beispiel von speziellem Interesse – vor allem mit dem Zentrum.

Jedenfalls hat Pieck in seiner Rededisposition vom 9. November 1944 im Zusammenhang mit der Frage, auf welche Kräfte sich die KPD „bei der Schaffung einer breiten nationalen Massenbewegung und eines Blocks der kämpferischen Demokratie“ orientieren müsse, die Rolle der katholischen Kirche deutlich herausgehoben. „Da sind zunächst die Katholiken“, so ließ er sich vernehmen, „die sich durch ihre Kirche trotz aller Verfolgungen doch einen organisatorischen Zusammenhalt bewahrten und in dem obersten Klerus (Bischöfe) eine feste Führung im Lande haben.“ Er würdigte auch die „große Popularität“, die sich einige dieser Bischöfe „durch ihr mutiges Auftreten gegen die Verfolgung der Kirche“ verschafft hätten. Aber er äußerte auch die Erwartung, daß „die katholischen Volksmassen bis tief in das Bürgertum hinein“ vom Kampf der KPD um eine breite nationale Massenbewegung beeinflußt werden könnten. Diese Auffassung – die sich an der früheren Zentrumsparterie orientierte; es wurde mit deren Wiedergründung gerechnet – blieb bis zu dem Moment für die kommunistische Parteiführung bestimmend, als im Juni 1945 in Berlin die Gründung der Parteien befohlen wurde.

Es war die sowjetische Besatzungsmacht, die – bisher als zweiter, aber natürlich maßgeblicher Faktor genannt – das Startzeichen für eine Wiederbelebung des deutschen Parteiensystems – und damit auch für die Gründung einer christlichen Sammelpartei, nicht des Zentrums – gab.

Zu einem überraschend frühen Zeitpunkt, als die westlichen Alliierten den Deutschen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten noch keinerlei politische Aktivitäten gestatteten, hielten die verantwortlichen Deutschlandpolitiker im Kreml den Zeitpunkt für gekommen, im besiegten Deutschland mit dem Befehl Nr. 2 für die Gründung politischer Parteien zu sorgen. Ich lasse jetzt die Spekulationen über die Rolle von Herrn Mikojan bei dieser Parteiengründung aus zeitlichen Gründen weg. Die Gründe für diesen Wandel in der sowjetischen Deutschlandpolitik müssen aus den Archiven – vor allem denen in Moskau – noch deutlicher herausgearbeitet werden. Jedenfalls erhielten die wenige Wochen zuvor aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrten, in drei Initiativgruppen tätigen deutschen Kommunisten aus Moskau in der zweiten Maihälfte des Jahres 1945 neue politische Direktiven, in denen auch von der Wiedergründung von Parteien die Rede war. Freilich konnte an die diesbezüglichen Überlegungen der Moskauer Arbeitskommission der KPD nur sehr begrenzt angeknüpft werden. Ich will auch hier auf Einzelheiten verzichten, um auf den letzten Faktor dieser Parteigründung – sicherlich auch ein sehr entscheidender – zu kommen. Es geht um den Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), der ja nicht unbedingt den Vorgaben folgte, die aus Moskau gekommen waren.

Diese um die 50 Männer und Frauen starke Gruppe, die eine neue freiheitlich-demokratische Volkspartei christlichen Zuschnitts im Sinn hatte, konnte natürlich erst in dem Moment in Aktion treten, als die SMAD in Berlin grünes Licht gab. Es sollte aber nicht verschwiegen werden, daß in den Berliner Gründerkreis Überlegungen und Konzeptionen eingeflossen sind, die in kleinen Diskussionszirkeln schon während des Dritten Reiches angestellt bzw. entwickelt worden waren, wobei die Forderung nach Bündelung der politischen Kräfte stets eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Bei den ersten Sondierungen nach dem Erlaß des Befehls Nr. 2 stellte sich rasch heraus, daß die von Jakob Kaiser favorisierte Idee einer deutschen Labour Party in der SBZ nicht durchzusetzen war. Nach Sondierungsgesprächen in Berlin zeigte sich schon Anfang Juni 1945 endgültig, daß weder in gewerkschaftlichen Kreisen noch in der Sozialdemokratie Neigung zu einer großen Linkspartei – so will ich es einmal nennen – im Sinne Kaisers bestand. Insbesondere – so eine Formulierung des Lehrers von Herrn Soell, Werner Conze – der „deutliche Zug nach links“ in den Reihen der wiedererstehenden Sozialdemokratie, der eher eine weitgehende Annäherung an die Kommunisten signalisierte, zwang Kaiser, seinen Plan fallenzulassen. Um so entschiedener verfolgte er daraufhin gemeinsam mit Andreas Hermes – dies ist wiederum

ein Zitat von Werner Conze – das Ziel, „diejenigen Kräfte zu sammeln, die auf demokratischem Boden, aber nicht im Sinne der von Karl Marx begründeten Lehre politisch zu wirken entschlossen waren.“

Der fehlgeschlagene Versuch zur Bildung einer deutschen Labour Party hat wesentlich dazu beigetragen, in der CDUD Andreas Hermes zur Schlüsselgestalt werden zu lassen. Der ehemalige Präsident des Reichsverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften war als Mitglied der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. für Finanzen gewesen. Auch war er Mitglied des Preußischen Landtages und des Reichstages. Von daher brachte er dafür alle Voraussetzungen mit, nämlich „die Erfahrungen und Verbindungen seiner politischen und beruflichen Vergangenheit sowie seine Zugehörigkeit zum aktiven Widerstand.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß vor allem Hermes' frühe Berufung in den ersten Berliner Nachkriegsmagistrat für die Gründung der Union in zweifacher Hinsicht von Bedeutung gewesen ist. Zum einen ergaben sich durch die Amtsübernahme enge Kontakte zu Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht und zu den aus Moskau zurückgekehrten KPD-Funktionären, maßgeblichen Faktoren der damaligen Zeit. Längerfristig noch wichtiger für den politischen Neubeginn war aber zum anderen die Tatsache, daß Hermes dank seiner amtlichen Funktion mit allen neu erwachenden politischen Kräften in Berlin Führung aufnehmen, alte Freunde wiedertreffen und Menschen gleicher politischer Gesinnung kennenlernen konnte. Dazu gehörte übrigens auch Wilhelm Külz, der spätere Mitbegründer der LDPD.

Die Zusammensetzung des Gesprächskreises, der in bisweilen sehr temperamentvollen Aussprachen die politische Konzeption der neuen Partei entwickelte, wechselte ständig. Das war deshalb so – wir müssen uns das heute in besonderem Maße nochmals in Erinnerung rufen –, weil die Verkehrswege weitgehend zerstört waren. Ich will jetzt darauf verzichten, Ihnen darzulegen, welche verschiedenen Gruppierungen sich in dieser Union zusammengefunden hatten. Es war ein Kreis, der sich – Gradl hat es so genannt, man kann es vielleicht so abkürzen – „von Mitte-Rechts bis Mitte-Links“ erstreckte. Auch die frühere Deutsche Demokratische Partei, die alte Deutsche Staatspartei und natürlich das Zentrum waren vertreten.

Auf eines möchte ich besonders hinweisen: Es verdient Beachtung, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Berliner Gründerkreises während des Dritten Reiches unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur angehört hat. Ich nenne in diesem Zusammenhang u. a. den Kreisauer Kreis, die Goerdeler-Gruppe und den gewerkschaftlichen Widerstand. Auch dazu will ich mir im Hinblick auf die Zeit Einzelheiten schenken.

Allerdings will ich doch noch – und damit möchte ich diese erste Momentaufnahme abschließen – deutlich hervorheben, daß es schon von Bedeutung

war, daß die sowjetische Besatzungsmacht ebenso wie die deutschen kommunistischen Funktionäre bei ihren Überlegungen über ein neues deutsches Parteiensystem zumindest in einem Falle – nämlich hinsichtlich der Union – offenbar von falschen Voraussetzungen ausging. Noch bemerkenswerter ist, daß die SMAD auch die zentrale programmatische Aussage der CDUD – nämlich den Gedanken einer „Union“, der ja auch Überbrückung und Vereinigung von Konfessionen sowie von überlieferten politischen Richtungen, sozialen Schichten und Generationen bedeutete – widerspruchslos hinnahm.

Damit komme ich zur zweiten Momentaufnahme. Ich will versuchen, Ihnen die Rolle bzw. die Möglichkeiten dieser „bürgerlichen“ Parteien – hier muß die LDPD voll mit einbezogen werden – am Beispiel der Bodenreform zu erläutern.

Die SMAD als zentrale Instanz der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland hatte nach amtlichem Verständnis die Aufgabe, „die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die Beschlüsse des Kontrollrates zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durchzusetzen.“ Dementsprechend bestimmte sie – von ihrer Errichtung im Juni 1945 bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 – in ihrer Zone „alle grundsätzlichen Entscheidungen über die Neugestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens“, ohne – und das war für die SMAD wichtig – ihre Durchsetzung in der Praxis außer acht zu lassen. Auf welche Weise und mit welchen Konsequenzen das gegenüber der CDUD geschah, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, nämlich der Durchführung der Bodenreform in der SBZ ab Frühherbst 1945.

Die Bodenreform in der SBZ ist nicht nur ein schwerwiegender Eingriff in die ökonomischen Gegebenheiten in bezug auf den Wiederaufbau Deutschlands gewesen, sondern auch der Versuch der sowjetischen Besatzungsmacht, noch vor dem Zusammentreten des Alliierten Kontrollrates zu seiner konstituierenden Sitzung am 30. August 1945 deutlich zu machen, was in Moskau unter der wenige Wochen zuvor auf der Potsdamer Konferenz übernommenen Verpflichtung verstanden wurde, Deutschland während der Besatzungszeit „als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“.

Der Forderung nach Enteignung bestimmter Kategorien des Besitzes an Grund und Boden sowie des Familienbesitzes über 150 Hektar lag eine ideologisch bestimmte Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik zugrunde, für die gerade die Bodenreform ein Kernbereich der sowjetischerseits für erforderlich gehaltenen „Demokratisierungspolitik“ gewesen ist. Die „Junker“, so wurde aus dieser Sicht argumentiert, seien nämlich stes „Inspiratoren der deutschen Aggression“ gewesen und hätten zudem „die gefährlichsten deutschen Militaristenkader“ gestellt.

Ich will jetzt hier nicht das Märchen in allen Einzelheiten wiedergeben, das möglicherweise später in den Schulbüchern der DDR- wenn sie denn bestehengeblieben wäre – gestanden hätte, wie man auf die Bodenreform gekommen ist. Das können Sie in den gesammelten Schriften von Walter Ulbricht nachlesen. Dort berichtet er über eine Fahrt mit Smirnow und Semjonow nach Weimar, Leipzig und Halle. Im Kreise Bitterfeld seien sie irgendwie hängengeblieben; dort habe er feststellen müssen, daß „der Baron“ weiterhin das Sagen hatte. Die drei seien daraufhin – ich fasse das jetzt ein wenig zusammen – auf die Idee gekommen, eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Initiative für diese Bodenreform von sowjetischer Seite ausging. Das läßt sich bei Wolfgang Leonhard nachlesen, der die russischen Entwürfe für die gesetzlichen Vorgaben in der Hand gehalten hat. Das wird auch von dem ehemaligen Wehrmachtmajor Bernhard Bechler bestätigt, der als 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg daran teilgenommen hat: Während einer Feierstunde, die 20 Jahre später stattfand, wies er darauf hin, daß „die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ natürlich von den Russen ausgegangen seien. Diese Tatsache habe sogar – so beklagte er noch im nachhinein die daraus resultierende prekäre Situation der deutschen Funktionäre – dazu geführt, „daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden.“

Es spricht alles dagegen, daß die CDUD- und mit ihr zusammen die LDPD- auch nur die geringste Chance gehabt hätten, Zeitpunkt, Inhalt und Ablauf der Bodenreform in der SBZ in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Der Allmacht der SMAD und ihrer Länderadministrationen waren diese beiden Parteien ebensowenig gewachsen wie der Absicht der KPD, der es vor allem darauf ankam, aus der Bodenreform eine „revolutionäre Massenaktion“ zu machen.

Konfrontiert mit einem „System selektiver und oft verfälschend wirkender Informationsweitergabe“, mit einer rigoros ausgeübten Pressezensur, mit massiven direkten und indirekten Pressionen zugunsten der Bodenreformvorstellungen der KPD sowie mit Drohungen eines Parteiverbots durch die SMAD mußte die CDUD-Führung in Berlin ohnmächtig mit ansehen, wie in den Ländern der SBZ ab September 1945 eine beispiellose, auf möglichst schnelle Durchführung angelegte Enteignungsaktion einsetzte.

Auch wenn die Partei mit ihrer konkreten Durchführung kaum etwas zu tun hatte, bekam sie deren Auswirkungen in Form von Berichten und Beschwerden massiv zu spüren. Auf diese Weise erhielt vor allem die Berliner Reichsleitung

einen recht präzisen und weitreichenden Eindruck von den Übergriffen, Ungerechtigkeiten, Mißständen und sogar Verbrechen, die sich im Zuge der Durchführung der Bodenreform ergaben.

Viele Möglichkeiten zum Widerspruch gab es für die Parteizentrale der Union in der Berliner Jägerstraße nicht. Die „Neue Zeit“ schied aufgrund der Zensurbestimmungen aus. Es wurden auf dreierlei Weise Versuche gemacht, dieser Entwicklung zu widersprechen. Zum ersten nutzte Andreas Hermes Mitte September 1945 eine Umfrage in der „Täglichen Rundschau“ an die Parteivorsitzenden, um seinem Unbehagen vorsichtig, aber deutlich Ausdruck zu geben. Er sprach von einer „Präjudizierung der Innenausstattung des angestrebten demokratischen Hauses“. Zum zweiten entschloß man sich zu einer sehr spektakulären Aktion; jedenfalls war sie das aus heutiger Sicht. Die Unionsführung unternahm den Versuch, die vier alliierten Oberbefehlshaber direkt anzuschreiben und sie sozusagen auf ihre gesamtdeutsche Verantwortung festzulegen bzw. sie daran zu erinnern. Vor allem sollten sie – das ist der Inhalt des Briefes, den ich hier nur kurz wiedergeben kann – daran erinnert werden, daß in solch grundsätzlichen ökonomischen Fragen reichseinheitlich vorgegangen werden sollte. Schließlich kam es zu einem dritten Schritt. Dem ging ein Referat des Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Heinrich von der Gablentz, im November 1945 voraus. Darin berichtete dieser über „Exzesse“, zu denen es im Zuge dieser Bodenreform kam. In diesem Zusammenhang war auch davon die Rede, daß damals nicht nur Haus und Hof, sondern auch persönliche Habe weggenommen wurde. Angehörige der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 wurden in diese Enteignungsaktion einbezogen. Ferner seien eine ganze Reihe dieser „Junker“ – das waren sie jedenfalls aus sowjetischer Sicht – in ein Konzentrationslager auf der Insel Rügen gebracht worden. Daraufhin legte sich die Reichsleitung der Union fest, den sogenannten Neubauernaufruf vom November 1945 – da ging es um die Aufforderung an die Öffentlichkeit, die Neubauern zu unterstützen – nur dann zu unterzeichnen, wenn es eine kritische Aussage der politischen Parteien der SBZ zu den Mißständen während der Bodenreform gebe.

Die Weigerung der Union, diesen Aufruf zu unterschreiben, kam einer Spaltung der Einheitsfront und damit – das war es jedenfalls aus Sicht der SMAD – einem Sakrileg gleich. Man reagierte entsprechend: Hermes und Schreiber – die beiden Vorsitzenden der CDUD – sowie Waldemar Koch von den Liberaldemokraten wurden zu Shukow bestellt. Dort mußten sich – übrigens in Anwesenheit Ulbrichts; Lotte Ulbricht war Dolmetscherin – Hermes, Schreiber und Koch einiges anhören: Shukow warf Hermes vor, keine Partei bereite „soviel Schwierigkeiten“ wie die CDU. Ihre Politik „verletze das Potsdamer Abkommen“, sie sympathisiere mit „Kriegsverbrechern, die unter Anklage stünden“, und sie stelle „den Reparationen Hindernisse in

den Weg“, „sabotiere die Bodenreform“ und „mache Propaganda gegen die Grenzregelung im Osten.“

Das waren die Voraussetzungen dafür, um eine sehr durchsichtige Entwicklung einzuleiten. Verantwortlich war der hier schon genannte hohe Funktionär der sowjetischen Militäradministration, Oberst Sergej Tjulpanow, der eine Initiative einleitete, die dazu führte, daß kurz vor Weihnachten 1945 die Parteileitung der CDU – bestehend aus Hermes und Schreiber – abgelöst wurde. Weitere solcher Eingriffe sind – davor und danach – zu registrieren gewesen.

Es ist in der damaligen Situation – vor allem nach der Ablösung der zweiten Parteileitung, bestehend aus Kaiser und Lemmer; das geschah kurz vor Weihnachten im Jahre 1947 – in der Union offensichtlich eine Diskussion in Gang gekommen, über die ich etwas aus dem Schreiben eines Journalisten – er war Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, sein Name war Harald Roos – erfahren habe. Roos hatte am 19. März 1949 einen Brief an Otto Nuschke, den kommissarischen Vorsitzenden der CDUD, geschrieben. Das geschah nach einem zweieinhalbstündigen Gespräch, daß er mit dem der Union von der SMAD als Aufpasser zugeeilten Hauptmann Kratyn geführt hatte.

Roos schrieb an Nuschke, daß er nach diesem Gespräch „den bedenklichsten Eindruck über die Absichten der Besatzungsmacht hinsichtlich der CDU und hinsichtlich einer gemeinsamen deutschen Politik“ gewonnen habe. So „außerordentlich intelligent“ Kratyn auch gewesen sei, so wurde Nuschke in aller Offenheit informiert, so wenig habe dieser verhüllen können, „daß eine Verschärfung – 1948 im Frühjahr – des sogenannten volksdemokratischen Kurses in der Ostzone sowohl hinsichtlich der Bauern – wie der Industriepolitik, der Handels- wie der Finanzpolitik unter allen Umständen beabsichtigt ist.“

Roos hat seinen sowjetischen Gesprächspartner bei dieser Gelegenheit ohne Umschweife darauf aufmerksam gemacht, „daß das fortgesetzte Folgen und Hören auf Absichten, Ziele und Einreden der SED 95 Prozent der Bevölkerung der Ostzone heute schon in eine absolute Psychose gegen die Besatzungsmacht hereingebracht habe, weil die tatsächlich tausendjährige bürgerliche Vergangenheit und ihre auch heute noch gesunden Traditionen in Deutschland geleugnet und beiseitegeschoben werden.“ Er sah sich gegenüber seinem sowjetischen Gesprächspartner zu der Bemerkung gezwungen, daß es „eigentlich überflüssig erscheinen müsse, in der Ostzone noch eine CDU aufrechtzuerhalten, da das Ganze auf eine kommunistische Politik herauskäme.“

Dieses Fazit dürfte seinerzeit von vielen Mitgliedern in beiden sogenannten bürgerlichen Parteien gezogen worden sein. Wenn dies nicht zu entsprechenden praktischen Konsequenzen führte, dann lag das daran, daß die Parteileitungen – das Wort „Parteileitungen“ ist zu betonen – von CDUD und LDPD zu dieser Zeit schon in den Händen jener Funktionäre lagen, die – um es in den Worten eines führenden Repräsentanten der Liberaldemokraten auszu-

drücken – der Überzeugung waren, daß sich in Deutschland eine Richtung von Demokratie durchsetzen werde, von der dieser Repräsentant, nämlich Johannes Dieckmann, schon im Sommer 1945 auf einer Wahlveranstaltung in Dresden zu sagen wußte, daß sie, „wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein werde als der des Westens.“

Damit war eine Linie vorgegeben, die auf den ersten Blick bruchlos hin zu einer Partearbeit im Zeichen „von Ostbindung und Gleichschaltung“ führte, hin zu einer Parteileitung – das gilt für die CDUD unter Otto Nuschke –, die in ihrer bedingungslosen Loyalität gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht die Union der SBZ bzw. DDR gegen den Willen der weit überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder den Zielsetzungen der SED unterzuordnen begann.

Das war ein Prozeß, der im Jahre 1952 schließlich mit den 22 „Thesen des Christlichen Realismus“ einen gewissen Abschluß – man kann auch sagen: einen traurigen Höhepunkt – erreichte, in denen u. a. unter Verweis auf die „beispielhafte Verwirklichung“ der von Karl Marx entwickelten „Lehre vom Aufbau einer neuen besseren Gesellschaftsordnung“ in der Sowjetunion festgeschrieben worden war, daß der Sozialismus den Christen „die beste Möglichkeit zur Verwirklichung der Forderungen Christi und zur Ausübung praktischen Christentums“ biete.

Wer näher hinsieht, wird allerdings zur Kenntnis nehmen müssen, daß das angesichts solcher Aussagen rasch gefällte abschätzige „Blockflöten“-Urteil den tatsächlichen Gegebenheiten doch nicht gerecht wird – den Vorfällen etwa, wie sie sich bei der Gleichschaltung der Landesverbände im Jahr 1950 abgespielt haben:

- Es kam damals zur Absetzung des sächsischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann, nachdem er den Führungsanspruch der SED in Frage gestellt hatte.
- Weiter kam es zu dem hier schon erwähnten Schauprozeß gegen den Landesvorsitzenden Leo Herwegen in Sachsen-Anhalt. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus – davon drei Jahre Einzelhaft – verurteilt.
- Außerdem kam es zur Absetzung des Wirtschaftsministers Siegfried Witte und nachfolgend zu einer Verhaftungswelle gegen die „Witte-Clique“ in Mecklenburg-Vorpommern.
- Es ist der sogenannte Eichsfelder Fenstersturz zu erwähnen; dabei kam es zur Ausschaltung der CDUD-Mehrheiten im Eichsfeld, dem „Eingangstor des Imperialismus“, wie es in der Diktion der SED hieß, und in anderen Kreisverbänden Thüringens.
- Weiterhin kam es zur Verhaftung und zum Tod – nach Folter – des 74jährigen Potsdamer CDUD-Politikers Frank Schleusener.

Es ist eben – und damit will ich schließen – nicht zu verkennen, daß in

den sogenannten bürgerlichen Parteien CDUD und LDPD drei Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur schon lebendige demokratische – christliche und liberale – Traditionen existierten, so daß viele ihrer Mitglieder nicht bereit waren, der Errichtung einer neuen, kommunistischen Diktatur widerstandslos zuzusehen. Sie haben sich auch gewehrt, freilich unter den von Besatzungsmacht und SED gesetzten Bedingungen, jedenfalls so gut und so lange sie konnten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, lieber Herr Professor Fischer, ganz herzlichen Dank.- Ich glaube, alle drei Vortragenden haben uns den gegenwärtigen Stand vermitteln können. Sie haben uns Neues – auch in bezug auf biographische Fakten – gesagt. Dadurch wurden die Vorträge – das ist mein Eindruck – sehr farbig.

Ich bitte die Mitglieder Enquete-Kommission, die jetzt anstehende Diskussionsrunde dazu zu nutzen, um noch weitere biographische Fakten an Tageslicht zu bringen. Wir hatten vereinbart, daß mindestens drei Redner einen vorbereiteten Diskussionsbeitrag zu den angesprochenen drei Themen vortragen. Da wir solche Persönlichkeiten wie Herrn Putzrath und Herrn Katzer unter uns haben, sollten auch diese die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Diskussionsrunde noch Unvorbereitetes zu sagen.- Ich bitte nun Frau Dr. Erika Wolf, anzufangen.

Dr. Erika Wolf: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.- Ich kann aus meiner Erfahrung natürlich zu dem letzten Referat etwas sagen. Mit großem Interesse und einiger Erschütterung habe ich gehört, was gerade gesagt wurde.

Ich möchte auch zu den beiden Punkten, die Herr Professor Fischer erwähnt hat – nämlich zur Gründung der Partei und zur Bodenreform –, etwas sagen. Die Gründung der Partei war für die Sowjetische Militäradministration, wie Sie gesagt haben, eine schreckliche Überraschung. Denn man hatte damit gerechnet, das Zentrum – und damit eine Partei, die wahrscheinlich nicht sehr viele Anhänger gehabt hätte, weil der Anteil der Katholiken in der Sowjetischen Besatzungszone verhältnismäßig gering ist – zu sehen.

Hermes selber saß, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis Moabit. Am 23. April 1945 wurde er freigelassen. Wenige Tage danach – nämlich schon am 6. Mai – erhielt er einen Besuch von Ulbricht, der ihn fragte, ob er bereit wäre, die Verantwortung für die Ernährung Berlins zu übernehmen. Das bejahte er. Er wurde dann von General Bersarin in diese Funktion eingesetzt, die es ihm natürlich auch erleichterte, die Menschen zu sammeln, mit denen er zusammenarbeiten konnte. Sie kamen im wesentlichen aus Kreisen des Widerstandes.

Wenn man den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands liest, sieht man, daß in der Tat wichtige Vertreter der politischen Szene vor 1933 sich wieder zusammengefunden hatten. Es war ja der Vorteil der Entwicklung, daß die Zeit des Nationalsozialismus immerhin verhältnismäßig

kurz war. Von daher konnte man Menschen wiederfinden, die vor dieser Zeit politisch tätig waren.

Es gab – Sie sagten das – 30 Gründer. Sie sind in dem Aufruf aufgeführt, auf den sie sich geeinigt hatten. Er war die Grundlage der Gründungsversammlung am 22. Juli 1945 am Schiffbauerdamm. Ich habe diese Gründungsversammlung miterlebt.

Wir wohnten in Potsdam und kamen mit dem Fahrrad, was eine etwas größere Anstrengung war, aber als völlig selbstverständlich galt. Denn andere Verkehrsmittel gab es ja nicht. Ich habe die Einführung von Hermes zu dem Programm gehört. Darin machte er seine Prinzipien deutlich. Gleichzeitig aber wies er auch deutlich auf das notwendige Notprogramm hin.

Ich glaube, daß man sich bei der Diskussion über diese Zeit immer vor Augen führen muß, in welchem Zustand die Menschen lebten. Die tägliche Not war so außerordentlich groß, daß die meisten voll damit beschäftigt waren, für Wohnung, Brot, Kleidung usw. zu sorgen. Der politische Aufbruch war dadurch für viele etwas weniger deutlich.

Trotzdem ist diese Versammlung ein außerordentlicher Erfolg gewesen. Hermes stellte sein Programm dar. Er war der erste Unterzeichner und wurde allgemein als Gründer der CDUD angesehen.

In dem Programm wurde bereits zum Ausdruck gebracht, daß es in Zukunft eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung geben sollte. Hier ist ein Einfluß von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer festzustellen. Es wurde auch gesagt, daß eine Neuordnung des Landbesitzes im Hinblick auf die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig sei, die aus den Ostgebieten in die SBZ gekommen waren. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß in dieser Zeit besonders viel für die Frauen getan werden müsse, weil sie viel mehr in Schwierigkeiten geraten waren, als man angenommen hatte. Denken Sie zum Beispiel an die Trümmerfrauen, die einer Hilfe bedurften.

Hermes hat gleichzeitig deutlich gemacht, wie wichtig die Beziehungen zum Westen seien. Ich möchte noch mal sehr unterstreichen, daß die CDU das „D“ für Deutschland in ihrem Namen hatte. Der Begriff „Union“ war in bezug auf den Namen genauso wichtig. Es sollte klar werden: Es handelt sich nicht um eine einzelne Richtung, etwa um das wiederauflebende Zentrum, sondern um eine gemeinsame Aktion der Christen. Weiter sollte deutlich werden, daß die Partei für Gesamtdeutschland geplant war.

Herr Professor Fischer hat mir eben noch mal gesagt: Wenn die Gründungsversammlung in Godesberg, die von Hermes für Dezember 1945 geplant war, sich so hätte abspielen können, wie er meinte – er durfte damals nicht nach Westdeutschland reisen –, wäre vielleicht die ganze Entwicklung in bezug auf die CDU anders gelaufen, als sie bis heute verlaufen ist.

Ein paar Worte möchte ich noch zu den Russen sagen, denen wir damals

bei der Gründung der Parteien in den Orten begegneten. Ich habe also die Gründung in Potsdam sowie die Gründung des Landesverbandes Brandenburg miterlebt. Wir hatten viele Kontakte mit Russen, die offensichtlich über das überrascht waren, was sie in der SBZ erlebten. Sie kamen mit der Vorstellung, daß viele Leute bzw. die Arbeiter in ganz traurigen Verhältnissen leben würden, und sie waren äußerst überrascht, wenn sie in die Wohnungen gingen, wo sie große Radioapparate, sehr schöne Nähmaschinen und ähnliche Dinge fanden. Das stimmte eigentlich mit ihrem Bild nicht überein.

Auch politisch waren sie sehr unsicher. Ich erinnere mich an Gespräche mit Russen, die uns fragten, wie man denn einen Nationalsozialisten erkennen könne. Sie berichteten dann, daß Herr Schulze bei ihnen gewesen sei und gesagt hätte, er selber sei ja immer im Widerstand gewesen. Aber Herr Meier und Herr Müller, das wären sehr böse Nationalsozialisten gewesen. Wenige Stunden später erschien dann Herr Müller mit demselben Anliegen. Er trug vor, daß Herr Meier und Herr Schulze Nationalsozialisten wären.

Also die Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht, die sich in dieser ersten Periode direkter Einflußnahme noch ein wenig enthielt, waren offensichtlich selber verunsichert. Wieweit das in Ihren Dokumenten deutlich wird, weiß ich nicht. Aber ich glaube, es muß einbezogen werden in die Darstellung der damaligen Zeit.

Es begann der Aufbau der Partei in den Landesverbänden. Er wurde ständig behindert, führte aber doch zu gewissen Erfolgen. Wenn man sich z. B. die Landtagswahlergebnisse aus dem Jahre 1946 ansieht, wird deutlich, daß die SED sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Brandenburg nicht die Mehrheit bekam. Vielmehr hatten die beiden bürgerlichen Parteien größeren Zuwachs. Vor kurzem erfuhr ich, daß Sozialdemokraten damals vielfach die LDPD wählten, welche in Sachsen-Anhalt eine große Zahl von Mitgliedern hatte.

Zweitens möchte ich auch etwas zur Bodenreform sagen, weil ich von ihr eine ganze Menge miterlebt habe. Hermes hat in der Tat immer gesagt, daß eine Bodenreform notwendig sei. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß sie natürlich nicht entschädigungslos vor sich gehen könne. Es war aber nachher so, daß jeder, der mehr als 100 Hektar hatte, völlig – und zwar entschädigungslos – enteignet wurde. Darunter fiel natürlich der Großgrundbesitz in vollem Umfang.

Im übrigen kam es noch – ähnlich wie bei Industrieunternehmen – zu einem Verfahren der Sequestrierung. Dabei wurde früheren Nationalsozialisten ihr Eigenheim weggenommen. Die Partei war also längere Zeit damit beschäftigt, in Unrechtsfällen deutlich zu machen, daß die Enteignungen nicht richtig gewesen seien.

Hermes hat dann immer versucht, als diese Bodenreform-Diskussion in Gang kam, darauf hinzuweisen, daß Entschädigungen notwendig seien. Aber das hat dazu geführt, daß die sowjetische Besatzungsmacht und auch die KPD mit großer Akribie versuchten klarzumachen, daß in den Landesverbänden

die Ansicht von Hermes nicht berücksichtigt werden könne. Man muß dem hinzufügen, daß die gegenseitige Unterrichtung natürlich schlechter war, als es heute etwa der Fall ist, und daß in den Landesverbänden an manchen Stellen frühzeitige Zustimmungen erfolgten, die Hermes nicht gebilligt hätte.

Hermes reiste zusammen mit Schreiber noch in den letzten Wochen vor der Entscheidung bzw. vor seiner Absetzung emsig im Lande herum, um für seine Meinung die Zustimmung jedenfalls der CDU zu gewinnen.

Hermes wurde dann allerdings abgesetzt. Ich erlebte seine Absetzung mit. Mitte Dezember wurden mein Mann – er war Landesvorsitzender der CDU in Brandenburg – und ich zum Zwecke der Führung eines Gesprächs zu unserer politischen sowjetischen Administration gebeten. In diesem Gespräch wurde uns beigebracht, daß Hermes und Schreiber abgesetzt werden müßten. Hermes sei ein Reaktionär. Es hätten sich ja auch bereits Stimmen in der Bevölkerung – auch in Zeitungsartikeln sei deutlich darauf hingewiesen worden – bemerkbar gemacht, die zum Ausdruck gebracht hätten, daß man nicht länger unter der Führung von Hermes in der CDU arbeiten wolle. Dann wurden uns Artikel vorgelegt, in denen erstaunlicherweise immer von „Herrn Germes“ statt von „Herrn Hermes“ die Rede war. Dadurch wurde ziemlich deutlich, wer wohl die Autoren dieser Artikel waren. Als wir darauf hinwiesen, daß wir uns dieser Ansicht leider nicht anschließen könnten, zumal die Autoren ersichtlich nicht aus CDU-Kreisen stammen würden, wurden wir etwas förmlich entlassen, für den nächsten Abend aber wieder eingeladen.

Am nächsten Vormittag erschien plötzlich in unserer Wohnung ein Russe mit einem Lebensmittelpaket bzw. mit einem Berg von Lebensmitteln. Ich muß dazu sagen: Das war noch während der schrecklichen Notzeit. Wir bekamen also Zucker, Butter, Wurst und was weiß ich noch alles. Wir gingen am Abend etwas unsicher zum nächsten Gespräch. Das erste Mal hatte uns der Leiter der politischen Abteilung der SMAD verhört. Nun war ein zweiter Herr da, der offensichtlich vom NKWD kam. Es wurde uns also wieder dringend nahegelegt zu erklären, daß Hermes ein Reaktionär sei. Wir erfuhren im Laufe des Gespräches, daß inzwischen die anderen Landesvorsitzenden der CDU zu einem Gespräch nach Karlshorst gebeten worden waren. Sie sollten dort darüber beraten, wie mit Hermes und Schreiber weiter zu verfahren sei.

Das Gespräch dauerte ziemlich lange. Da es wirklich sehr unfruchtbar war, endete es damit, daß beschlossen wurde, meinen Mann nun nicht nach Karlshorst mitzunehmen, sondern ihn zu Hause zu lassen. Der arme Herr Heller – der Vorsitzende der CDU in Cottbus – wurde statt dessen eingeladen, um an dem Beschluß, der unter dem Druck der SMAD in der Tat von den Landesvorsitzenden gefaßt werden mußte, mitzuwirken, daß Hermes und Schreiber nicht länger ihre Funktionen ausüben könnten.

Hermes und Schreiber haben damals sofort dafür gesorgt, daß die Arbeit der CDU weitergehen konnte. Selbstverständlich haben sie zugestimmt, daß Kaiser

und Lemmer die Funktionen als erster und zweiter Vorsitzender der CDU übernahmen. Von daher ging der Übergang einigermaßen friedlich vor sich.

Hermes selber ist dann sehr bald aus Berlin fortgegangen. Auf die weitere Politik der CDU konnte er – auch wegen seines Verhältnisses zu Adenauer; die beiden Herren liebten sich nicht besonders – dann keinen Einfluß mehr nehmen.- Soweit meine Erfahrungen aus der damaligen Zeit. (Beifall).

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Dr. Wolf. Verraten Sie uns bitte noch, ob Sie Butter und Zucker wieder zurückgeben mußten. (Heiterkeit).

Dr. Erika Wolf: Nein, daß mußten wir nicht, sondern wir haben versucht, daß ein wenig zu verteilen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön.- Herr Dieter Rieke, bitte.

Dieter Rieke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In gebotener Kürze möchte ich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Ich gehöre zu der Generation, die noch zwei Jahre des letzten Krieges aktiv miterlebt hat. Geboren wurde ich in Westdeutschland. Das Kriegsende habe ich in Mitteldeutschland erlebt.

Ich bin nicht ganz frei von Bitternis und Belastung hierher gekommen. Zu tief sind die Verletzungen, die mir die Kommunisten zugefügt haben. Und man kann wohl sagen, daß mein Leben von drei Perioden geprägt wurde. Ich will das mal als Schock bezeichnen. Einmal möchte ich die neunjährige Haft als Sozialdemokrat – das möchte ich hervorheben – in Bautzen erwähnen. Dann nenne ich Erlebnisse der Wende. Schließlich konnte ich vor zwei Wochen meine Stasi-Akten in Berlin einsehen, aus denen hervorgeht, daß man sehr wohl noch – bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert war, mich irgendwie ans Messer zu kriegen.

Wie ich schon sagte: Ich war 1945 im Bezirk Magdeburg. Dort traf ich nach dem Einrücken der Roten Armee viele junge, aber auch ältere Menschen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. Ich war damals 20 Jahre alt. Die Jungen – darunter war auch ich – wollten sich irgendwie aktiv an der Neugestaltung des Nachkriegs-Deutschlands beteiligen. Auf der anderen Seite gab es Angehörige der älteren Generation, die entweder aus dem Krieg oder aus den KZ-Lagern kamen.

Im Juni wurden durch den Befehl Nr. 2 antifaschistische Parteien zugelassen. Im Bezirk Magdeburg waren wir dann gleich darum bemüht, die Partei mit viel Idealismus und mit viel Energie aufzubauen. Wir haben einzelne Orte besucht. Ich selber war damals in Gardelegen und Stendal ansässig. Auch hatte ich Arbeit als Journalist gefunden.

Wir waren also von dem Ideal getragen: Es muß eine neue Zeit kommen. Und dazu gehörte, daß auch die Sozialdemokratische Partei sich engagierte,

daß die Mitglieder mit dazu beitrugen, daß diese Zeit des Faschismus nun endlich überwunden werden konnte.

Das Land war damals geprägt von den in endloser Zahl hereinströmenden Flüchtlingen und vom Elend der Nachkriegszeit. Es war nicht leicht, untereinander Verbindung zu halten. Aber wir im Bezirk Magdeburg haben schnell eine sehr starke Partei aufbauen können, und wir waren auch ein bißchen stolz darauf. Was wir als junge Menschen nicht ahnen konnten, war, daß man dies mit Wissen der SMAD zugelassen hatte, weil man das Ziel hatte, die Sozialdemokraten irgendwie als Blutspender für die kommunistischen Ziele und Praktiken zu nutzen.

Wir hatten kaum Verbindung untereinander. Es gab die Möglichkeit, hier und da mal ein paar Zeitungen aus Westdeutschland oder aus Berlin zu bekommen. Wir hörten den NWDR, den Hamburger Sender, und wir bekamen gelegentlich auch mal Informationen von Leuten, die es gewagt hatten, nach Westdeutschland zu gehen, um sich ein bißchen umzusehen.

Der Kreis Gardelegen lag nicht weit von der Zonengrenze entfernt. Mit meinen Weggefährten habe ich es unternommen, bis nach Hannover zu fahren, um dort bei der SPD vorzusprechen und mir Informationen geben zu lassen. Dort wurde in den Monaten bis Ende 1945 eine sogenannte Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost aufgebaut, die direkt Kurt Schumacher unterstellt war. Das war also unsere Anlaufstelle.

Wir meinten damals, daß wir, wenn es eine SPD auch in der damaligen SBZ geben würde, auch frei argumentieren dürften, und wir glaubten, daß wir parteipolitische Festlegungen in unsere Argumentation mit einbeziehen konnten.

Vor Ort haben wir durch Versammlungen und durch persönliche Gespräche versucht, eine breite Basis von Sozialdemokraten zu schaffen, die bereit und in der Lage sein sollte, sich der Verantwortung – und zwar in den Verwaltungen, aber auch in den sich damals bildenden Vertretungen der Bürgerschaft – zu stellen. Das fing in den Gemeinden und Kreisen an, und es reichte bis hin zur damaligen Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt. Das war die Institution, die gegenüber der Sowjetischen Militäradministration hinsichtlich des Funktionierens der Wirtschaft verantwortlich war. Das war ja wohl das Allerdringlichste.

Ich selber war Leiter eines Nachrichtenamtes der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt mit Sitz bzw. Wohnsitz in Gardelegen. Aber ich war sehr oft in Magdeburg und Halle. Und ich muß sagen: Es war ein Schub, den wir spürten. Denn wir glaubten endlich, daß wir am Aufbau einer – wie man so schön sagte – neuen demokratischen Gesellschaftsordnung mitbeteiligt seien.

Im Laufe der Wochen und Monate spürten wir aber auch, wie stark der

Einfluß der deutschen Kommunisten war. Das merkten wir sehr wohl, wenn es darum ging, Papierzuteilungen oder die Erlaubnis für Veranstaltungen – Bürger- und Parteiversammlungen – zu bekommen. Die Kommunisten waren privilegiert, und wir brachten eben nur unseren guten Willen ein. Im Hintergrund spürten wir aber auch, daß eine Art Indoktrination stattfand, und zwar in der Form, daß die sowjetischen Offiziere als Kommandanten der Orts- und Kreisverwaltungen – das galt sogar für Halle – ihre Möglichkeiten nutzten, um Sozialdemokraten ins Gespräch zu ziehen und ihnen mit Zuckerbrot und Peitsche zu sagen, welche Politik die sowjetische Besatzungsmacht für richtig hielt.

Nun gibt es eine sehr große Vielfalt, das jetzt – also nach Ablauf der Ereignisse – zu interpretieren. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Punkt, daß man versucht, diese Zeit historisch aufzuarbeiten. Aber ebenso wichtig ist es auch, zu sagen, was damals in den kleineren Bereichen – sozusagen vor Ort, also in den Gemeinden – geschehen ist und wie die Leute das erlebt haben. Es muß auch klargemacht werden, mit welchem Mut, aber auch mit welcher Resignation sie versuchten, sich an dem politischen Leben zu beteiligen. Die Enttäuschung in bezug auf den Krieg war ja groß, und die Erwartungen waren sicherlich sehr hoch.

Der Punkt, der mich nun insbesondere betrifft, war, daß ich spürte, daß die sowjetischen Politoffiziere weitestmöglich – nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Funktionären – versuchten, Einfluß zu nehmen. Und auch in unseren eigenen Reihen gab es gespaltene Überlegungen. Die einen sagten: „Wir sind Sozialdemokraten und keine Kommunisten“. Aber es gab auch Leute, die aus den Konzentrationslagern kamen und aus ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus meinten, es sei wohl das Bessere, eine starke Arbeiterbewegung zu haben. Das müsse doch mit den Kommunisten gemeinsam gemacht werden. Die hätten sich damals von den Sozialdemokraten getrennt. Und nun, bitte schön, könnte man ja wieder eine starke Sozialdemokratische Partei aufbauen.

Ich will das alles nur antippen, um Ihnen auch Gelegenheit zu geben zu hinterfragen. Es ist ein abendfüllendes Thema, wenn man diese Zeit Punkt für Punkt durchgeht und aus dem heutigen Blickwinkel daraus Erkenntnisse gewinnen möchte.

Wir waren in allen Kreisen und Gemeinden vertreten, und wir hatten das Gefühl, daß wir ja nicht nur uns selber überlassen bleiben konnten, sondern daß wir auch versuchen mußten, Kontakt mit der SPD bzw. mit dem Zentralausschuß in Berlin zu bekommen. Das galt auch für die SPD in Westdeutschland.

So gab es einen regen Austausch durch gegenseitige Besuche. Vor allem aber geschah das durch Informationen, die wir über die Arbeit der SMAD zusammenstellten und nach Westdeutschland gaben. Dies geschah über das

damalige Ostbüro der SPD, und ich habe feststellen können, daß die von uns geschilderten Geschehnisse Ende 1945/Anfang 1946 in der damaligen SBZ- Demontagen, Bodenreform, Ungerechtigkeiten, die ersten Verhaftungen, Internierungen usw.- sehr wohl registriert wurden. Das spiegelte sich in einzelnen Passagen auch von Reden von Kurt Schumacher wider. Er war ja damals Vorsitzender der SPD in Westdeutschland.

Der Druck auf uns wurde stärker, als es darum ging, die Forderungen und Erwartungen der SMAD sowie der dahinter stehenden deutschen Kommunisten zu erfüllen, die darauf hinausliefen, eine einheitliche antifaschistische Front zu bilden bzw. einen Zusammenschluß von KPD und SPD herbeizuführen.

Ich habe noch in Erinnerung, daß damals – im Frühjahr 1946 – etwa 700.000 Sozialdemokraten Mitglied waren. Die Kommunisten dagegen zählten erheblich weniger Mitglieder.

Die schrecklichste Situation entstand dann, als diese Einheitskampagne anlief. Sie wissen vielleicht aus der Literatur, wie sich das aufbaute und wie dann am 21./22. April 1946 die Zwangsvereinigung in Berlin erfolgte. Das war für uns zunächst der Punkt, an dem wir resignierten, denn wir hatten nicht geglaubt, daß sich in Berlin ohne unser Mittun und ohne unser Votum ein Zusammenwirken zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in dieser Form gestalten könnte. Es gab zwar lose Verbindungen mit Berlin, aber im wesentlichen wurde ja auch Politik vor Ort gemacht, und die Sozialdemokraten waren in der Tat in den Spitzen der Verwaltungen tätig. Ihr erstes Anliegen war, die Not der Bevölkerung zu lindern und für die Infrastruktur des Landes zu sorgen.

Die Vereinigung zwischen SPD und KPD zur SED war nichts anderes, als daß das Konzept der Kommunisten – wir haben das heute ja schon gehört – durchgezogen wurde. Ende 1945 gab es zunächst noch etwas Zuckerbrot. Aber dann ging man mit ganz rigorosen, brutalen Methoden vor. Das führte dazu, daß meine Freunde – das galt auch für mich selber – wiederholt zu Gesprächen gebeten wurden. Von daher hatten wir den Eindruck, man wollte, daß wir absolut hörig sein sollten. Es wurde ein Druck auf uns ausgeübt, dem wir nur durch die Flucht nach Westdeutschland, durch Resignation oder das Sich-Zurückziehen ins stille Kämmerlein begegnen konnten.

Ich selber war damals in Magdeburg. Wir veranstalteten Versammlungen und votierten gegen diese Vereinigungskampagne. Aber dann kamen wir sehr schnell in die Situation, daß wir unterwegs ganz einfach festgehalten wurden. Die Versammlungen wurden abgesagt. Kurz und gut: Ab Mai/Juni 1946 – also nach der Vereinigung – gab es für uns nur noch eines, daß wir nämlich in die Illegalität gingen.

Wir haben nämlich – und das war, wenn man es von heute aus betrachtet, ein Stück Illusion – folgendes geglaubt: Hitler hat sich zwölf Jahre gehalten. Nun, Gott behüte, wie lange wird Pieck unter diesen Umständen aushalten?-

Die Alliierten hatten ja das Sagen. Wir hatten die Illusion, daß wir eines Tages wieder da sein müßten. Deshalb haben wir sehr wohl gewußt, was wir machten, wenn wir Freunde besuchten. Im kleinen Kreis sprachen wir über die Situation. Vor allen Dingen behielten wir auch die Verbindung nach Hannover – also mit der westdeutschen SPD- bei.

Ich muß im nachhinein sagen: Der Preis war sehr hoch. Viele von uns wurden verhaftet. Es gab auch Leute, die aus Westdeutschland kamen. Sie wurden beschattet. Man verfolgte sie. Alle, die von Westdeutschen besucht worden waren, wurden verhaftet. Wir haben versucht, die Familien zu bergen bzw. ihnen zu helfen. Es wurden Lkw-Fahrten nach Westdeutschland über die grüne Grenze – das ging damals noch – veranstaltet. Für uns stellte sich wirklich die Frage: Halten wir das durch? Und ich muß sagen: Es war nicht durchzuhalten. Das Regime war so totalitär, daß es keinen Ausweg gab. Aber wir freuten uns immer, wenn wir hier und dort noch Weggefährten treffen konnten.

Ich habe damals in Halle an einem Pressegespräch mit dem damaligen General Kotikow teilgenommen. Er erläuterte uns rigoros die Forderung, daß es nur darum gehe, diese damalige SBZ als absolut kommunistisches, militärisches Vorfeld gegenüber dem Kapitalismus in Westdeutschland zu betrachten.

Wie auch immer: Aus meiner damaligen Kenntnis heraus war es damals so, daß wir – außer Kontakte zu unseren Freunden aufrechtzuerhalten – nichts unternehmen konnten. Alles andere war Selbstmord.

Es kam, wie es kommen mußte. Eines Tages wurde ich verhaftet und kam 1948 nach Berlin-Hohenschönhausen. Ein Jahr später wurde ich vom Obersten Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren verurteilt. Und dann begann der lange Weg nach Bautzen, wo ich übrigens Alfred Schmidt wiedergetroffen habe. Mit dem habe ich sehr oft zusammengesessen. Dann haben wir uns lange darüber unterhalten, was nun richtig oder falsch an diesem Kommunismus sei. Auch Oskar Hippe und viele andere mehr waren dort.

Abschließend kann ich feststellen: Von den neun Jahren habe ich vier Jahre in Einzelhaft gesessen. Das heißt, ich habe erfahren, wie man Menschen physisch und psychisch zugrunde richten kann. Nun kann man nicht sagen, daß Bautzen ein Vernichtungslager war. Es gab dort keine Verbrennungsöfen. Aber wir waren die politischen Staatsfeinde Nr. 1, und man hungerte uns auf die sanfte Art aus.

Ich hatte Gelegenheit, in einer Fernsehsendung in Bautzen das mal zu eruieren, und zwar haben mir im nachhinein die früheren Bewacher, die uns damals drangsalierten, erklärt: Ja, als wir von den Sowjets die Gefangenen übernahmen, hieß es von seiten der Roten Armee, daß nur 800 Leute im Lager seien. Dementsprechend Verpflegung hatte man parat. Es waren aber 8.000.

Dieses Lager ist einige Male ausgestorben. Man kennt bis heute nicht die

genauen Zahlen. Die Historiker haben hier ein großes Aufgabengebiet. Aber es war so, daß wir an Tuberkulose und Dystrophie litten. Und wenn man in Einzelhaft sitzt, dann – das können Sie sich sicher vorstellen – schwinden die geistigen Kräfte schnell. Ich hatte das Glück – das ist kein Verdienst – das noch einigermaßen zu überstehen.

Ich bin dann nach meiner Entlassung 1957 nach Westdeutschland gegangen, und ich versuchte, all diese schrecklichen Ereignisse zu vergessen. Das war die einzige Möglichkeit, wieder in ein normales Berufsleben zurückzukehren. Viele meiner Freunde aus der damaligen Illegalität, die ich in Bautzen wiedergetroffen hatte, haben es nicht geschafft. Darunter waren viele, die auch in den KZs zehn Jahre zugebracht haben. Danach waren sie dann fünf, sechs, acht oder zehn Jahre in Bautzen. Nicht alle haben das überstanden.

Wir sind nur noch ganz wenige, die bezeugen können, was sich damals abgespielt hat. Und ich muß Ihnen sagen: Es war sehr wichtig für mich festzustellen, daß ein Stückchen dieser Saat, die wir versuchten, damals einzusäen, aufgegangen ist. Das sage ich im Hinblick auf Leute, die sich heute wieder zur Sozialdemokratischen Partei in den neuen Bundesländern bekennen.

Die Wende war für mich ein Erlebnis. Ich kann mich noch daran erinnern. Mit Wolfgang Leonhard war ich am 9. November auf Sendung im ZDF-Länderspiegel, als Schabowskis Meldung aus der Pressekonferenz kam. Wir konnten vor laufender Kamera nichts mehr sagen. Uns sind die Tränen geflossen.

Ich war dann einige Zeit lang hier in Bonn als Journalist tätig. Dann bin ich – auch als Journalist, dort war ich Leiter eines Presseamtes – nach Rüsselsheim gegangen. Und ich war eigentlich ein glücklicher Mensch. Ich hatte eine neue Familie aufgebaut. Vor allen Dingen hatte ich all diese schrecklichen Zeiten vergessen.

Dann kam die Wende. Das war ein Schock. Da habe ich gedacht: Gut, jetzt nach zwei, drei Jahren ist alles okay. Jetzt können wir darangehen, innerhalb unseres Landes wieder in die Zukunft zu schauen.

Aber dann kam die Nachricht von Gauck, man solle doch mal nachschauen. Es seien einige Unterlagen gefunden worden. Ich habe zwei Tage lang in der Normannenstraße nachgelesen, was gute Freunde und auch Verwandte aus Bonn und Rüsselsheim der Stasi über mich berichtet haben. Daraus entnehme ich, daß sie – wohlgemerkt: bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert waren, mich noch mal irgendwie an Messer zu kriegen. Ich konnte mir das zwar nicht ausrechnen. Damals habe ich einen privaten Besuch in der DDR-Magdeburg, Stendal – gemacht. Über die Fahrt – sie ging über Marienborn nach Gardelegen, Stendal usw.- habe ich minutiöse Berichte gelesen, und jeder von meinen Verwandten, der mich kannte, hat seinen Bericht dazugegeben.

Dann hat man auch noch einen sogenannten Kampfauftrag erteilt, indem man Leute hierher geschickt hat, um mich auszukundschaften. Ich glaube, dies wird wohl eine Sache des Bundesanwalts sein. Die Klarnamen sind mir mittlerweile geläufig. Ich mußte danach nur noch mal die kopierten Akten durcharbeiten. Wenn man als junger Mensch den Einsatz gewagt hat, in der Politik mitzuhelfen – ich bin ja kein Mann, der ein Amt oder irgend etwas angestrebt hat, ich wollte nur ganz einfach mit einem Beitrag leisten –, um dann im nachhinein festzustellen, daß man über Jahre hinweg aus dieser Umklammerung des Kommunismus – das war eine Krake – nicht mehr herausgekommen ist, dann ist das eine fürchterliche Situation.

Aber Sie können sicher sein, daß ich solange über diese Dinge reden werde, wie ich es geistig und körperlich vermag. Dies bin ich den Leuten schuldig, die heute nicht mehr für ihre Sache eintreten und reden können. Ich muß sagen: Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß ich Glück gehabt habe und heute vor Ihnen sitzen kann, um Ihnen das zu berichten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Dieter Rieke. Der nächste Redner wäre dann Herr Wolfgang Schollwer.

Wolfgang Schollwer: Ich bin Jahrgang 1922. 1946 trat ich in die LDPD ein. Bis zum Oktober 1950 war ich Mitglied dieser Partei. Dann bin ich nach West-Berlin geflüchtet. Ich kann also nur über die Zeit von Herbst 1946 bis zum Herbst 1950 Zeitzugenschaft ablegen.

Was hat mich oder viele andere bewogen, in diesen Jahren in die LDPD einzutreten? Dazu kann ich natürlich keine verbindliche Auskunft geben, sondern ich kann nur sagen, was mich selbst und was meine Freunde wahrscheinlich veranlaßt hat, in dieser Partei tätig zu sein.

Zunächst war das die Hoffnung, daß es bald eine Einigung der Vier Mächte in bezug auf Deutschland geben würde. Damals gab es ja noch die Viermächtekonferenzen bzw. die Außenminister- und Regierungskonferenzen, und man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß der Zustand, der in den Jahren 1946/47 herrschte, lange andauern würde.

Zweitens ging es – das klingt fast noch illusionärer als das erste – um die Hoffnung, daß die sowjetische Führung auf die Dauer mehr Interesse daran haben würde, zum gesamten deutschen Volk ein gutes Verhältnis zu haben, als sich allein auf die SED zu stützen. Insofern wollten wir als Liberaldemokraten sozusagen bereitstehen, um in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht – später sollte es der sowjetische Partner sein – Deutschland anders zu gestalten, als es die Kommunisten dann getan haben.

Drittens war unsere Bereitschaft für dieses Parteiensystem in der sowjetisch besetzten Zone dadurch bestimmt, daß wir eine gewisse Abneigung gegen das Parteiengezänk hatten, das man im Westen schon wieder feststellen konnte. Wir waren der Meinung, daß die Parteien in einer schwierigen

Zeit zusammenarbeiten müßten, um die Probleme zu lösen, die vor einem standen.

Wenn ich die zweite Hoffnung als besonders illusionär bezeichnet habe, dann möchte ich zu unserer damaligen Rechtfertigung doch ein Beispiel nennen. Im Februar 1949 wurde auf dem Parteitag der Liberaldemokratischen Partei in Eisenach ein Parteiprogramm verabschiedet, das sich dadurch auszeichnete, daß es wirklich noch ein demokratisches und liberales Programm war, welches von der Besatzungsmacht genehmigt wurde. Es gab eigentlich in diesem Parteiprogramm nur wenige Passagen, die man als eine Konzession an die politische Situation von 1949 betrachten konnte. Vielleicht könnte man sogar sagen: Es war eigentlich nur eine Konzession an die Sozialdemokraten, denn wir verlangten damals die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Großbetriebe und der Grundstoffindustrie, und wir wünschten eine zweck- und sinnvolle Lenkung der Volkswirtschaft. Das war die Konzession, die die Partei damals in bezug auf den Kurs in der sowjetisch besetzten Zone machte.

In dem halben Jahr bis zum Herbst 1949 – also bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – war es uns möglich, dieses Programm im ganzen Land zu verbreiten. Das geschah in unzähligen Reden, die wir in Städten, Gemeinden und Kreisen hielten. Darin propagierten wir liberale Politik. Erst mit der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und der offiziellen Übernahme der Macht durch die SED in Ostdeutschland wurde dem ein Ende bereitet. Ab Herbst 1949 durfte dieses Programm nicht mehr verkündet werden. Unter dem Zeichen der sowjetischen Besetzung waren für uns noch gewisse Spielräume gegeben.

Wir hatten drei besondere Schwierigkeiten. Erstens ging es um die Einbindung in sogenannte überparteiliche Gremien. Dazu gehörte ja nicht nur die Blockpolitik. Dabei ging es um die Block-Sitzungen, die vom Kreis bis hinauf auf die Zonen-Ebene stattfanden. Vielmehr war es so, daß in steigendem Maße auch noch die Volkskongreßbewegung hinzukam, die dann zur Nationalen Front mutierte. In dieser Volkskongreßbewegung bzw. Nationalen Front waren eine Anzahl von Ausschüssen gebildet worden, in denen auch die LDPD vertreten sein mußte.

Es war so, daß ich vor dieser Zeit – also im Frühjahr 1948 – als LDPD-Kreissekretär in dieses System eingebunden war. Neben den Parteiausschüssen, denen ich selbstverständlich angehören und in denen ich tätig sein mußte, war ich in neun überparteilichen Kommissionen tätig. Sie werden sich vorstellen können, daß da natürlich kaum noch Zeit blieb, sich der eigentlichen Parteiarbeit zu widmen. Das war bewußt so gemacht worden, um die bürgerlichen Parteien an eigener Tätigkeit zu hindern.

Ich komme zur zweiten Schwierigkeit. Obwohl es damals noch keinen Erich Mielke gab, waren doch Spitzel en gros vorhanden. In der Landesleitung, in der ich ab Juni 1948 tätig war, hielten sich zwei Mitarbeiter des sowjetischen

Geheimdienstes auf. Dabei handelte es sich um die Chefsekretärin und um den Generalsekretär – was zweckmäßig war, wie man sich denken kann. Von daher konnte man in der Geschäftsstelle im Grunde genommen kein offenes Wort sprechen. Wenn wir uns über Probleme, die wir in bezug auf die Arbeit bzw. die politische Arbeit hatten, unterhalten wollten, mußten wir ins Freie gehen. In der Geschäftsstelle war das nicht möglich.

Drittens ging es um ein speziell brandenburgisches Problem. Das geteilte Berlin mit seinen Westsektoren und seiner West-Berliner F.D.P. lag inmitten des Landes Brandenburg. Es gab für die sowjetische Führung des Landes Brandenburg nichts Schlimmeres, als Kontakte mit der Schwennicke-F.D.P. zu unterhalten – seien sie auch noch so locker. Das heißt, wir mußten unsere Beziehungen zur F.D.P. im Grunde genommen nach dem Zusammenbruch der Liberalen Partei im Frühjahr 1948 vollkommen aufgeben, wenn wir nicht in den Geruch der Spionage, Sabotage und des Antisowjetismus geraten wollten.

Ein Freund von mir, der durch den sowjetischen Geheimdienst auf mich angesetzt war, um mich auszuspionieren, hatte törichterweise gleichzeitig Kontakte mit West-Berlin aufgenommen, um für West-Berlin tätig zu sein. Er ist zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden.

Die Situation der LDPD, um das abschließend zu sagen, in den Jahren von 1946 bis 1950 war – so habe ich das erlebt – von absoluter Machtlosigkeit gekennzeichnet. Natürlich haben wir uns immer etwas vorgemacht. Wir dachten, daß wir etwas bewirken bzw. irgend jemandem helfen könnten. Aber nicht einmal die Parteileitung in Berlin war in der Lage, jemandem zu helfen, der dadurch in Schwierigkeiten geraten war, daß er mit der SED oder mit der Besatzungsmacht Konflikte hatte. Dort ließ man die Sache laufen. Man schüttelte den Kopf, wenn man zu ihnen kam und darum bat, daß sie jemandem aus der Klemme heraushelfen möchten. Schon im Jahre 1948 ist im Zusammenhang mit der großen Berlin-Krise deutlich geworden, daß Schicksal dieser bürgerlichen Parteien nur sein konnte, entweder unterzugehen oder sich der allgemeinen politischen Situation vollständig anzupassen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, Herr Schollwer, ganz herzlichen Dank.- Ich bin froh darüber, daß wir es uns vorgenommen haben, neben Wissenschaftlern auch Zeitzeugen zu hören. Auch Ihre Reaktion hat mir gezeigt, daß dies etwas ungeheuer Wichtiges ist. Dadurch wird es ja eine Geschichte zum Anfassen.

Wir wollen jetzt noch die Berichte der Vertreter der drei eingeladenen Stiftungen hören.

Zunächst erteile ich Frau Dr. Wilms zu einer kurzen biographischen Ergänzung das Wort.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren!- Ich darf mir erlauben, eine Ergänzung zum Vortrag von Frau Dr. Wolf vorzunehmen. Sie wollte das wohl aus verständlichen Gründen nicht selber vortragen.- Der Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Herr Wolf, ihr Mann, ist 1948 „verunglückt worden“. Das muß man wissen, um auch das Gesamtbild zu verstehen, das uns Frau Wolf hier dargestellt hat.

Im übrigen möchte ich für unsere Fraktion sehr, sehr herzlich Dank für die eindrucksvollen Berichte der Dame und der beiden Herren sagen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich glaube, das ist die einhellige Meinung aller. Herzlichen Dank.- Wir fahren jetzt also mit den drei Kurzberichten über „Forschung und Archivaufarbeitung zu den Parteien in der SBZ/DDR 1945 bis 1950“ fort. Zunächst hat Frau Wrede-Bouvier von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Wort.

Dr. Beatrix Wrede-Bouvier (Friedrich-Ebert-Stiftung): Der Vorsitzende hat gebeten, daß wir uns kurz fassen. Ich will versuchen, das zu tun. Dies könnte mir auch gelingen, weil vieles, was ich sagen wollte, Dieter Rieke ohne zeitlichen Druck als Zeitzeuge hier doch sehr eindringlich formuliert hat.

Ich glaube, es ist nicht nötig zu sagen, daß wissenschaftliche Forschungen an das anschließen, was er vorgetragen hat, und sie abstrahieren es in mancher Hinsicht. Die Plastizität ist also schon gegeben; das Theoretische oder Abstrakte wäre dann der Forschung vorbehalten, die wir teilweise betreiben.

Der Name „Friedrich-Ebert-Stiftung“ ist gefallen. Es liegt also nahe, daß es sich in meinem Vortrag vor allem um Aktivitäten der Sozialdemokratie handelt. Drei Sorten von Aktivitäten will ich zu Ihrer Information kurz nennen. Zum einen handelt es sich dabei um Publikationen, die bereits vorliegen. Zweitens geht es um Aktivitäten, die einen größeren Rahmen umfassen und an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet sind. Drittens nenne ich laufende Forschungsvorhaben.

Zu den schon vorliegenden Publikationen gehören immer noch Standardpublikationen wie Frank Moraws „Parole der Einheit“. Diese Publikation wurde neu aufgelegt. Es gehören Materialien dazu, die anlässlich von Jahrestagen der SED Ende der achtziger Jahre herausgegeben wurden. Weiter nenne ich Erinnerungsbroschüren, die sich mit dem befassen, was Dieter Rieke eben erzählt hat. Außerdem geht es um kleinere Dokumentationen aus den Regionen, etwa über Entnazifizierung in Mecklenburg und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Weiter nenne ich in diesem Zusammenhang eine sehr umfangreiche Studie von Manfred Overesch über Hermann Brill, die gerade auf den Markt gekommen ist. Sie werden sie sicher kennen.

Zweitens sind Vortragsveranstaltungen zu nennen, die sich im weitesten Sinne mit dieser Thematik befassen. Dazu dient auch der Gesprächskreis „Ge-

schichte“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo etwa Jäckel einen vergleichenden Vortrag über die Systeme des Nationalsozialismus und der SED hielt.

Nicht zu vergessen sind vor allem die Bautzen-Foren, von denen drei schon stattgefunden haben. Sie werden zu den Themen „Stalinismus“ im weitesten Sinne und „Opfer der kommunistischen Diktatur“ fortgeführt. Erwähnt sei auch eine Veranstaltung, die nicht so sehr viel Publizität erlangt hat wie die Bautzen-Foren. Sie betraf Frauen, die in Hoheneck gesessen haben. Dabei handelte es sich um SMT-Verurteilte, die sich zum ersten Mal dort treffen konnten. Diese Veranstaltung ist aber, wie gesagt, nicht in dem Maße in den Medien erwähnt worden wie die Bautzen-Foren.

Ich nenne weiterhin die nicht weit zurückliegenden Veranstaltungen im Reichstag. Sie fanden im Oktober zur Erinnerung an die Gründung der SDP statt. Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung wird im Dezember auch ein Vortrag über die Gründung der SPD in der DDR stattfinden.

Jetzt geht es vor allem um laufende Forschungsprojekte aus diesem Bereich. In diesem Zusammenhang wäre vor allem ein Oral-History-Projekt mit Interviews von Beteiligten zu nennen, welche die SPD gegründet haben. Es wird von Patrik von zur Mühlen und Wolfgang Herzberg betreut und durchgeführt. Wenn ich es richtig sehe, wird das im nächsten Jahr erscheinen.

Weiter sind Projekte von Martin Gutzeit und Stefan Wolle/Armin Mitter über Bereiche der DDR-Opposition und ihre Entstehung in verschiedenen Phasen zu nennen. Weiterhin gibt es eine Dokumentation über kirchliche Friedensarbeit bis zur Gründung der Sozialdemokratie mit Texten von Markus Meckel und Martin Gutzeit. Dabei geht es um zehn Jahre politischer Opposition. Das Buch steht kurz vor der Herausgabe.

Dann sind wissenschaftliche Projekte zu erwähnen, bei denen es vor allem um Regionalstudien geht, die sich in minutiösen Analysen damit beschäftigen, wie der Zerfallsprozeß von sozialdemokratischen Hochburgen in Sachsen und Thüringen verlaufen ist. Dabei werden Traditionslinien von Weimar bis zur neueren Zeit gezogen. Ich glaube, daß damit im Hinblick auf manche Prozesse durchaus Hinweise gegeben werden können.

Zuletzt sei auch noch eine Studie erwähnt, die ich selber mache. Darin beschäftige ich mich mit Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone. Sie knüpft an das an, was ich selber schon in einem Oral-History-Projekt in den siebziger Jahren gemacht habe. Vor einiger Zeit habe ich dazu eine Auswahl von Interviews veröffentlicht. Einmal geht es um das, was Dieter Rieke hier als Zeitzeuge berichtet hat und was sozusagen exemplarisch für das Schicksal und den Widerstand von Sozialdemokraten genommen werden kann. Er ist da ja nicht der einzige, wie er auch weiß, sondern es gibt mehrere, die zu verschiedenen Zeiten tätig waren. Neben diesem Widerstand – das sollte auch noch kurz erwähnt werden –, der mit so sehr großen Opfern verbunden war, hat es eben auch noch andere Formen der Ausschaltung gegeben, die nicht

nur für Sozialdemokraten galten. Vielmehr ist es so, daß das – Herr Fischer hat es vorhin ja auch schon festgestellt – auf sehr breiter Front geschah. Diese Prozesse will ich nachzeichnen und schauen, wie sie in ihren verschiedenen, differenzierten Formen aussehen.

Ich denke auch an alle Formen von Kriminalisierung politisch Handelnder bzw. unliebsamer Sozialdemokraten. Der Fall Brundert ist hier ein Beispiel. Da wurde Wirtschaftskriminalität als Vorwand genommen. Das ist, glaube ich, ein Bereich, der immer noch in der Betrachtung ein wenig zu kurz kommt. Es geht dabei um all die Formen von Kriminalisierung, die es bis weit in die fünfziger Jahre hinein gab.

Der dritte Aspekt, der untersucht werden muß, ist nicht zu unterschätzen. Dabei geht es um all die vielfältigen Formen von Anpassungsprozessen, die freiwillig und unfreiwillig im Laufe der Jahre stattgefunden haben. Das war das Schicksal von sehr, sehr vielen Sozialdemokraten – wenn es nicht sogar die Mehrheit betrifft, wenn man von der Ausgangszahl ausgeht. Zumindest war das auch das Schicksal von Namenlosen. Auch sie sollten mit berücksichtigt werden. Im Hinblick auf Anpassungsprozesse ist zu fragen – da muß man eben auch hinschauen –, welche Formen etwa von Dispositionen es in der politischen Vorstellungswelt und hinsichtlich der Mentalität gab, welche weit – bis vielleicht in die Weimarer Republik – zurückgehen. Es ist zu fragen, ob sie in dieser Zeit dazu beigetragen haben, daß es leicht fiel, sich dem System anzupassen.

Es geht aber auch um all die anderen zwangsweise erfolgten Anpassungsprozesse, welche es im Laufe der Zeit gab. Auch in der NS-Forschung geht es ja darum, nach diesen Anpassungsmechanismen und Zwängen zu fragen. Das gilt für diesen Bereich genauso, denn ich glaube, man kommt einfach nicht mehr weiter, wenn man nur nach heroischem Widerstand und Verfolgung fragt, sondern man muß auch all die anderen Bereiche des Lebens im allgemeinen und des Lebens von einzelnen mit bedenken, wenn man wirklich ein differenziertes Bild dieser Zeit haben will. Ich glaube, nur das kann unser Anliegen als Wissenschaftler sein. Die sich daraus ergebenden politischen Fragen bzw. die politische Umsetzung sind etwas anderes. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Wrede-Bouvier.- Ich erteile jetzt Herrn Dr. Günter Buchstab für die Konrad-Adenauer-Stiftung das Wort.

Dr. Günter Buchstab (Konrad-Adenauer-Stiftung): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vorzustellen habe ich Ihnen drei Projekte, die bei uns laufen. Weiter habe ich vor, aus gegebenem Anlaß noch einige Sätze über die Quellengrundlagen zu sagen.

Diese drei Projekte betreffen einmal die historische Aufarbeitung der Phase bis etwa 1950. Zweitens geht es um ein Projekt, das sich mit dem Widerstand der

CDU befaßt. Ein drittes Projekt beschäftigt sich mit den Schulungsmaßnahmen in der CDU innerhalb des SED-Regimes.

In der Geschichte der Ost-CDU kann man grob drei Phasen unterscheiden – erstens die Gründungsphase, zweitens die Gleichschaltungsphase und drittens die Phase der Kaderpartei.

Erstens: Die Gründungs – und – soweit man dies überhaupt so bezeichnen kann – die Konsolidierungsphase reichte von 1945 bis Ende 1947, in der die Vorstände unter Hermes/Schreiber und Kaiser/Lemmer dem Anpassungsdruck von Sowjets (SMA) und Kommunisten (SED) so lange widerstanden, bis sie schließlich abgesetzt wurden. In dieser Phase versuchte die CDU eine eigenständige Politik zu betreiben im Rahmen der von der Besatzungsmacht bestimmten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Diese Politik war christlich-solidarisch geprägt, zielte auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse und strebte die Einheit Deutschlands auf neutraler Grundlage an. Charakteristisch war auch die ständige Auseinandersetzung mit der KPD/SED wegen ihres Führungsanspruchs.

Vergebens hatte sich Hermes schon bei der Gründung gegen die Einbindung in die Einheitsfront des Blocks gewehrt und die Sitzungen von Ende September bis Mitte Oktober 1945 boykottiert. Auch der konzessionsbereitere Kaiser gelangte spätestens im Frühjahr 1946 zu der Überzeugung, daß die Blockzusammenarbeit der Parteien nur eine für die Öffentlichkeit inszenierte Täuschung war und die Einheitsfront am besten abgeschafft würde. So äußerte er sich jedenfalls gegenüber der britischen Militärregierung. Er wagte es aber nicht, offen die Initiative zum Bruch zu ergreifen, weil er drastische Vergeltungsmaßnahmen der SMA gegen die CDU und ihre Mitglieder befürchtete. Da weder der Austritt aus dem Block noch die Umsetzung eigener politischer Vorstellungen, z. B. bei der Bodenreform, bei der Verstaatlichung der Betriebe oder bei den Wahlordnungen für die Gemeindewahlen, möglich war, war die CDU schon kurz nach ihrer Gründung als politische Partei in gewisser Weise paralysiert.

Sie hatte ohne eigene Gestaltungsmöglichkeit die Beschlüsse der Einheitsfront mitzutragen und legitimierte somit deren Maßnahmen durch Beteiligung und Zustimmung – wenigstens nach außen. Immerhin setzte die Transformation der CDU zu einer die Vorherrschaft der SED anerkennenden Blockpartei aber erst massiv nach der Absetzung von Kaiser und Lemmer ein. Vorarbeiten für die Erforschung dieser Jahre liegen vor. Doch sind aufgrund der vielen regionalen und lokalen Quellen, die jetzt zugänglich werden, noch zahlreiche Detailstudien notwendig.

Zweitens: Die Gleichschaltungsphase deutete sich schon in massiven Behinderungen bei den Wahlen 1946 an. So wurden Plakatkleber der CDU niedergeschlagen, ohne daß die Polizei tätig wurde – z. B. in Eisleben –, CDU-Plakate wurden abgerissen oder mit SED-Plakaten überklebt. Sie äußerte

sich in Einschüchterungen bis hin zu Drohungen. So wurde eine ganze Reihe von Ortsvorsitzenden und anderen Funktionären der CDU unter einem Vorwand verhaftet und ihnen dann, nach massiven Drohungen, Gelegenheit zur Wiedergutmachung des angeblichen Vergehens gegeben, indem man sie Verpflichtungen als NKWD-Spione unterschreiben ließ, die gegen ihre Parteifreunde gerichtet waren.

Die einzelnen Schritte und Maßnahmen zur Umfunktionierung der CDU in eine prokommunistische Kaderpartei ab 1948 hat Michael Richter in seinem Buch „Die Ost-CDU“ ausführlich dargelegt, so daß hier nur auf seine Zusammenfassung auf Seite 386 ff. verwiesen werden muß.

Im wesentlichen war der Prozeß der Gleichschaltung im Jahr 1950 mit der Vorlage der Meißener Thesen von 1951, spätestens aber mit dem Erfurter Parteitag im Jahr 1952 mit der Anerkennung der führenden Rolle der SED abgeschlossen. Die Absetzung Hickmanns, des Landesvorsitzenden in Sachsen und zweiten Vorsitzenden der CDU, kurz nach der DDR-Gründung und die Zustimmung des Vorsitzenden Nuschke im Mai 1950 zu Einheitslisten bei Wahlen signalisierten, daß die CDU nun völlig in die kommunistische Diktatur eingebunden war. Alle Landesvorsitzenden, die nach der faktischen Absetzung Kaisers Ende 1947 den Koordinierungsausschuß gebildet hatten, waren bis auf Lobedanz entweder abgesetzt – so Hickmann und Trommsdorff –, im Zuchthaus gelandet – so Herwegen – oder auf mysteriöse Weise umgekommen – so Wolf. Selbst der CDU-Außenminister Dertinger, der als früherer Generalsekretär den prokommunistischen Kurs der CDU mitgetragen, wenn nicht sogar mitbestimmt hatte, wurde Opfer dieser Kampagne.

Drittens: Von Mitte 1950 an bestimmte die zentrale Riege prokommunistischer Funktionäre um Götting die CDU. Ihre Herrschaft kennzeichnet die dritte Phase der Ost-CDU, die Phase der „prokommunistischen zentralistischen Kaderpartei“. Während dieser fast 40jährigen Phase erwiesen sich die Führungsgremien der Ost-CDU als treue Erfüllungsgehilfen der SED, zumal sie meist mit ihrer Billigung eingesetzt waren. Wie sehr sie am Gängelband der SED hingen, werde ich nachher noch an einigen Beispielen verdeutlichen.

Die Aufgabe der CDU war es, christlich orientierte Bürger und die selbständigen Berufsgruppen – Handwerker, Einzelhändler und Unternehmer – an die SED-Politik heranzuführen, sie im Sinne des Staates ideologisch zu beeinflussen und an die sozialistische Gesellschaft zu binden. Durch die Bildung eines staatsbejahenden Fundaments sollten die Akzeptanz der DDR vergrößert und die Bürger zu einem zusätzlichen Engagement für den Aufbau des Sozialismus veranlaßt werden. Dies im einzelnen nachzuweisen, ist das Ziel eines weiteren Projekts mit dem Titel „Ideologische Erziehung und Kadenschulung in der Ost-CDU. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei 1945 bis 1989“.

Die Schulungsarbeit der Parteien und Massenorganisationen bildet einen Teilbereich der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit. Als System der

Erziehung von Mitgliedern und Funktionären war sie ein Kennzeichen stalinistischer Kaderorganisationen. Für die Blockparteien, die seit der Anerkennung der führenden Rolle der SED (1952) keinen eigenen politisch-programmatischen Anspruch vertreten konnten, war die Schulung der eigenen Mitglieder ein zentrales Feld ihrer Parteiarbeit. Die inhaltlichen Schwerpunkte können den Prozeß der geistigen Anpassung, aber auch die Behandlung CDU-spezifischer Schwerpunkte, unter anderem christliches Engagement im atheistischen Staat, dokumentieren.

Bei der Schulung ging es nicht nur um Wissenserwerb, sondern um die Prägung eines Weltbildes und das Engagement für den Sozialismus. Vom Erfolg der Schulung hing es ab, inwieweit die geforderte ideologische Einheitlichkeit in den eigenen Reihen hergestellt und der Auftrag zur Einwirkung auf die parteilosen Bevölkerungsschichten erfüllt werden konnte.

Diese innerparteilichen Strukturen gehörten zur Tradition kommunistischer Parteien und waren insoweit in der SED selbstverständlich. In der CDU, die nach der Absetzung Jakob Kaisers schrittweise und gegen den Widerstand zahlreicher Mitglieder zu einem Instrument der kommunistischen Politik umgeformt wurde, mußte die Schulung erst mühsam durchgesetzt werden. Die langjährigen Schwierigkeiten, ein Schulungssystem nach dem Vorbild der SED einzuführen, bestätigten das Urteil der SED, die bis weit in die sechziger Jahre die Mehrheit der CDU-Mitglieder als politisch unzuverlässig einschätzte. Arbeitete die Parteiführung um Götting seit den frühen fünfziger Jahren im Sinne der SED, so reagierte die Basis häufig mit Passivität und Verweigerung.

Das genannte Projekt behandelt das System der Parteischulung in seiner inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung. Das Thema liegt an einer Schnittstelle der Aktivitäten von Parteiführung und Mitgliedschaft und ist deshalb im besonderen Maße geeignet, die Strategien der Einflußnahme von oben ebenso wie die Reaktionen der Basis darzustellen und so eine Situationsbeschreibung der CDU und ihrer Rolle im politischen System der DDR zu versuchen. Die Studie kann also auch einen Beitrag leisten zum besseren Verständnis des Lebens in einer totalitären Diktatur.

Daß die Erfolge des Versuchs einer geistigen Formierung in den ersten Jahren nicht berauschend waren, zeigen die vielen Beispiele von Widerstand, der über den 17. Juni 1953 hinaus bis weit in die sechziger Jahre hinein nachweisbar ist und der zum Teil nur durch massivsten Druck gebrochen werden konnte.

In den späteren Jahren wurden flexiblere Methoden angewandt; direkter Terror wurde durch verstärkte Indoktrination, Überwachung, Bespitzelung und Manipulation ersetzt. Zahlreiche CDU-Mitglieder flohen angesichts des Gleichschaltungsdrucks in den Westen. Dies war auch eine Form des Widerstands und des Protestes. Eine Liste aus dem Jahre 1966 führt allein für die erste Hälfte der fünfziger Jahre gut 100 geflohene CDU-Funktionäre nur auf der Ebene

des Hauptvorstands sowie auf der Ebene der Bezirks- und Kreisvorstände an (ACDP VII-012–3442). Große Teile der CDU-Mitglieder und auch der Kreissekretäre standen dem „Aufbau des Sozialismus“ kritisch gegenüber und traten aus der Partei aus oder verließen die DDR. Von Mitte der fünfziger Jahre bis Anfang 1961 gab es ca. 2.000 Republikflüchtlinge pro Jahr aus den Reihen der CDU (ACDP VII-013–813 und-1276).

Von Unterdrückung und Ohnmacht der CDU gegenüber der SMAD und der SED, aber auch von Protest und Widerstand gegen die SED und gegen die eigene Parteiführung künden bereits die Schauprozesse gegen CDU-Mitglieder 1946/47 in Brandenburg (ACDP III-033–134), Austritte großen Ausmaßes von andersdenkenden CDU-Mitgliedern, etwa in den sächsischen Kreisverbänden Görlitz, Großenhain, Grimma und Wurzen 1950/51 (ACDP III-035–024), Akten über Parteiausschlußverfahren und Aberkennung des Volkskammermandats von politisch mißliebigen CDU-Mitgliedern 1951 (ACDP VII-012–1813) oder – ein charakteristischer Einzelfall – der erzwungene Rücktritt des CDU-Landrats Heinrich Gerlich aus Ostprienitz auf Druck der SED im Jahre 1951 (ACDP VII-012–998). Im Februar 1982 wurde ein CDU-Mitglied, Redakteur und Leiter der Abteilung Wissenschaft/Technik beim CDU-Verlag „Union“, entlassen, weil er sich zur polnischen „Solidarnosc“ positiv geäußert hatte und zu einem schriftlichen Widerruf nicht bereit war (ACDP VII-012–3465).

Mit dem Widerstand von CDU-Mitgliedern befaßt sich folgerichtig ein weiteres Projekt „Christliche Demokraten als politische Häftlinge in der SBZ/DDR 1945 bis 1961“. Die Dokumentation soll anhand exemplarischer Fälle in Kurzbiographien Lebensschicksale ehemaliger CDU-Anhänger in der SBZ/DDR aufzeigen. Sie ist dazu gedacht, die Namen der Opfer der Vergessenheit zu entreißen und die Erinnerung an das Unrechtssystem wachzuhalten. Die Publikation verstehen wir auch als eine immaterielle Anerkennung für das demokratische Engagement der Opfer unter den Bedingungen der Diktatur.

Unsere Dokumentation erfaßt ca. 1.000 bis 1.500 Kurzbiographien und ist aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Quellen beschränkt auf den Zeitraum 1945 bis 1961 und auf CDU-Mitglieder. Es wird zwar nur ein Bruchteil aller Inhaftierten erfaßt, trotzdem wird damit die Masse politisch begründeten Verhaftungen in der SBZ/DDR, das heißt die Willkürjustiz, die Unverhältnismaßigkeit von tatsächlichem Vergehen, Urteil und Straßmaß veranschaulicht.

Die Beispiele machen sowohl das parteipolitische Engagement der Mitglieder für die echte CDU, die „Kaiser-CDU“, als auch den geringen Handlungsspielraum der Opposition deutlich. Anhänger der CDU, die sich gegen die Anpassung und Gleichschaltung ihrer Partei an die SED-Linie wehrten, wurden verfolgt. Die vorgesehene statistische Auswertung wird Formen und Tatbestände politischer Verfolgung analysieren – nach Alter und Geschlecht, nach dem Zeitpunkt der Verhaftungen, nach Widerstandshandlungen, z. B. parteipol-

litische Tätigkeit, Westkontakte, nach Urteil, Strafmaß und nach Haftanstalten. Die Dokumentation wird auf der Basis einer Kartei des Deutschlandbüros der Exil-CDU erstellt; außerdem werden andere Akten im ACDP herangezogen. Soweit möglich, werden die Akten anhand von Häftlingskarteien in anderen Archiven überprüft.

In der Vorbereitungsphase dieses Projektes haben bereits zwei Tagungen mit ehemaligen politischen Häftlingen stattgefunden. Diese Zeitzeugen haben die Veröffentlichung ihrer Kurzbiographie fast ausnahmslos befürwortet. Gestatten Sie, daß ich anhand von einigen Beispielen die Zielsetzung unserer Veröffentlichung veranschauliche.

Zunächst ein kurzer Blick auf die offizielle Seite der Ost-CDU, die von der Funktionärebene um Götting repräsentiert wurde. Schon im Vorfeld des Erfurter Parteitages von 1952 machte er klar, daß die Ost-CDU nicht mehr die Partei von Hermes und Kaiser war. In einem Bericht eines später in den Westen geflohenen CDU-Funktionärs (ACDP III-013-694) wird Götting zitiert: „Es reden nur die, die wir bestimmen, und sie reden nur das, was wir bestimmen.“ Alle Sicherheitsmaßnahmen würden in Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit getroffen, so daß keine Panne eintreten könne. Jeder offizielle Beitrag und jeder Diskussionsbeitrag müsse vorher von der Parteileitung genehmigt sein und zudem in Karlshorst, dem Sitz der SMAD, so rechtzeitig vorliegen, daß Einwände von dort gegebenenfalls berücksichtigt werden könnten.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen konnte Götting nicht verhindern, daß bei dem Parteitag die starke ideologische Heterogenität innerhalb der Partei erkennbar wurde. Mindestens die Hälfte der Delegierten – so Götting erzürnt – habe am Rande des Parteitags „skandalös westlich“ diskutiert, gegen die eigene Partei gehetzt und die Sowjetunion verunglimpft. Als Dertinger in seiner Rede gesagt habe, das Grundübel der Zeit sei „der Abfall von Gott“, habe eine solcher Beifall und Jubel eingesetzt, daß es nur peinlich gewesen sei, zumal jeder gewußt habe, gegen wen sich dieser Jubel richtete. Er, Götting, werde jetzt zusammen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der Partei aufräumen.

Ein eigener Ermessensspielraum blieb der Ost-CDU kaum. Die Ohnmacht und Abhängigkeit der CDU von Weisungen der SED läßt sich durch ein charakteristisches Quellenbeispiel – eines von vielen – veranschaulichen: Im Oktober 1988 bittet der Chefredakteur der „Kommunalpolitischen Blätter“, der auflagenstärksten kommunalpolitischen Fachzeitschrift in der Bundesrepublik, Herrn Götting um ein Interview, bei dem es um das Thema „Bürgerliche Parteien in der DDR“ gehen soll. Götting ist sich bewußt, daß es sich „um eine prinzipielle Frage in der vertrauensvollen Zusammenarbeit der befreundeten Parteien mit der SED handelt.“ Deshalb bittet er zunächst Honecker „um einen freundschaftlichen Rat, wie hier verfahren werden soll.“ Erst als Honecker

sein berühmtes „Einverstanden! E.H.“ auf Göttings Anfrage gesetzt und ihm zugleich noch einige Weisungen an den Rand geschrieben hat, sagt dieser das Interview zu.

Auf welche Archivalien stützen sich nun die genannten Projekte in der Hauptsache? In erster Linie auf das ehemalige „Zentrale Parteiarchiv“ der Ost-CDU, das seit Beginn der fünfziger Jahre in der Parteizentrale in Ost-Berlin aufgebaut wurde. Erste Erschließungsarbeiten erfolgten seit 1958. Von Dezember 1990 bis März 1991 wurde das Archiv in mehreren Etappen vom „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung übernommen.

Der Bestand umfaßt ca. 375 laufende Meter, davon ist derzeit gut die Hälfte durch EDV-erstellte Findbücher erschlossen. Er enthält die Sitzungsprotokolle, Rundschreiben und Arbeitsunterlagen der leitenden Parteigremien – Hauptvorstand, Präsidium des Hauptvorstandes, Sekretariat des Hauptvorstandes –, Protokolle von Parteitag sowie von Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen, Informationsberichte und Statistiken aus Bezirken und Kreisen an die Zentrale, Unterlagen zu Vorsitzenden, Generalsekretären und Hauptvorstandsmitgliedern sowie zur Fraktionsarbeit der Partei in der Volkskammer. Umfänglich dokumentiert sind Finanz- und Personalwesen der Partei sowie die Bereiche Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Schulung, Ausland und innerdeutsche Kontakte, übrige Parteien und Massenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Frauen, Jugend und Sport sowie Kirchenfragen.

Außer dem Zentralen Parteiarchiv wurde auch das Material der Bezirks- und Kreisverbände der Ost-CDU und das der „Zentralen Schulungsstätte“ der Partei in Burgscheidungen vom ACDP übernommen. Bei den 15 Bezirken macht das ca. 600 laufende Meter aus, bei den Kreisen – von den ehemals 214 wurden bislang ca. 160 übernommen – ebenfalls ca. 600 laufende Meter. Es deckt insgesamt die Jahre 1945 bzw. 1952 bis 1990 ab, ist aber in den einzelnen Kreisen und Bezirken in sehr unterschiedlicher Dichte und Qualität erhalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Finanzen, allgemeine Statistik, Mitgliederbewegung, Informationsberichte, Protokolle von Sitzungen der Verbandsgremien, Schriftverkehr, Kaderpolitik, Wahlen, Schulung und Kontakte zu den Kirchen. Das Burgscheidunger Material – ca. 50 laufende Meter einschließlich Karteien und Tonträgern – dokumentiert Entstehung, Einrichtung und Verwaltung der Schulungsstätte und ihrer Vorläufer (1948 bis 1990) und enthält hauptsächlich Unterlagen zu den Lehrgängen und ihren Teilnehmern.

Die genannten Materialien, zuzüglich derer der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), machen insgesamt etwa 2.000 laufende Meter aus. Knapp 150 Benutzer haben sich bislang für diese Parteiakten interessiert. Gut

die Hälfte davon hat zu wissenschaftlichen oder sonstigen Forschungszwecken unmittelbar daran gearbeitet.

Die Akten zeigen ausschließlich das parteiinterne Leben. Da die zu den Akten gehörigen Bücher und Zeitschriften vom ACDP übernommen wurden, hat auch unsere Bibliothek einen Zuwachs von ca. 20.000 Einheiten an Büchern und Broschüren zu verzeichnen. Auch alle Zeitungen und Zeitschriften der Ost-CDU sind seit 1945 nahezu vollständig in unserer Bibliothek zu erhalten. Zusammen mit den Nachlässen und Nachlaßsplintern derer, die in den Westen gegangen sind, den Akten der Exil-CDU sowie den Tonbandmitschnitten von Zeitzeugenbefragungen bieten sich also hervorragende Arbeitsmöglichkeiten, die bereits intensiv genutzt werden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte darum, mir bis zur nächsten Sitzung der Enquete-Kommission das Götting-Zitat zukommen zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß das manche Arbeit erleichtert.

Nun bitte ich Herrn Dr. Jürgen Frölich für die Friedrich-Nauman-Stiftung um Stellungnahme. Ich selbst muß mich verabschieden und übergebe der Stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Margot von Renesse, den Vorsitz.

Dr. Jürgen Frölich (Friedrich-Naumann-Stiftung): Vorab eine kurze Bemerkung zum Referat von Herrn Prof. Fischer, dem ich danke, daß er auf die LDP eingegangen ist. Sie merken schon, ich lege Wert darauf, daß anders als bei der CDU es bei uns eine große Rolle gespielt hat, daß das Parteikürzel zunächst LDP war und die Partei LDPD erst seit 1951 oder 1952 – genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Partei gleichgeschaltet worden ist – geheißen hat. Insofern unterscheiden wir zwischen LDP und LDPD. Deshalb heißt es Forschungen zur LDP(D).

Die Geschichte der Partei ist als Arbeitsbereich innerhalb der Friedrich-Naumann-Stiftung thematisch und organisatorisch beim Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach angesiedelt. Das trifft sowohl auf die archivalischen Hinterlassenschaften als auch auf die wissenschaftliche Aufarbeitung ihrer Geschichte zu. Über beides werde ich kurz berichten.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht derzeit ein Forschungsprojekt unter dem Titel „Liberale unter kommunistischer Herrschaft – die Geschichte der LDP 1945 bis 1952“. Sie werden sofort sagen, daß dieser Arbeitstitel etwas schwammig ist. Das möchte ich erklären. Dazu ist ein Rückblick auf die Entstehung des Forschungsprojekts nötig.

Den Ausgangspunkt bildete eine Bemerkung von Wolfgang Leonhard, die er Ende 1988 bei einem Treffen des LDP-Bundesbeirates gemacht hat. Der LDP-Bundesbeirat – inzwischen aufgelöst – war damals ein Zusammenschluß von ehemaligen LDP-Mitgliedern, die im Westen lebten. Wichtig ist dabei das Datum 1988, es weist darauf hin, daß die Ursprünge noch vor der großen dramatischen Wende in Deutschland und in Osteuropa gelegen

haben. Leonhard hat 1988 dazu aufgerufen, die Erlebnisse und Erinnerungen von liberalen Zeitzeugen während der Entstehungsphase der DDR festzuhalten und der Forschung zugänglich zu machen. Er dachte dabei natürlich an die im Westen lebenden ehemaligen Liberaldemokraten. Der Gedanke ist 1989 von der Friedrich-Naumann-Stiftung aufgegriffen worden. Im Sommer 1989 haben wir eine Konzeption für ein Forschungsprojekt vorgelegt, bei dem via Befragung von liberalen Zeitzeugen neue Erkenntnisse über die Politik und die Rolle der LDP in den Jahren 1945 bis 1952 gewonnen werden sollten.

1952 ist aus unserer Sicht ein Einschnitt, weil damals die politische Eigenständigkeit der LDP aufgrund mehrerer Faktoren – ich erinnere an die Zerschlagung der Landesverbände, an das Bekenntnis der Parteiführung, am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten, und an die Verhaftung eines der beiden Parteivorsitzenden, Karl Hamann, Ende 1952 – am Ende war. Ansprechpartner für dieses Projekt war zunächst der LDP-Bundesbeirat. Dieser konnte schnell gewonnen werden. Andererseits mußten wir uns auch sehr schnell nach einer Förderung durch öffentliche Mittel umsehen. Ansprechpartner war für uns das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das damals noch existierte. Die Verhandlungen haben sich über längere Zeit hingezogen. Immerhin haben wir es noch geschafft, im Sommer 1990 eine Vorstudie finanziert zu bekommen, obwohl schon absehbar war, daß die Existenz dieses Ministeriums nicht auf Dauer sein würde.

Die Vorstudie hatte zwei Ziele. Zum einen sollten, da ja nun der Zugang zur DDR wesentlich einfacher war, neue Zeitzeugen gewonnen werden. Wir haben durch mehrere öffentliche Aufrufe immerhin 180 Liberaldemokraten der ersten Stunde, also aus der Zeit vor 1952, ausfindig machen können. Diese alle sind von uns mittels Fragebogen zumindest nach ihren persönlichen Daten und ihren politischen Aktivitäten befragt worden. Immerhin haben wir 120 Fragebögen zurückerhalten, die wir ausgewertet haben. In dieser Zeit haben wir Hinweise auf 100 weitere Zeitzeugen bekommen.

Die zweite Aufgabe dieser Vorstudie bestand darin, die neue Quellenlage zu sondieren. Für uns war das Ziel das Zentrale Parteiarchiv der LDPD. Das lagerte damals noch im Hauptquartier der Partei. Dieses Parteiarchiv, eingerichtet 1960, hat sich als zumindest einigermaßen erschlossen und für die Forschung zugänglich erwiesen. Es war seit 1960 permanent gepflegt und betreut worden. Das trifft beispielsweise auf die NDPD und deren Hinterlassenschaften nicht zu.

Nach der Sondierung der Quellen war klar, daß sich das Forschungsprojekt in seinem Charakter würde völlig ändern müssen. Leider hat es eineinhalb Jahre gedauert – bis zum Sommer dieses Jahres –, bis wir aufgrund einer Förderung durch das Bundesinnenministerium damit weiterfahren konnten.

Unser Ziel beim Forschungsprojekt ist geblieben: Es geht darum, das Wissen über die Geschichte der LDP in den ersten Jahren um die Geschichte ihrer

inneren Strukturen zu erweitern. Im Rahmen einer reinen Zeitzeugenbefragung hätte sich das vor allem auf die persönlichen Motive von Parteimitgliedern und deren Perzeption der Zeitereignisse bezogen. Nun, durch die doch sehr dichten archivalischen Quellen können wir viel weiter gehen und auch viel mehr auf den Kern der Parteiarbeit kommen. Als roter Faden zieht sich durch die Untersuchung die Herausarbeitung des Spannungsverhältnisses, in dem die LPD-Führung zwischen dem Machtanspruch und dem repressiven Druck der SMAD und der SED einerseits und dem Drängen der eigenen Parteibasis andererseits stand.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt beim Forschungsprojekt war das Zusammen- bzw. das teilweise Gegeneinanderwirken von Parteiführung und Landesverbänden. Wir hoffen, am Ende eine Studie vorlegen zu können, die zu wesentlichen Aspekten des liberaldemokratischen Selbstverständnisses, zur innerparteilichen Willensbildung und zur Strategie der LDPD fundiertere und differenziertere Aussagen präsentieren kann als bisher.

Ein Aspekt, der nebenbei noch eine Rolle spielt, obwohl er am Anfang im Mittelpunkt stand, ist die Zeitzeugenbefragung. Aufgrund der Vorrangigkeit, erst die Archivquellen, nämlich die Parteivorstandsakten zu analysieren, hat die Zeitzeugenbefragung inzwischen bedauerlicherweise, aber zwangsläufig etwas an Relevanz verloren. Sie wird nur noch komplementär zum Aktenstudium sein. Immerhin, und das ist für die weitere Forschung nicht ganz unwichtig, werden wir die bisherigen Daten über die Zeitzeugen zu einer Zeitzeugendatenbank aufarbeiten, die neben den Anschriften von Zeitzeugen auch das in den Fragebögen erhobene Datenmaterial umfaßt und von uns gerne für die weitere Forschung zur Verfügung gestellt wird.

Zu erwartende Ergebnisse lassen sich beim heutigen Stand der Dinge, nach drei Monaten intensiver Arbeit, nur sehr schwer voraussagen. Immerhin zeichnet sich einiges ab. Beispielsweise wird man die Forschung im Hinblick auf die Einschätzung der Absetzung des ersten LDP-Vorsitzenden, Waldemar Koch, korrigieren müssen. In der Forschung war das bislang als eine Lappalie dargestellt worden. Heute wird man darin eine direkte Maßnahme der SMAD sehen müssen, die versuchte, eine ausgeprägt marktwirtschaftliche Orientierung der Liberaldemokratischen Partei von vornherein zu unterbinden oder zumindest einzuschränken.

In Frage gestellt werden muß auch der Topos in der Forschung vom „uneingeschränkten“ Parteiführer Wilhelm Külz. Zumindest seit Mitte 1947 hat es innerparteilich erhebliche Kritik an seinem doch gegenüber der SED und der SMAD sehr zurückhaltenden Kurs gegeben. Deutlicher werden sicher auch im Laufe des Forschungsprojekts die repressiven Maßnahmen gegen LPD-Mitglieder, die nicht auf Linie lagen, oder die Versuche, positive Haltungen zum neuen Kurs in der SBZ/DDR mittels „politischer Landschaftspflege“, die es auch damals schon gegeben hat, herzustellen. Insgesamt hoffen

wir natürlich, daß das Bild von der Partei komplexer, facettenreicher und differenzierter wird.

Neben dem Projekt gibt es schon aufgrund der knappen Ressourcen, die die Stiftung in dieser Hinsicht hat, nur noch wenige Forschungsaktivitäten. Immerhin ist deutlich geworden, daß die Beschäftigung mit der LPD nicht erst mit der Wende eingesetzt hat. Es gab auch schon früher Aktivitäten. So ist das Buch von Theo Rütten über die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Liberalen in Ost- und Westdeutschland 1945 bis 1955 in der Schriftenreihe der Stiftung erschienen. Auch haben Mitarbeiter der Stiftung entscheidend an der Veröffentlichung des Potsdamer Tagebuchs von Wolfgang Schollwer von 1945 bis 1950 mitgewirkt.

Neben diesen Forschungsprojekten laufen zur Zeit nur einige kürzere Studien und Untersuchungen, die sich meist auf einen späteren Zeitpunkt beziehen als den hier interessierenden, also vor allem auf die fünfziger und sechziger Jahre. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein großer Aufsatz von Siegfried Suckut über die Kontakte zwischen der LDPD und der F.D.P. im Jahre 1956, der noch vor Jahresende im Jahrbuch für Liberalismusforschung Nr. 4/92 erscheinen wird. Ich selbst habe mich mit der Einstellung und den Reaktionen der Parteibasis auf die Ereignisse von 1961 bzw. zwischen 1968 und 1972 beschäftigt.

Vorgesehen sind Akteneditionen, vor allem der Akten des Parteivorstandes in der Zeit zwischen 1945 und 1952. Nächstes Jahr wird auch ein Kolloquium mit Zeitzeugen in der Theodor-Heuss-Akademie stattfinden.

In diesem Zusammenhang soll auch noch erwähnt werden, daß die Friedrich-Naumann-Stiftung im Rahmen ihrer Begabtenförderung jährlich eine Reihe von Stipendien, in diesem Falle Dissertationsstipendien, für Arbeiten zur Aufarbeitung der liberalen Tradition in den neuen Bundesländern reserviert hat, worunter natürlich in erster Linie Arbeiten zur LPD/LDPD fallen.

Abschließend möchte ich kurz noch etwas zur archivalischen Aufarbeitung der LPD sagen. Der Aktenbestand des Parteiarchivs der LDPD ist im April 1991 in das Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach übersiedelt. Es wird nun von der Friedrich-Naumann-Stiftung verwaltet und betreut. Die bisherigen Maßnahmen haben sich vor allem auf die Bestandssicherung bezogen. Der Bestand umfaßt immerhin insgesamt 600 laufende Meter und wird von einem einzigen Archivar des gehobenen Dienstes betreut.

Die für die wissenschaftliche Nutzung wichtigsten Maßnahmen waren bis jetzt die Erstellung einer Grobübersicht mit über 630 Seiten über den Bestand sowie ein detailliertes Findbuch über die Akten der Parteileitung. Des weiteren konnten dezentral gelagerte LDPD-Akten im Umfang von etwa 80 laufenden Metern archiviert werden. Dabei handelt es sich vornehmlich um Materialien aus Bezirksverbänden in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die nur zum Teil in die Frühzeit der Parteigeschichte zurückreichen.

Gewissermaßen komplementär zum Bestand der LDPD, obwohl ihm architektonisch nicht zugeordnet, sind die nun kürzlich übernommenen Akten des F.D.P.-Landesverbandes Berlin sowie der Nachlaß von Karl Hubert Schwennicke. Er war vor 1948 Vorsitzender des Landesverbandes der LDP in Berlin.

Von den Benutzern her gesehen erfreut sich der Bestand eines hohen Interesses. 1991 kamen auf ihn 69 Benutzungstage, in diesem Jahre bereits 100. Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, daß der Bestand uneingeschränkt, also von der Gründung der Partei im Juli 1945 bis zu ihrer juristischen Auflösung im August 1990 einsehbar ist. Wir bitten lediglich um vorherige telefonische oder schriftliche Anmeldung.

(Unterbrechung von 12.30 bis 12.50 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich bitte um Fragen und Wortmeldungen. Frau Dr. Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Für mich war wichtig, daß in den Referaten die zentrale Rolle zunächst der KPD und dann der SED herausgestellt wurde. Ich sage das, weil in der aktuellen politischen Diskussion gelegentlich nur von bestimmten Einrichtungen wie dem MfS usw. die Rede ist und die führende Rolle der KPD/SED untergeht. Ich denke, das ist in den Referaten deutlich geworden, und das sollte von uns begrüßt werden.

Außerdem ist mir aufgefallen – und das ist sicher auch angesichts der historischen Unkenntnis, die allseits in Gesamtdeutschland herrscht, neu –, wie stark in den ersten Jahren die „Säuberungsmaßnahmen“ der KPD/SED in Verbindung mit der SMAD gewesen sind gegen die sogenannten bürgerlichen Parteien, aber auch gegen SPD-Mitglieder, die sich nicht gebeugt und die nicht mitgezogen haben. Ich glaube, daß das angesichts des Honecker-Prozesses wichtig ist zu betonen. Das soll jetzt nicht justitiabel werden, denn die Beurteilung von Ulbricht und Honecker kann sich nicht nur unter einigen unter heutigen Gesichtspunkten justitiablen und anklagbaren Punkten vollziehen. Ich denke, man muß deutlich machen, welche politische und moralische Schuld die Spitzenfunktionäre von Beginn an auf sich geladen haben. Auch insoweit waren die Referate von heute wichtig, und ich erhoffe mir eigentlich, daß das, was heute zum Teil nur angedeutet werden konnte, bei der Bearbeitung des Themenfeldes 1 noch einmal im Detail belegt wird.

Nun meine letzte Bemerkung: Ich fand die Schätze, die Herr Dr. Wilke ausgegraben hat, nämlich die Rede von Florin, geradezu „begeisternd“. Man muß aber sagen, der Mann war sehr vorausblickend, und er hat die Lage gut eingeschätzt. Ich erlaube mir die politische Bemerkung: Die Politik von Adenauer war genau richtig.

(Prof. Dr. Manfred Wilke: Die von Schumacher aber auch!)

– Auch er hatte gelegentlich Zweifel, ob das alles richtig war. Angesichts

der jetzt bekanntgewordenen Akten kann gesagt werden, daß die Altvorderen durchaus eine richtige Politik betrieben haben.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich möchte drei Fragen an die Referenten stellen, dabei aber gleichzeitig die Zeitzeugen ansprechen. Das Referat von Florin vom März 1944, das Dr. Manfred Wilke in seinem Referat angesprochen hat, ist sicher ein Fund. Mir stellt sich jedoch die Frage, ob wir aus der Folgezeit über das Referat Florins hinaus andere Materialien haben, die die Linie von Florin bestätigen. Gibt es andere Funde? Generell wird man sagen müssen, daß die KPD, die SED und auch die sowjetische Politik in der Folgezeit auch noch eine gesamtdeutsche Option besaßen. Sie war zwar vielleicht nicht so stark entwickelt, sie hätte jedoch, wenn sie zum Zuge gekommen wäre, zumindest bestimmte Modifikationen der Florinschen Strategie impliziert. Mich interessiert, ob es weitere Materialien gibt, die den Fund stützen, und wie es mit der Vereinbarkeit der Strategie mit der gesamtdeutschen Option steht.

In diesem Zusammenhang: Hat das Zitat von Florin den Hintergrund, daß die im Verhältnis zur Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern frühe Zwangsverschmelzung von KPD und SPD darauf hindeutet, daß zu diesem Zeitpunkt die sowjetische Politik die gesamtdeutsche Option aufgegeben hatte oder daß sie zumindest nur schwach entwickelt war?

Im Gesamtkontext der Untersuchungen und Überlegungen der Enquete-Kommission geht es nicht zuletzt um die Frage nach der Feststellung von Verantwortlichkeiten. Im Hinblick auf die Nachkriegsperiode stellt sich mir die Frage, wo die Entscheidungen gefallen sind: Bei der KPD, der SED, der sowjetischen Militärverwaltung oder in Moskau. Können wir bestimmte Aussagen über die Entscheidungsstrukturen dieser Zeit machen? Wie verschieben sich innerhalb dieses Vierecks die Gewichte im Laufe der Zeit? Das wäre im Hinblick auf die gesamte Fragestellung ein wesentlicher Aspekt.

Damit hängt eine andere Frage zusammen: Wenn das eine Strategie war, die von ganz wenigen Leuten verabredet worden ist, so heißt das umgekehrt, daß sehr viele Zeitgenossen sich unter den damaligen Bedingungen möglicherweise falsch verhalten mußten, weil sie die Strategie nicht kennen konnten. Die Frage nach der Einsehbarkeit der Strategie, die ich hiermit aufwerfen möchte, ist zur Beurteilung der Gesamtentwicklung der Nachkriegszeit von erheblicher Bedeutung.

Der dritte Punkt: Die Enquete-Kommission muß auch generelle Einschätzungen vornehmen. Beim Gleichschaltungsprozeß der bürgerlichen Parteien stellt sich die generelle Frage: Wie gewichtet man die Komponente Gleichschaltung von außen mit ihren verschiedenen Instrumentarien, die Komponente Selbstgleichschaltung und die Komponente Anpassung? Es wäre wichtig, von den Zeitzeugen zu hören, wie sie ihrerseits die Komponenten gewichten.

Meinen Sie, daß das alles von außen, von der SMA gekommen ist? Welche Rolle spielen die Kräfte, die eine Selbstgleichschaltung betrieben, welche Kalküle standen dahinter? Ging es nur noch um Überleben unter schwierigen Bedingungen? Herr Buchstab hat die Formulierung gebraucht, daß bereits 1948 die CDU zu einer prokommunistischen Kaderpartei geworden sei. War sie das denn wirklich im Selbstverständnis derjenigen, die damals CDU-Politik gemacht haben? Ist das nicht eine pointierte, zugespitzte Formulierung?

Abg. Meckel (SPD): Mich interessiert die Frage des Zusammenhangs von Ost und West, in der Parteienentwicklung sowie in der Frage der Kommunikation. Von Dieter Rieke ist beschrieben worden, wie er als einzelner das unmittelbar im Magdeburger und Hannoveraner Raum erlebt hat. Meine Frage an die Historiker lautet: Wie sind die Kommunikationen gelaufen? Hatte die SPD zum Beispiel in dem Jahr nach Kriegsende Gelegenheit, zu einer Partei zusammenzuwachsen, die programmatisch von unten wächst, aber auch eine gemeinsame Politik macht? Die gleiche Frage geht in Richtung CDU. Dort ging es ein wenig länger möglich.

Sie sprachen von der Programmatik. Ein Stichwort war die Bodenreform. Inwieweit taucht das Stichwort in der CDU in den westlichen Besetzungszonen auf? Soweit ich weiß, steht im Ahlener Programm der CDU der Begriff des Sozialismus. Wie läuft die programmatische Entwicklung in den ersten Monaten und Jahren in dem Kommunikationsgefüge von Ost und West, kann man bestimmte Dinge wie z. B. die Bodenreform nicht nur den Kommunisten und ihrer Ideologie geschuldet verstehen, sondern dem Geist der Nachkriegszeit? Aus diesem Grunde frage ich nach diesen Beziehungen.

Abg. Weißgerber (SPD): Als Vorbemerkung möchte ich zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Wilms sagen: erst Schumacher und dann Adenauer; denn immerhin hielt Schumacher die Fiktion bis zu seinem Tode aufrecht.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Rieke: Ich begeben mich zwar in Gefahr, ungerecht zu sein, möchte sie aber trotzdem stellen. Professor Dr. Fischer nannte die Möglichkeit der Bildung einer der Labour-Partei ähnlichen Partei in Deutschland. Wie realistisch wäre es gewesen, Sozialdemokraten mit Bürgerlichen in eine solche Partei einzubinden? Ich meine, auch analog 1989/90, wir hatten Probleme, mit einer Blockpartei in ein Boot zu gehen.

Eine weitere Frage an Herrn Rieke: Die paritätische Besetzung in SED-Gremien ist angesprochen worden. Hat es Mechanismen der Selektion gegeben? Welche Sozialdemokraten konnten welche Positionen in der SED einnehmen?

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Wir haben Vorträge über die schwierige Anfangsphase gehört. Der Vorgang ist sehr kompliziert, insbesondere was die Haltung vieler Sozialdemokraten, die in den KZs und Zuchthäusern saßen, zur Zusammenarbeit mit der KPD betrifft. Ich denke an das Beispiel Fritz Erler, der 1938 vom Volksgerichtshof zu 10 Jahren Lagerhaft und Zuchthaus wegen

Hochverrats verurteilt worden ist. Er hat in den verschiedenen Lagern sehr intensiv mit Kommunisten zusammengearbeitet und war bei Kriegsende der Überzeugung – wie viele seiner Generation, er war Jahrgang 1913-, daß man eine gemeinsame Partei auf demokratisch-sozialistischer Grundlage aufbauen müsse. Gerade die Zusammenarbeit mit Kommunisten in den KZs hat viele Sozialdemokraten dazu gebracht, zuzustimmen, denn sie hatten wenig Ahnung von den Strategien, die in Moskau entwickelt wurden.

Es gibt eine Episode über die Berliner SPD, die ich in meiner Erler-Biographie noch nicht verwenden konnte: Erler war in Süddeutschland auf dem Marsch der KZ-Häftlinge entwichen und versuchte, sich nach Berlin durchzuschlagen, um wieder anzufangen. Er traf im August 1945 Ulbricht. Erler erzählte ihm frisch und frei seine Vorstellung einer engen Zusammenarbeit, in Richtung Einheitspartei, einer demokratisch-sozialistischen Partei. Ulbricht sagte: Das sei falsch, denn wenn die KPD und die SPD zusammengingen, bekämen die Bürgerlichen die Mehrheit bei den nächsten Wahlen.

Hebt man ab auf die Strategie, die ab September 1945 betrieben wurde, insbesondere nach der Rede Grotewohls, in der Kritik an der Bodenreform geübt wurde, und berücksichtigt man die Tatsache, daß die Kommunisten von der Papierzuteilung bis zu anderen Dingen die SPD zu dominieren versuchten, so wird die Reaktion der KPD auf diese Rede von vielen Historikern als ein Wendepunkt der Strategie der KPD gewertet. Die Tatsache, daß die SPD trotz ihr von der sowjetischen Militärverwaltung auferlegter Beschränkungen die mitgliederstärkste Partei mit den stärksten kommunalpolitischen Positionen, mit dem stärksten Ansehen war, weil sie nicht mit der sowjetischen Besatzungsmacht identifiziert wurde, hat Grotewohl dazu gebracht, Mitte September 1945 diese Rede zu halten.

Ich will mit solchen Hinweisen deutlich machen, daß auf seiten sowohl der jüngeren als auch der älteren Generation in der SPD unterschiedliche Einschätzungen da waren. Anfangs war bei der SPD der Wille sehr viel stärker, sich zu einer Partei mit der KPD zu verschmelzen – allerdings unter anderen Vorzeichen –, während die KPD von Anfang an darauf schaute, daß sie zunächst personalpolitisch wichtige Positionen besetzte, wie im Bereich der Polizei, des Erziehungswesens und in weiteren entscheidenden Eckpunkten ihrer Strategie der Machteroberung. Nach wie vor ist umstritten, wann die Strategie geändert wurde. War das, nachdem die Besetzung der Positionen vollzogen war, oder hatte es bestimmte auslösende Reaktionen in Moskau gegeben? Es war wenige Wochen nach der Potsdamer Konferenz, deshalb muß wahrscheinlich auch die Außenministerkonferenz im September berücksichtigt werden. Dieser Komplex ist meiner Meinung nach noch nicht zureichend untersucht worden, um den Ausgangspunkt zu finden, ab dem die KPD eine andere Strategie verfolgte. Gerade aus der Unterhaltung Erlers mit Ulbricht geht hervor, daß es damals noch unterschiedliche Einschätzungen gegeben hat. In den Westzonen

wäre es tatsächlich so gewesen, daß ein Zusammengehen von SPD und KPD den anderen Parteien die Mehrheitsfähigkeit zugeschoben hätte.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich möchte an den Redebeitrag von Herrn Dr. Faulenbach anknüpfen. Er hat sehr plastisch dargestellt, wie bestimmte Prozesse von oben in Gang gesetzt wurden. Allerdings taucht die Frage auf, wie die Bevölkerung, „die breiten Massen“ auf die Konzepte reagiert haben, ob die Reaktion der Bevölkerung in diesem Kontext überhaupt eine Rolle gespielt hat.

Zunächst meine Frage: Hat es bestimmte günstige Voraussetzungen gegeben, in diesem Moment eine solche Strategie durchzusetzen, bestimmte Gegebenheiten auszunützen, daß bestimmte Teile der deutschen Bevölkerung am Ende des Krieges durchaus nach einer Alternative gesucht und diese Alternative nicht nur in der deutlich nach Westen ausgerichteten Entwicklung in den Westzonen gesehen haben, sondern daß eventuell die SED bzw. die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrer Strategie auch gewisse Erwartungen befriedigt und bestimmte Erwartungen ausgenutzt hat? Ich bin der Meinung – und meine das auch in Archiven schon festgestellt zu haben –, daß diese stringente Einflußnahme von oben dagewesen ist. Wichtig wäre zu wissen, woran man anknüpfen konnte – im nationalen und im internationalen Rahmen.

Herr Professor Dr. Fischer, wie erklären Sie sich beispielsweise den Wechsel der Strategie, daß man erst nicht der Meinung war, daß Blockparteien oder überhaupt Parteien gegründet werden müßten, und dann plötzlich – 1945 – dieser Umschwung kommt und man durchsetzte, daß Parteien gegründet wurden? Mich interessiert, ob Sie Material darüber haben, wieso die Strategie umschlug.

Der zweite Problemkreis betrifft die Blockparteien. Ich glaube auch, daß von der CDU als einer Kaderpartei im Jahre 1948 durchaus nicht die Rede sein kann. Ich kann das indirekt nur aus dem Verständnis des SED-Archivs referieren. Danach gibt es immer eine klare Unterscheidung zwischen Basis und Führung. In der Phase bis in die fünfziger Jahre hinein hatte die Basis oft andere Meinungen als die Führung vertreten. Am deutlichsten wird das am 17. Juni 1953, als die Basis gegen die Führung rebellierte. Aus den Akten des MfS wird deutlich, daß am 17. Juni die Bezirksvorsitzenden der CDU getagt und geschlossen die Absetzung des CDU-Vorstandes gefordert haben. Hier muß noch weiter geforscht werden. Die Erklärung, daß das alles in eine Richtung lief, ist zu einfach. Zumindest bei breiten Teilen der Bevölkerung gab es unterschiedliche Vorstellungen, was noch durchsetzbar war. Das zeigt sich beispielsweise auch in der breiten Fluchtwelle, die seit 1950 eingesetzt hatte. Meiner Meinung hat das damit zu tun, daß bestimmte andere politische Vorstellungen von der SED enttäuscht wurden, die Leute gesehen haben, wo das hinführt, und das Land verlassen haben. Ich bin der Meinung, daß bis 1950 die Bevölkerung die Entwicklung noch offen gesehen hat.

Abg. Dr. Keller (PDS/Linke Liste): Zunächst möchte ich meine Betroffenheit zu Ihrer persönlichen Geschichte, Herr Rieke, ausdrücken. Ich möchte eine Frage zu Ihren Ausführungen zur Zwangsvereinigung an Sie richten. Ich weiß, daß alle betroffenen Besatzungsmächte, nicht nur die Sowjetunion, versucht haben, ihre politischen Konzeptionen durchzusetzen. Sie sagen zu Recht: Die SPD war die zahlenmäßig stärkere Partei gegenüber der KPD. Es hat Kreis- und Landeskonferenzen gegeben. Was schätzen Sie aus Ihrer Sicht – was Sie für Sachsen-Anhalt überblicken konnten –, wie hoch der Anteil derjenigen war, die in der Sozialdemokratie aus ehrlicher Überzeugung, weil sie einen Weg für einen Neubeginn sahen, eine Vereinigung wollten, wie hoch der Anteil der Unschlüssigen und Unsicheren war und wie groß der Anteil derjenigen gewesen ist, die dagegen gewesen sind?

Abg. Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU): Mich haben die Vorträge alle, insbesondere die Einzelschicksale, sehr beeindruckt. Ich gehe davon aus, daß wir bei der Weiterverfolgung des Themas Blockparteien den Unterschied zwischen der Führung und der Basis vertieft untersuchen werden; das waren in der Tat unterschiedliche Stellungen.

Meine Frage richtet sich an Professor Dr. Fischer: Wie beurteilen Sie die Tatsache, auf die ich anlässlich unseres Besuches in Waldheim gestoßen bin, nämlich daß Anfang der fünfziger Jahre, als in der DDR-Regierung erstmalig eine Abstimmung zu den Urteilen von Waldheim stattfand, die CDU mit Nein, die SED und die anderen Gruppen natürlich mit Ja gestimmt und die Liberalen sich der Stimme enthalten haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Nach ihrer Gründung sind die Blockparteien unter Druck geraten. Wie sah in Westdeutschland die Hilfe für diese bedrängten Menschen aus?

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Ich habe zunächst eine kurze Frage an Herrn Professor Dr. Wilke. In den Entwürfen von Florin steht sinngemäß: „Wenn wir dem Drängen von Kriegsgefangenen nachgeben und ein sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen würden ...“. Wußte er schon, wie das sozialistische Programm aussehen sollte? Weiß man darüber Genaueres?

Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Hermann Weber. Sie haben von Stalinismus als gesellschaftspolitisches System gesprochen. Ist damit die Entwicklung vom reinem Marxismus über Marxismus-Leninismus zum Stalinismus gemeint? Wie hat man sich diese Entwicklung vorzustellen? Muß man als gesellschaftspolitisches System nicht vor allen Dingen den (reinen) Marxismus verstehen? Ich bitte Sie, etwas genauer zu erläutern, wie sich die drei Begriffe zueinander verhalten

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Fischer. Warum bestanden Ihrer Ansicht nach die Parteileitungen von CDU und LDP auf Weiterbestehen, wenn doch ziemlich früh – Sie haben das

Zitat von Dieckmann von 1945 gebracht – schon ausgesagt worden ist, daß es die Sowjet-Nähe und eine Nähe zum demokratischen Zentralismus gegeben hat? Zu dem Zitat von Dieckmann haben Sie gesagt, daß es auf einer öffentlichen Veranstaltung innerhalb des Wahlkampfes gefallen sei. Wird man den Tatbestand der öffentlichen Bekundung der Nähe zu den Sowjets wiederum als Relativierung der Aussage werten können?

Abg. Hilsberg (SPD): Herr Rieke, Sie haben den Schritt in die Illegalität in einem Moment gemacht, als keine allzu große Aussicht auf Erfolg bestanden hat, zumindest nicht kurz- und nicht mittelfristig. Würden Sie das heute wieder tun?

Abg. Frau Fischer (SPD): Herr Schollwer, Sie sagten vorhin, daß im Herbst das Programm der LDP verabschiedet wurde und Sie bis zum März 1949 Ihr Parteiprogramm ungehindert verkünden konnten. Ab Herbst wurde es verboten. Wer konkret hat die weitere Nichtverbreitung angeordnet, und welche Gründe wurden dafür genannt?

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich bitte zunächst die anwesenden Zeitzeugen um Ihre Antwort.

Dr. Erika Wolf: Die erste Frage betraf die Beziehungen zwischen Ost und West. Ich darf darauf hinweisen, daß von der CDU in Berlin sofort Kontakte nach Westdeutschland aufgenommen wurden. Als erster ist im August Dr. Lenz – so glaube ich – gereist. Ihm folgten noch sehr viele. Es bestanden Kontakte zu Josef Müller, dem sogenannten „Ochsensepp“ in Bayern. Bei der Godesberger Tagung war man sich völlig einig, daß man eine gesamtdeutsche CDU gegründet hätte, zu der auch die CSU sich gezählt hätte. Außerdem hat es eine Arbeitsgemeinschaft über die Zonengrenzen hinweg gegeben, die bis nach der Absetzung Kaisers noch wirksam gewesen ist. Hickmann, der Landesvorsitzende von Sachsen, war Mitglied, er mußte später allerdings ausscheiden.

Zur Frage Kaderpartei: Ich würde es auch so sehen, daß sich die Mitglieder nicht als Mitglieder einer Kaderpartei fühlten. Ich glaube – und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bei Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen würden –, daß die kleinen Freiräume im politischen Bereich immer geblieben sind und das Weiterbestehen der CDU und der LDP rechtfertigten. In der Gesellschaft blieben doch sehr viele kleine Möglichkeiten. Auch muß man sehen, daß die SED-Mitglieder nicht eine totale Einheit darstellten, sondern sehr verschieden reagierten und zusammenarbeiteten; ich denke da an die Frauen in sozialen Fragen.

Eine weitere Frage betrifft die Bodenreform. Ich möchte unterstreichen, daß Hermes kein Gegner der Bodenreform war, sondern ein Gegner der entschädigungslosen Bodenreform, wie sie durchgesetzt wurde, nämlich daß jeder, der mehr als 100 ha hatte, alles verlor.

Als letztes etwas zu der schwierigen Frage zur Auflösung der Partei – weggehen oder weitermachen. Ich kann mich erinnern, daß in den ersten Tagen des Januars 1948, als die Herren Kaiser und Lemmer ihre Ämter hatten aufgeben müssen, die verbliebenen Landesvorsitzenden überlegt haben, ob sie die Arbeit aufgeben oder ob sie weiterarbeiten sollten. Damals stand im Rat von Hermes, den man befragt hatte, deutlich das Wort, daß man weiterarbeiten sollte und daß man nicht das Recht hätte, die Menschen, die sich für eine Unterstützung der CDU eingesetzt hätten, nun völlig sich selbst zu überlassen. Ich weiß, daß man heute der Ansicht ist, daß das falsch war. Ich kann mich aber genau erinnern, daß in sehr ernsthaften Diskussionen diese Meinung doch z. B. bei Hickmann, dem man keine besondere Schwäche gegenüber der SED nachweisen kann, deutlich geworden ist. Die Weiterarbeit in der CDU wurde von den Mitgliedern bejaht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß Sie immer im Blick haben müssen, wie das Ansehen der sowjetischen Besatzungsmacht war. Nach den Vorgängen beim Einmarsch der Armee und den vielen Vergewaltigungen und anderen Taten hat doch eine erhebliche Skepsis bestanden, die in der Bevölkerung eine lange Weile vorgehalten hat.

Dieter Rieke: Ich will aus meiner Sicht einige kurze Anmerkungen machen: Ohne Überheblichkeit kann man aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei sagen, daß sie unter Bismarck, unter Hitler und unter Ulbricht und Stalin zu den politischen Gruppierungen gehört hat, die den höchsten Blutzoll gezahlt haben. Ich muß bekennen, daß wir uns, als wir nach der Zwangsvereinigung keine Chance mehr sahen, legal zu arbeiten, politisch tätig zu sein, in die Illegalität begeben mußten. Das hieß zugleich, Widerstandsarbeit zu leisten. Das hieß auch in den Köpfen unserer Leute: Es hat eine Zeit des 20. Juli gegeben, und die Leute haben etwas gegen Hitler unternommen. Warum sollten wir es nicht auch so tun und Widerstand leisten? Wir haben also nicht resigniert und uns ins stille Kämmerlein zurückgezogen. Wir waren damals als junge Leute der Meinung, daß gegengehalten werden muß. Wir wußten auch, daß die Westmächte und Westdeutschland uns nicht helfen konnten. Aber wir waren damals von dem Gedanken beseelt, daß das so nicht laufen kann. Ältere Mitglieder unserer Partei haben uns aus der Geschichte berichtet, wie das unter Hitler war. Wir haben uns immer wieder mit dem Gedanken befaßt. Als dann die Verhaftungen kamen, haben wir uns gefragt, ob das richtig war, was wir machten.

Im Rückblick auf diese Zeit muß ich sagen: Der Preis ist zu hoch gewesen. Ich würde, noch einmal in diese Situation zurückversetzt, vielleicht genauso handeln wie viele andere, die Konsequenzen ziehen und nach Westdeutschland abhauen. Genau das wollten wir nicht. Ich muß voller Bitternis dazu sagen, daß viele, die genauso gedacht haben wie ich, zugrunde gegangen sind in den Lagern der NKWD und der Volkspolizei.

Wir waren keine Helden, wir wollten auch keine Märtyrer sein. Der Punkt war wohl, daß uns die Erwartung, daß ein Wandel kommt, angetrieben hat. Wir sollten uns heute von der Illusion befreien, daß die Ansätze 1945 bis 1946/47 eine demokratische Entwicklung erhoffen ließen. Das war nicht der Fall. Ich habe mir von sowjetischen Offizieren sagen lassen, daß das eine absolute Machtstrategie war, vielleicht etwas kaschiert, um einen demokratischen Anschein zu erwecken. Man hat eine Politik in Deutschland impliziert, die hieß „Strategisches Vorfeld gegenüber dem Westen und freies Handeln mit einer absoluten Machtpriorität für eine kommunistische Diktatur.“

In Magdeburg – ich weiß nicht, wieviele Mitglieder wir waren, wahrscheinlich 10.000 bis 15.000 – sind etwa 2.000 bis 3.000 Leute bei der Umschreibung der Parteibücher nicht in die neue Parteiorganisation gegangen. Sie sind praktisch ausgetreten oder haben sich nicht wieder als SED-Mitglieder betätigt. Das führt zu der Überlegung, wie hoch ihr Anteil war. Wir dürfen nicht den Fehler machen, das aus heutiger Sicht zu betrachten. Die Verhältnisse damals waren anders. Es gab materielle Sorgen, wenig Information, wir konnten uns also nicht auf Strategien berufen oder irgendwelche Postulate verwirklichen. Was sich bei uns vollzogen hat, war mehr intuitiv. Die Bevölkerung hat gemerkt, daß sich die absolute Machtherrschaft der Roten Armee bzw. der SMAD anbahnt. Viele, die meisten, würde ich sagen, waren unschlüssig, waren abwartend, und einige, die es nicht ertragen konnten, weil sie benachteiligt waren, sind in den Westen gegangen. Eine kleine Zahl, die wie wir voller Ideale geglaubt haben, daß es nicht ewig so bleiben kann, und dageblieben sind, haben durchgehalten. Es war eine Zeit voller Bitternis. Für diejenigen, die dageblieben sind, hat die SPD in Westdeutschland sich bereit erklärt, materielle und anderweitige Unterstützung zu liefern. Ich selbst habe das in vielen Fällen erlebt. Der Kalte Krieg hat die Möglichkeiten dann allerdings beendet. Um so schlimmer wurde es für die Leute, die wirklich auf ein Ende der kommunistischen Herrschaft gehofft hatten. Das bedeutete innere Emigration, Resignation. Seit dem Mauerbau war sowieso keine Chance mehr gegeben.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die vielen, die es nicht geschafft haben, die Zeit zu überleben, haben zumindest Ansätze gezeigt, um wieder da zu sein, wenn sich die Verhältnisse ändern würden. Je länger die Zeit ins Land ging, um so weniger bestand die Chance. Diejenigen, die verhaftet wurden, saßen in den Gefängnissen von Workuta bis Bautzen, Sachsenhausen – Sachsenhausen nur in der ersten Zeit. Ich erinnere mich an einen Weggefährten, der lange Zeit bei den Nazis und dann bei uns noch gesessen hatte. Er hat mich gebeten: „Junge, solltest du die Chance haben, jemals wieder rauszukommen, erzähle über unser Schicksal, über unsere Arbeit; wir schaffen es nicht mehr.“ Stellvertretend für die vielen möchte ich Ihnen zurufen: Das war eine Zeit, die viele Familien zerbrochen hat, Leben geprägt hat, und viele sind an dieser Wirklichkeit SBZ/

DDR zugrundegegangen. Mein Bemühen ist es, das wachzuhalten und den jüngeren Leuten zu vermitteln, damit es nicht in Vergessenheit gerät.

Wolfgang Schollwer: Ich möchte zunächst zum Thema Selbstgleichschaltung Stellung beziehen. Ich erinnere mich an eine Diskussion des Landesvorstandes der LDP Brandenburg im Herbst 1948. Im Sommer hatte Marschall Sokolowski die für den Herbst angesetzten Gemeindewahlen auf Wunsch der SED verschoben. Nun gab es eine große Aufregung in der Partei – auch im Landesverband Brandenburg – über die Verschiebung der Wahl. Das schlug sich auch in dieser Landesvorstandssitzung nieder, bis sich ein einflußreicher Parteifreund meldete und folgende Argumente vortrug: Wir könnten ganz froh sein, daß die Wahlen nicht stattfänden, sondern verschoben würden, denn wir hätten gar nicht die Kandidaten, um die Wahlen zu bestehen. Wenn wir jetzt vor die Alternative gestellt würden, Wahlen vorzubereiten, wären wir dazu gar nicht in der Lage. Dieser Argumentation wurde vom Landesvorsitzenden nicht widersprochen. Ich habe in den folgenden Wochen und Monaten dieses Argument von höherer Seite, das heißt vom Zonenvorstand, gehört, daß man sich mit dieser Verschiebung besser zufriedengeben solle. Ein Argument habe ich besonders komisch gefunden: Man solle sich vorstellen, die Partei bekomme 50 oder 60 %; was solle man mit diesen vielen Wählern anfangen? Das war eine Form der Selbstgleichschaltung, die es in der LDP auch gegeben hat.

Zur Frage der Kommunikation: Wir hatten eine kurze Zeit lang eine gesamtdeutsche freidemokratische Partei, die Deutsche Demokratische Partei, die 1947 in Rothenburg ob der Tauber beschlossen wurde. Sie hatte zwei Vorsitzende, Herrn Külz und Herrn Heuss. Diese Partei hat nicht einmal ein Jahr existiert, dann brach sie auseinander, weil die Sowjetzonen-LDP sich unter Druck bereit erklärt hatte, zur Volkskongreßbewegung ja zu sagen und mitzumachen. Heuss war der Meinung, daß eine solche Haltung der LDP eine Zusammenarbeit unmöglich mache.

Zur Reaktion der Bevölkerung auf die Politik der Besatzungsmacht und der SED: Mein Eindruck war bis zum Jahr 1948, vielleicht sogar noch darüber hinaus, daß sich die Leute im Grunde genommen nur am Rande dafür interessierten. Sie hatten ganz andere Sorgen. Sie mußten zunächst für die Ernährung sorgen. Im Winter mußten sie dafür sorgen, daß sie genug zu heizen hatten. Sie hatten eine Fülle von privaten Dingen zu erledigen. Wir merkten das auch in den Parteien. Zum Beispiel stellten sich in der LDP nur wenige Leute zur Verfügung, um Parteiarbeit zu machen. Sie waren nicht daran interessiert.

Zur Kommunikation ist noch zu sagen: Es gab bis zum Jahre 1947 zahlreiche Reisen von Funktionären der LDP in den Westen, die dort an Parteitagungen der westlichen Freien Demokraten teilnahmen und dort teilweise Reden hielten. Mit dem Zusammenbruch der gesamtdeutschen liberalen Partei hörte das auf.

Dann war es verboten, außerhalb der Nationalen Front solche Kontakte zu haben. Alle Kontakte zwischen Hamann und Stempel liefen über die Nationale Front des Demokratischen Deutschland mit dem Ziel, im Westen Kreise für die Nationale Front zu gewinnen.

Zum Eisenacher Programm: Die totale Negierung ging sehr subtil vor sich. Es gab natürlich keine schriftliche Weisung, daß nicht mehr über das Programm gesprochen werden durfte. Dazu erinnere ich mich an eine Sitzung des Landesvorstandes. Dort hatte die Frauenreferentin des Landesverbandes die Kühnheit, auf das Eisenacher Programm hinzuweisen. Das geschah im Herbst 1949, nach der Gründung der DDR. Der Landesvorsitzende fuhr ihr sofort in die Parade, um zu sagen, daß das völlig inaktuell sei und daß es jetzt um völlig andere Dinge gehe, als was im Eisenacher Programm stehe. Offensichtlich hatten die Landesvorsitzenden schon Weisung von oben, derartige Diskussionen über das Parteiprogramm zu beenden.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich danke allen Zeitzeugen für ihre Berichte. Nur mit solchen Berichten können wir vom Abstrakten ins Konkrete kommen. Nun bitte ich die Referenten von heute morgen zur Beantwortung der Fragen.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich beginne mit der Frage von Herrn Dr. Soell. Diese Frage trifft ins Zentrum der Diskussion über die Bewertung der Anfangszeit. Ich will es ganz hart sagen: Für die sowjetischen Planungen und die in Moskau versammelten Überlebenden aus dem Komintern- und KPD-Apparat waren die Überlegungen der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten im Widerstand im Land vollkommen belanglos. Sie waren für sie genauso Objekte ihrer Überlegungen wie alle anderen auch.

Die Überlegungen in Moskau waren an andere Entscheidungen der Alliierten gekoppelt. Ich habe bislang herausgefunden, daß nach Teheran die Arbeitskommission zu tagen beginnt. Nach der Jalta-Konferenz kommt eine wichtige Zäsur, nämlich die Konzentration auf die Mobilisierung von Kadern für die Besetzung der neuen Institutionen in der Sowjetischen Besatzungszone. Als Fußnote möchte ich bemerken: Neben der berühmten Gruppe Ulbricht flog ein zweites Flugzeug mit zehn mobilisierten Leuten aus den Nationalkomiteeschulen nach Deutschland. In diesem Flugzeug saß bereits Herr Markgraf, der sofort als Polizeipräsident von Berlin tätig wurde. Das heißt, die Konzeption der moskowitzischen Planung ging eindeutig auf die Besetzung von Institutionen, um klare Verhältnisse zu schaffen. Die Frage von Fritz Erler im August 1945 an Ulbricht war belanglos. Ulbricht hat gelogen, wie das gesamte Unternehmen auf Lug und Trug aufgebaut war.

Deswegen habe ich am Anfang meines Referats nochmals die schönen Sätze aus dem Aufruf vom 11. Juni 1945 vorgetragen: „Wir wollen kein Sowjetsystem“; „bürgerlich-demokratische Republik“. In dem Aufruf steht natürlich auch der schöne Satz: „Freundschaft mit allen Völkern, insbesondere

mit der Sowjetunion“. Was der Satz bedeutet hat, das hat Florin ein Jahr zuvor in Moskau schon klargemacht.

Das heißt, daß wir für die Diskussion zum Neuanfang ganz genau die Ebenen unterscheiden müssen. Wenn wir über die strategischen Planungen zur Besetzung der Institutionen in Deutschland reden, dann sind die deutschen Kader, die aus Moskau kamen, die Schlüsselgruppe, die schon 1945 das Heft in die Hand gedrückt bekamen.

Soweit ich das überblicken kann, kamen als nächste Kategorie die umgeschul-ten antifaschistischen Kader aus dem Nationalkomitee. Dann kamen die Leute aus dem inneren Widerstand, dann die Leute aus den KZs und dann der eine oder andere aus der Emigration des Westens, der 1945 noch mit im Tableau war.

Wenn wir diese Unterscheidung nicht machen, bekommen wir keine Entwir- rung der Diskussion über die Verantwortungs- und Entscheidungsträger. Ich habe darauf hingewiesen – ich habe das in der gebotenen Kürze gemacht –, wer Herr Florin war, der von 1937 an die Internationale Kontrollkommission der Komintern geleitet hat. Er war formal zuständig für die massenhafte Säuberung aller kommunistischen Parteien der Welt. Er mußte die Ausschlüsse unterschreiben, und er hat auch die Befehle abgehakt, die die Moskauer Genossen in die Lubjanka oder in den GULag schickten. Dieser Mann hält das Einleitungsreferat der Kommissionssitzung. Es ist kein Zufall, Herr Keller, daß die SED die Materialien so gelassen hat, wir wir sie jetzt finden. Die Veröffentlichung des Florin-Textes hätte die gesamte Geschichtspropaganda der Partei ab 1945 zur Makulatur verwandelt, weil dort der Machtwille der stalinistischen Kader formuliert worden ist.

Was haben wir noch gefunden? Ab 1944 gibt es Kaderlisten. Im Januar wird die erste Kaderliste gemacht, wer überhaupt in der Sowjetunion verfügbar ist. Das wird auf Gesamtdeutschland ausgerichtet. Dann gibt es eine Kaderliste, die für die Sozialdemokraten, aber auch für die Christdemokraten interessant ist. Mitte des Jahres wird ein Tableau gemacht, wer wofür verwendet werden kann und wo die Feinde sind. Auf dieser Liste kann man genau sehen: Die entscheidenden Feinde, die ihre Pläne in Deutschland durchkreuzten, nämlich Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, stehen nicht drauf. Sie rechnen mit den alten Zentrumsleuten oder mit den Leuten aus der Emigration.

Wir haben nun angefangen, die Konzepte der weiteren acht Referate zu sichten und aus den Nachlässen herauszuholen. Wir haben die gesamte Gewerkschafts- debatte gefunden. Dazu möchte ich mir eine boshafte Anmerkung erlauben: Ende der siebziger Jahre hatte der DGB die Idee, eine Einheitsgewerkschafts- debatte zu machen. Die jungen Bochumer Historiker, die der DGB dafür beschäftigt hatte, sagten damals, die Kommunisten hätten keine Konzeption gehabt. Wir können sie jetzt beruhigen: Die Kommunisten hatten – und das ist der eigentliche Punkt – im Wortsinn keine Gewerkschaftskonzeption.

Gewerkschaft, wie wir sie verstehen, interessierte sie nicht. Sie wollten eine Einheitsgewerkschaft haben. Der Gewerkschaftstheoretiker Wilhelm Zaisser ist der erste Chef des Ministeriums für Staatssicherheit. Er hat in dieser Sitzung gesagt, daß man die alten Gewerkschaftsfunktionäre nicht gebrauchen könne. Das ist im August 1944 gewesen. Auch hier ist dieses Modell einer zu gründenden Massenorganisation schon vorgedacht, und es ist nur eine Frage der Zeitumstände gewesen, wann das umgesetzt wurde. Daß die Kommunisten 1945 mit Grotewohl oder Erlar als deutschen Widerständlern gegen die Nazis wirklich diskutieren wollten – was in den Lagern sicherlich geschehen ist –, wie die Neuordnung Deutschlands gestaltet werden soll, das darf man sich nicht einbilden. Das war nur kalt und bürokratisch danach ausgerichtet, wer gebraucht werden kann und wer ausgeschieden werden muß.

Das ist meine Sicht der Dinge nach den Materialien, die ich bislang gesehen habe.

Prof. Dr. Alexander Fischer: Zur Frage nach der Herrschaftsstruktur und den -trägern hat Herr Rieke aus meiner Sicht eine treffende Antwort gegeben. Mit seiner Aussage stimme ich völlig überein, vor allem, wenn er darauf hinweist, daß es sich um ein klares, machtpolitisch orientiertes Konzept der Roten Armee – ich möchte noch ein Stück weitergehen: der Sowjetunion – gehandelt hat. Das Problem, Herr Rieke – ich nehme an, das sehen Sie ähnlich wie ich –, ist, daß diese Dinge längst bekannt und auch beschrieben worden sind. Nur haben wir in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande Schwierigkeiten gehabt, Gehör zu finden. Man wurde mit solchen Ansichten – ich habe schon gelegentlich darauf hingewiesen – als sogenannter Hardliner oder Kalter Krieger diffamiert.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß von sowjetischer Seite bei Kriegsende eine strategische Position mit offensiver Absicht bezogen wurde. So ist seit längerem bekannt, daß beispielsweise der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ im Jahre 1949 nicht die Zusammenführung der wirtschaftlichen Potentiale der Ostblockländer gewesen ist, sondern daß damit – wie aus den Akten der tschechoslowakischen KP belegt – von Stalin eine Institution für den Fall einer Auseinandersetzung zwischen dem „Imperialismus“ und dem sog. kapitalistischen System auf den Weg gebracht wurde. Hier ist also auf eine Konfliktsituation hingearbeitet worden; solange wir das nicht zur Kenntnis nehmen, blenden wir einen entscheidenden Faktor der Entwicklung nach 1945 aus.

Diese Strategie war für die Bevölkerung natürlich nicht erkennbar, sie war aber den entsprechenden Kadern der KPD, z. B. den Initiativgruppen, bekannt. Aus Publikationen der DDR ist belegt, daß großer Wert darauf gelegt wurde, in der SBZ zunächst nur bestimmte Kader einzusetzen, die eine Schulung in Moskau hinter sich hatten. Das erklärt die Zurückhaltung z. B. gegenüber Emigranten

aus Mexiko. Es wurde dafür gesorgt, daß die richtigen Leute an der richtigen Stelle sitzen, wie in Wolfgang Leonhards Erinnerungen nachzulesen ist.

Nun zur „Selbstgleichschaltung“ der „bürgerlichen“ Parteien – ein schwieriges Thema. Ich kann einer Formulierung von Herrn Dr. Mitter nur zustimmen: Hier ist noch eine Menge zu tun. Die Öffnung der Archive der DDR bringt nicht nur Antworten, sondern wirft auch neue Fragen auf. Von zentraler Bedeutung sind die sowjetischen Archive. Zur „Selbstgleichschaltung“ möchte ich als These formulieren: Im „bürgerlichen“ Lager gab es Leute, die sich für „die stärkeren Bataillone“ entschieden hatten. Sie meinten, diese stünden im Osten. Das kann übrigens auch auf internationaler Ebene nachgewiesen werden: Ich verweise auf Herrn Benesch; er hatte 1938 schlimme Erfahrungen gemacht und war vom Westen dermaßen enttäuscht worden, daß er schon während des Zweiten Weltkrieges die Weichen der tschechoslowakischen Politik in Richtung Osten stellte. Ich denke, daß das z. B. für Otto Nuschke genauso zu sehen ist. Man wird prüfen müssen, wer noch in Frage kommt. Insofern kann von einem Gleichschaltungsprozeß von der Spitze her gesprochen werden; indessen bleibt zu beachten, daß es an der Basis erheblich anders aussah.

Was die interzonale Kommunikation angeht, so hat Frau Wolf einen wichtigen Hinweis gegeben: Das Godesberger Treffen vom Dezember 1945 ist in der Geschichte der CDU ein Problem. Die Gründung der Berliner CDU war eine Reichsgründung; der Apparat der Partei war auf das gesamte Deutschland ausgerichtet. Godesberg sollte einen Durchbruch hin zu einer reichseinheitlichen Partei bringen, aber Andreas Hermes erhielt von Shukow keinen Interzonenpaß. Hermes' Rede ist daraufhin verlesen worden, was nicht die erhoffte Wirkung hatte.

Aus meiner Sicht als damals Zwölf- bis Vierzehnjähriger kann ich sagen, daß die Russen keine Chance bei der Bevölkerung hatten. Die Erlebnisse während des Einmarsches 1945 und die Berichte der Flüchtlinge hinterließen ihre Wirkungen. Das ist auch bei Margret Boveri in ihrem Buch „Tage des Überlebens“ aus Berliner Sicht nachzulesen. Leider wurde damals begreiflicherweise nur wenig aufgeschrieben; hier gibt es Quellenprobleme. Ich glaube aber sagen zu können, daß von der Bevölkerung in der SBZ im Osten keine Alternative zum Westen gesehen wurde.

Zu Dieckmann muß ich präzisieren: Es war keine öffentliche Veranstaltung, es war die Gründungsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Dresden im August 1945. Dort legte er sein sehr frühes Bekenntnis zur Sowjetunion ab.

(Sv. Dr. Armin Mitter: Was sagen Sie zu dem Wandel der Strategie, daß erst keine Parteien zugelassen werden sollten und dann doch?)

Ich habe den Eindruck, daß aufgrund einer neuen Lageeinschätzung eine Veränderung in der Strategie vorgenommen wurde. Ursprünglich war man der Meinung, gar keine Parteien zulassen zu können. Dann mußte es im

Hinblick auf die erforderliche Kooperation mit den westlichen Alliierten eine Zwischenphase geben. Man rechnete allerdings fest damit – dazu wurden Hinweise gefunden –, daß die Westmächte relativ rasch ihre Truppen aus Deutschland abziehen würden.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Angesichts dessen, was die Enquete-Kommission bearbeitet, werden auch wir zur Westgeschichte – ich bin „Wessi“ – viel zu überlegen haben.

Prof. Dr. Hermann Weber: Man könnte eine lange Diskussion darüber führen, inwieweit Machtwille und Konzeptionen Politik bestimmen können. Wir wissen, daß die entsprechenden Rahmenbedingungen dazugehören, um das durchzuführen, und daß sich diese Rahmenbedingungen ändern, gerade in einer Umbruchsphase wie nach 1945. Eigentlich müßte jeder Schritt historisch abgegangen werden. Ich bin der Meinung, daß meine Aufgabe gewesen ist, zu zeigen, wie sich in der SED ein Wandlungsprozeß vollzogen hat. Die SED von 1948/49 war nicht mehr die gleiche SED von 1946, wenn man die ideologisch-programmatischen Aussagen, den Personalbestand und die Führungsspitze betrachtet. Die Frage ist: Was hat die Forschung bisher dazu bereits gesagt, und wo gibt es neue Einsichten aufgrund der Archivöffnungen?

Frau Dr. Wisniewski hat die Frage gestellt, wie der Weg vom Marxismus über den Marxismus-Leninismus hin zum Stalinismus gewesen sei. Unter Marxismus-Leninismus sind die ideologischen Konzeptionen und Positionen, die Ideologie generell zu verstehen. Den Marxismus hat die SED 1946 vertreten. Sie erklärte, die SED sei nicht nur eine deutsche Partei, die den demokratischen Weg gehe, sondern sie stehe gleichzeitig auf den Positionen des Marxismus. Das ist der Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien gewesen, die zu diesem Zeitpunkt längst von Marxismus-Leninismus gesprochen haben. Zur gesellschaftspolitischen Realität, wie die Machtstrukturen, die gesellschaftspolitischen Durchsetzungsmechanismen und Strategien aussehen, hat die SED von sich natürlich nicht gesagt, daß sie das System des Stalinismus errichten will. Das Wort war bis zum Jahre 1989 ein Tabu. Das ist eine Einschätzung meinerseits, die ich geben kann, über die ich aber versucht habe, in einer Vielzahl von Veröffentlichungen zu zeigen, daß darüber hinaus Stalinismus etwas weiteres ist, nämlich die brutale Form nicht nur der Diktatur schlechthin, sondern die brutale Form der Säuberungen, der Verfolgungen, der Unterdrückungen und des Personenkults, der als ideologische Dominante hinzugekommen ist.

Zu der Frage, wer eigentlich verantwortlich gewesen ist – Herr Dr. Faulenbach hat sie gestellt –: Man wird auch hier sagen müssen, daß es nicht so ganz einfach ist, die Verantwortlichkeit nur der sowjetischen Besatzungsmacht oder nur dem Politbüro oder dem Parteivorstand der SED zuzuschreiben. Es kommt auch hier auf die konkrete Situation an. Generell hat selbstverständlich die Besatzungsmacht – das ist im Wort enthalten – bis 1949, also bis zur Gründung

der DDR, danach mit großer Sicherheit die sowjetische Kontrollkommission, die Hauptstränge der Politik bestimmt. Dagegen konnten die deutschen Kommunisten nicht opponieren. Das war völlig undenkbar. Insofern gibt es schon noch eine übergeordnete Instanz über den kommunistischen Kadern, nämlich die SMAD als das ausführende Organ der sowjetischen Regierung.

Ich möchte ein Beispiel bringen: Wilhelm Pieck berichtete am 3. Juli 1950 über ein Gespräch, das er mit sowjetischen Vertretern, darunter Semjonow, hatte. Dort heißt es folgendermaßen: Untersuchungen über parteifeindliche Elemente sind notwendig. Dabei sollten sowohl Staatssicherheit – Zaisser – als auch PKK – Matern –, das heißt einerseits die staatliche Ebene für die Verfolgung von Staats wegen, und andererseits die Parteikontrollkommission für die innerparteiliche Verfolgung, eingesetzt werden. Direktiven ergehen.- Das war am 3. Juli 1950. Am 11. Juli 1950, eine Woche später, faßte das Politbüro unter Punkt 14 folgende Mitteilung der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) zusammen: „Aufgrund des Berichtes des Vorsitzenden der ZPKK über das Untersuchungsverfahren gegen den Genossen Abusch im Zusammenhang mit dem Fall Field scheidet Genosse Abusch aus dem Sekretariat des Politbüros aus.“

Ich glaube, deutlicher kann es nicht werden. Semjonow mahnte an, was los sei, warum das so lange dauere. Danach wird das erste „Bauernopfer“- Abusch – schon rausgeworfen. Einen Monat später folgten Merker und die gesamte Gruppe. Wenn man zentrale Punkte ansieht, merkt man, daß die sowjetische Besatzungsmacht es war, die in den Jahren 1947 bis 1949 und darüber hinaus das bestimmende Element gewesen ist. Man kann die Feststellung treffen, daß das generell gilt, aber das gilt nicht bei allem.

Warum die SED so früh entstand und die anderen Einheitsparteien erst drei Jahre später, ob das nun sowjetische Taktik war, das wissen wir noch nicht. Die Akten sind noch nicht gefunden worden. Der Einfluß der deutschen Kommunisten, die ihre Vorstellungen hatten, spielte wahrscheinlich auch eine Rolle. Ich glaube, man kann das jeweils nur konkret beurteilen. Das Gesamte ist ein Beziehungsgeflecht, und man kann es sich nicht so einfach machen, zu sagen, daß der oder jener bestimmend war.

Nun noch ein paar Worte zur Gründung der SED: Herr Keller, ich glaube, daß man nicht danach gehen kann, wieviel Prozent der Mitglieder der SPD bereit waren, in die SED zu gehen, und wieviele dagegen waren. Wenn eine Partei gewissermaßen mit Lug und Trug vorgeht und behauptet, auch sie sei für die parlamentarische Demokratie, kann man sagen, daß mit der Vereinigung etwas nicht stimmt. Als zweites muß geprüft werden, ob diejenigen, die die SPD weiterführen wollten, eine Möglichkeit hatten, dies zu artikulieren. Es ist klar, daß das Element des Zwangs dagewesen ist – wenn man darunter nicht nur den Zwang mit dem Revolver sieht –, ganz abgesehen von dem Element des Betruges, denn 1948 wurde die SED eben doch als kommunistische

Partei ausgewiesen. Insofern kann man das nicht entkräften, indem man versucht, zu sagen: Es gab aber einen großen Teil – die aus den KZs z. B. –, der die Entwicklung so nicht wollte. Das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß sich die KPD 1918/19 von der SPD abgespalten hat, weil sie die parlamentarische Demokratie nicht wollte. 1945 konnten die Leute nicht mehr wissen, daß die Aussage der KPD, auch sie sei jetzt für die parlamentarische Demokratie, nicht stimmt. Die Leute haben sich gefragt, wo der Unterschied ist, denn auch im Westen hat es solche Ansichten gegeben. Diese Meinungen gingen nicht nur auf die sowjetisch besetzte Zone zurück. Am Ende zeigt sich, daß das ein singulärer Vorgang war und nur möglich, weil eine allmächtige Besatzungsmacht zusammen mit ihren verbündeten deutschen Kommunisten den Zusammenschluß durchziehen konnte. Eine darüber hinausgehende Einschätzung ist, glaube ich, nicht möglich.

Dr. Günter Buchstab: So wie Herr Dr. Faulenbach und Herr Dr. Mitter das festgestellt haben, habe ich das nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß 1948 der Prozeß der Gleichschaltung massiv einsetzte und 1952 im wesentlichen abgeschlossen war. Zunächst muß man zwischen der Basis und den Funktionären unterscheiden. Das habe ich verschiedentlich versucht deutlich zu machen. Am 17. Juni 1953 war es in der Tat so – ich habe die Protokolle des Hauptvorstandes der CDU nachgelesen –, daß ausschließlich Götting die Diskussion bestimmte. Es gab zwar noch ein paar kritische Bemerkungen, aber Götting setzte sich massiv durch. Er ging über mehrere Wochen hinweg in die Bezirke, um dort die Basis und die Funktionäre zu beruhigen. Die Funktionäre, die 1953 noch nicht auf Linie waren, wurden blitzschnell eliminiert. Von da an kann man auf jeden Fall sagen, daß die Funktionärsschicht, die die Partei bestimmt hatte, zum überwiegenden Teil prokommunistisch-zentralistisch eingestellt war. Also war die CDU in der Funktionärsschicht eine Kaderpartei, nicht jedoch bei den Mitgliedern.

Ich kann Herrn Rieke ausdrücklich unterstützen: Was er gesagt hat, gilt nicht nur für die SPD-Angehörigen, sondern gilt in gleichem Maße auch für die vielen Mitglieder der CDU, die in den Haftanstalten genauso gelitten haben wie die anderen.

Herr Meckel hat noch eine Anmerkung zum Sozialismus gemacht. Das müßte man eigentlich lange diskutieren. Ich kann nur sagen: Kaiser verstand den Sozialismus ähnlich wie die im Westen als einen christlichen Sozialismus. Die Begriffe müssen sehr deutlich unterschieden werden, denn christlicher Sozialismus beinhaltet auch Privateigentum, keine staatlichen wirtschaftlichen Monopolstellungen genauso wie die Freiheit der Persönlichkeit. Das ist etwas ganz anderes als ein atheistischer Sozialismus.

Abschließend eine Bemerkung zu Nuschke: Er war ab 1950, nach der Anerkennung der Einheitslisten für die Wahlen, im Grunde genommen ein

abgetretener Vorsitzender. Er spielte in den Vorstandssitzungen keine Rolle mehr. Das Sagen hatte Götting. Nuschke war nur noch eine Galionsfigur.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Meinen Dank an diejenigen, die die sehr wichtige Diskussion bestritten und die geantwortet haben, verbinde ich mit meinem Dank an diejenigen, die so geduldig gewartet haben.

Ich rufe jetzt als letzten Punkt der heutigen Tagesordnung drei weitere Vorträge auf:

1. *„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“*

Dr. Günter Braun: Der folgende Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Versuch, anhand weniger Beispiele aus der politischen Praxis der Thüringer SED das, was Professor Weber zur Entwicklung der Gesamtpartei vorgetragen hat, in einigen Punkten regionalhistorisch zu konkretisieren.

Daß die Entwicklungslinien der SED auf Zonen- und Länderebene in Grundzügen parallel verliefen, muß nicht besonders betont werden. In einem politisch-sozialen System, das zwar föderal gegliedert, aber frühzeitig von Einheitsstaatspostulaten überlagert war und seit 1947 einem beschleunigten Zentralisierungsprozeß unterlag, paßten sich alle nachgeordneten Partei- und Verbandsgliederungen ebenso an die von „oben“ vorgegebenen Formen und Inhalte der Politikgestaltung an wie der administrative Unterbau. Je nach regionalen bzw. lokalen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren geschah dies freilich in unterschiedlicher Ausprägung und zuweilen auch ungleichzeitig.

Bevor ich mich den Spezifika der Thüringer Nachkriegsgeschichte und ihren Folgen für die SED-Entwicklung zuwende, sei wenigstens ein summarischer Hinweis auf Quellen, Literatur sowie Forschungsstand gegeben: Zur Verfügung standen die Protokolle der Sekretariatssitzungen des Landesvorstands Thüringen von 1946 bis 1950. Ausgewertet wurden ferner Überlieferungen des SED-Parteiorgans sowie Teile des Bestandes des Innenministeriums der Landesregierung Thüringen. Nur Aktensplitter sind von den Vorläuferorganisationen SPD und KPD – auf Thüringen bezogen – erhalten, wobei eine Vielzahl der SPD-Materialien im Westen seit langem durch den Nachlaß Hermann Brills zugänglich waren. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die unmittelbare Nachkriegsphase der Thüringer Landes- und Parteienpolitik schon vor der „Wende“ relativ gut erforscht werden konnte. Insbesondere Darstellungen von Manfred Overesch, Beatrix W. Bouvier, Frank Moraw und Helga A. Welsh weisen dies nach. Mit den nun verfügbaren Quellen zur thüringischen SED-Geschichte werden die bisherigen Forschungsergebnisse nicht hinfällig, aber doch in vielen Punkten ergänzt, bisweilen korrigiert, und sie sind vor

allem dichter zu belegen. Das gilt auch für die Auseinandersetzungen im thüringischen Machtzentrum in der SED sowie zwischen ihr und „bürgerlichen“ Kräften. Härter als in jedem anderen Land der SBZ wurde in Thüringen um den maßgeblichen politischen Einfluß gerungen: Keine andere Landesregierung verschleiß so viele Minister und andere hohe Staatsfunktionäre, und nirgendwo sonst war die Fluchtrate führender Landespolitiker dermaßen hoch. Selbst den amtierenden Regierungschef Rudolf Paul (SED) zog es im September 1947 in den Westen.

Diese Begleiterscheinungen der politischen Umwälzung, aber auch zahlreiche Parteiverfahren gegen oppositionelle Kommunisten schon seit 1947 und nicht zuletzt die im Zuge der Umbildung der SED in eine stalinistische Kaderpartei intensiviertere Verfolgung sogenannter „illegaler Schumacher-Gruppen“ deuten an, daß in Thüringen eher ungünstige Bedingungen für den Erwerb und die Konsolidierung kommunistischer Macht herrschten.

Ursachen und Gründe für diesen konfliktreich verlaufenen Prozeß sind vor allem in den politischen Traditionslinien des Landes, seiner spezifischen Nachkriegssituation und seiner Grenzlage zu suchen. Es sei daran erinnert, daß die einstige Hochburg der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre bis auf wenige Bastionen kräftig geschleift worden war und Thüringen sich bereits in den zwanziger Jahren zu einem besonderen Hort der völkisch-nationalen Bewegung zu entwickeln begann. Davon profitierten schließlich vor allem die Nazis. Bei Kriegsende lag der Anteil der NSDAP-Mitglieder in der thüringischen Staatsverwaltung bei überdurchschnittlichen 96 %, was die Entnazifizierung natürlich enorm erschwerte.

Negativ vorbelastet war – zumindest für die KPD-Führung – der politische Neubeginn in Thüringen auch durch die vorübergehende US-Besatzung des Landes. Sie verhinderte, daß hier eine Instrukteursgruppe des ZK der KPD initiativ werden und die kommunistische Politik vereinheitlichen konnte. Dies war dem Zentralkomitee aus zwei Gründen wünschenswert erschienen: Zum einen, weil der thüringischen KPD zu Weimarer Zeiten in der kominternkritischen KP-Opposition und dem Leninbund mancherorts eine starke Konkurrenz im eigenen Lager erwachsen war, was bei den SED-Säuberungen Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre häufig Nachspiele haben sollte; zum anderen aber auch deshalb, weil nach der Kapitulation durch die Aktivitäten der befreiten Buchenwaldhäftlinge eine personelle Konstellation entstanden war, in der politische Konzeptionen vermutet wurden und zum Teil auch virulent waren, die der Generallinie der Moskauer KP-Emigranten zuwiderliefen. Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht verbesserte sich die Position der Berliner Führung in doppelter Hinsicht: Einerseits war das ZK der KPD nun in der Lage, seine Vertrauensleute im thüringischen KPD-Apparat zu etablieren und die Dominanz der „Buchenwalder“ abzubauen. Andererseits wurde der Einfluß des SPD-Führers Hermann Brill, der als Regierungspräsident mit

der amerikanischen Besatzungsmacht gut kooperiert hatte, aufgrund seiner Amtsenthebung durch die Sowjetische Militäradministration (SMA) Thüringen entscheidend geschwächt.

Dies wirkte sich auf die Situation der Sozialdemokraten insgesamt negativ aus, vor allem mit Blick auf ihre Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten in der von den Kommunisten seit Herbst 1945 forcierten Vereinigungskampagne. Sie hatten zunächst zugunsten von Hermann Brills Option für eine Arbeitereinheitspartei namens „Bund Demokratischer Sozialisten“ auf eine rasche Reorganisation der traditionellen Parteistrukturen verzichtet. Brills Plan stieß jedoch auf heftigen Widerstand der SMAD; zu bilden war ein Landesverband der SPD, und dieser war kaum etabliert, da begann das heftige Vereinigungswerben der Kommunisten. Der Ausstieg des von den Sowjets bedrängten Vorsitzenden Brill, massiver Druck der SMA Thüringen und die dadurch in Vorhand gebrachten sozialdemokratischen Befürworter der Fusion – zu nennen ist vor allem der spätere SED-Vorsitzende Heinrich Hoffmann – bereiteten schließlich das Terrain für den Zusammenschluß vor. Sowohl im hauptamtlichen Parteiapparat der SED als auch in der Landesverwaltung waren ehemalige Sozialdemokraten in der Folgezeit relativ schwach vertreten.

Thüringens Liberal- und Christdemokraten konnten sich dagegen über ihre Regierungsbeteiligung nicht beklagen. Sie waren hier stärker als in anderen Landesexekutiven der SBZ repräsentiert. Um so massiver wurden sie indessen zwischen 1948 und 1950 aus ihren Ämtern gedrängt. Hierbei wurde die zeitgenössisch-dennunziatorische SED-Deutung des bürgerlichen Lagers, daß es die „Fortschrittlichen“ zu unterstützen und die „Reaktionäre“ zu schlagen gelte, insbesondere von den CDU- und LDP-Repräsentanten August Bach und Dr. Hans Loch auch noch bestätigt. Insbesondere Hans Loch, ab 1951 Vorsitzender der LDPD, bescheinigte die Kaderabteilung des SED-Landesvorstands 1949 eine „positive Einstellung zur SU“ und einen „fortschrittlichen Standpunkt“, den er „grundsätzlich gegen reaktionäre Kräfte in der LDP“ vertrete. Schon 1948 traf die SED-Landesspitze vor Blocksitzungen in Thüringen mit Loch Absprachen und wurde auch auf diese Weise befähigt, die Liberaldemokraten zu neutralisieren.

Auf der langen Liste der Thüringer Besonderheiten steht schließlich die Tatsache, daß das Land die längste Grenze zum Westen Deutschlands zu „verteidigen“ hatte und ein Teil seiner Kreise in der Grenzregion überdies stark katholisch geprägt war. Die hieraus resultierenden Probleme für die Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs sollten nicht unterschätzt werden. Noch 1950 beschrieb der SED-Kreissekretär von Heiligenstadt die schwierige Lage seiner Partei in einer Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung mit den Worten: „Im Eichsfeld herrscht die Reaktion.“

Mehr als 6.000 organisierten Christdemokraten standen dort lediglich 3.000 Einheitssozialisten gegenüber. Was jedoch schwerer wog, war der Einfluß „der

Pfarrer von den Kanzeln“. In immerhin 19 von 92 Gemeinden des Landkreises Worbis stimmten jeweils mehr als 10% - zum Teil bis zu 30% - der Wähler bei der Einheitslistenabstimmung im Oktober 1950 gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Folgt man einem jüngst erschienen Aufsatz, so ist es der SED im Eichsfeld nie gelungen, die Milieuschranken des Katholizismus völlig zu durchbrechen.

Mehr als durch Besonderheiten war natürlich auch das Handeln der Thüringer Kommunisten durch die übergreifenden Zusammenhänge der SBZ-Entwicklung, ihren Bezug zur internationalen Politik und zu den deutschlandpolitischen Kalkülen der Sowjetunion bestimmt. Wie stark diese Rahmenbedingungen wirkten, soll an einer Episode aus der SED-Geschichte des Jahres 1947 verdeutlicht werden, in der sowohl die Bedeutung der Besatzungsmacht und der Einfluß der Berliner Parteizentrale als auch Momente der sowjetischen Deutschlandpolitik schlaglichtartig aufscheinen. Ihr Gegenstand ist eine Regierungsumbildung in Weimar. Die politische Konstellation war dort seit langem durch das konfliktreiche Verhältnis der SED zu dem habituell wie politisch eher liberalen Ministerpräsidenten Rudolf Paul belastet gewesen. Gestützt vor allem auf sein gutes Verhältnis zu den SMAD-Oberen, aber auch auf seinen überraschenden Eintritt in die SED bei deren Entstehen, hatte er sich eine gewisse Unabhängigkeit im Ministerpräsidentenamt bewahren können. Im Frühjahr 1947 dennoch amtsmüde geworden, reichte er seinen Rücktritt ein, der jedoch nach Absprache mit Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, dem Thüringer Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, bis zur Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte vom 10. März bis 24. April 1947 verschoben wurde. Paul meldete sich krank.

Um einen politisch einflußreichen SED-Mann im Kabinett zu plazieren, wurde der Thüringer SED-Vorsitzende Werner Eggerath, ehemals KPD, per Landesgesetz zum Interimspräsidenten bestellt. Wahrscheinlich – diesen Schluß legen jedenfalls die Quellen nahe – waren er und seine Vorstandskollegen der Meinung, damit ihr „Regierungsproblem“ gelöst zu haben. Doch das sah die SMAD anders. Statt den Wechsel formal zu vollziehen, verbot sie nach Abschluß der Moskauer Konferenz den „Rücktritt des Ministerpräsidenten oder irgendeines Präsidenten in unserer Zone“. So übermittelte jedenfalls Otto Grotewohl den am 29. April 1947 nach Berlin beorderten Thüringer SED-Führern eine Direktive Marschall Sokolowskis. Er verlangte, daß Paul seine Funktion wieder aufnehmen müsse, außerdem politische Hilfestellung von Eggerath als neuem Innenminister erhalten solle, der Ernst Busse, einen Exponenten der „Buchenwalder Kommunisten“, zu ersetzen habe. Darüber hinaus wurden sie angewiesen, den Volksbildungsminister auszuwechseln. Der bisherige Amtsinhaber Walter Wolf, so die Begründung der SED-Spitze, habe als ehemaliger Kommunist zum Ausgleich sozialdemokratischer Paritätsdefi-

zite in der Thüringer Ministerriege jemandem aus der ehemaligen SPD Platz zu machen.

Beide Weisungen erschienen angesichts des damals intensiven Vormachtstrebens der Kommunisten in der SED wie in den Landesexekutiven als unzeitgemäß, und erst nach dem zweiten Blick läßt sich der vermeintliche Widerspruch auflösen. Sie waren offenkundig Element der komplizierten deutschlandpolitischen Erwägungen, die in der Sowjetunion im Umfeld des Außenministertreffens in Moskau angestellt wurden. Welche Reichweite sie letztlich hatten, wird sich wohl erst bestimmen lassen, wenn die einschlägigen Moskauer Akten eingesehen werden können. Erkennbar aber wird immerhin, daß Stalin eine interalliierte Verständigung über Deutschland in näherer Zukunft nicht grundsätzlich ausschloß und die Moskauer Deutschlandpolitiker deshalb gehalten waren, sich auf diesen Fall vorzubereiten.

Eine wohl nicht unwesentliche Rolle spielte hierbei die Frage, was getan bzw. verändert werden müsse, um bis zu einem eventuellen Konsens der Siegermächte die Kontrolle über das eigene Besatzungsgebiet zu gewährleisten und zugleich den politischen Einfluß im Westen Deutschlands zu erhöhen. Als eine Voraussetzung dafür wurde die Bildung einer gesamtdeutschen SED gesehen und quasi als Gegenleistung die legale Existenz der SPD im Osten Deutschlands in Rechnung gestellt. Darauf galt es sich vorzubereiten. Als geeignetes Mittel gegen eine positive Resonanz auf das Wiedererstehen der Sozialdemokratie erschienen das demonstrative Unterstreichen der 1946 für die Einheitspartei verabredeten paritätischen Besetzung aller relevanten Parteipositionen, das demonstrative Berücksichtigen aller Sozialdemokraten sowie die Zurückhaltung von früheren Kommunisten bei der Vergabe von Regierungsämtern – also der Nachweis, daß für eine SPD in der SBZ eigentlich gar kein Bedarf vorhanden sei.

Diese Taktik wurde aber offenbar nur bis Mitte Mai 1947 verfolgt und schließlich aufgegeben, weil die Versuche, in den Westzonen zur Einheitspartei zu gelangen, am Anfang dieses Monats einen empfindlichen Dämpfer erhalten hatten. Nach der französischen und der britischen verbot auch die amerikanische Militärverwaltung die von ihr bis dahin geduldete öffentliche Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft KPD-SED“. Zwar hielt die SMAD ihr Kompensationsangebot weiterhin aufrecht, doch dies blieb im Westen und im Alliierten Kontrollrat ohne positives Echo.

Die befohlene Ablösung von Walter Wolf und Ernst Busse – er wurde 1950 unter falschen Anschuldigungen verhaftet und kam 1953 im Lager Workuta ums Leben – blieb im Sekretariat des SED-Landesvorstands Thüringen nicht unwidersprochen. Vor allem die früheren Sozialdemokraten staunten über die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Berliner Parteizentrale das Recht nahm, der Thüringer Landesleitung Entscheidungen vorzugeben, die nach deren Selbstverständnis eindeutig in ihre Kompetenzen gehörten. Doch in beiden

Fällen drängte die SED-Spitze auf raschen Vollzug – hier noch mit einem Verweis auf die Order der Besatzungsmacht, bald aber unter Berufung auf den „demokratischen Zentralismus“.

In welchem Maße und auf welche Weise die SMAD auch auf den Umbau der SED in eine stalinistische Partei direkt einwirkte, soll ebenfalls an einem Beispiel demonstriert werden: Es handelt von der Auflösung des SED-Kreisvorstands Altenburg im April 1949 und der Maßregelung des Zweiten SED-Landesvorsitzenden Kurt Lessig (ehemals KPD). Sowohl er als auch einige Mitglieder der Altenburger SED-Leitung waren gegen einzelne, vorwiegend personalpolitische Entscheidungen der Besatzungsmacht aufgetreten, verlangten ein Selbstbestimmungsrecht in kommunalpolitischen Belangen und betonten die deutschen Parteitraditionen der KPD.

Am 26. März 1949 wurden deshalb der SED-Landesvorsitzende Hoffmann und Ministerpräsident Eggerath zu Gardegeneralmajor Kolesnitschenko bestellt. In Gegenwart des Chefs der SMA-Abteilung Information und des Dolmetscherleutnants überreichte er ihnen zunächst „ein umfangreiches Schriftstück“ in russischer Sprache, das sich auf Minister Dr. Georg Appell (SPD/SED) bezog. Eggerath erhielt den Auftrag, es „diskret“ übersetzen zu lassen und „zum Gegenstand einer Beratung“ im Landessekretariat der SED zu machen. Mit anderen Worten: Appell wurde abgesetzt. Dann empfahl Kolesnitschenko, das Mitglied der NDPD Dr. Walter König „im Range eines Ministerialrats in das Ministerium für Volksbildung einzugliedern“, was ebenso umgehend erledigt wurde. Nachdem er die Genossen noch über weitere „Aufdeckungen von Agenten des Ostbüros der SPD und anderer Spionagezentralen“ informiert hatte, kam der General zu seinem wichtigsten Anliegen: Sie betrafen das politische Verhalten des SED-Kreisvorstands Altenburg und von Kurt Lessig. Ihnen wurde vorgeworfen, „kein Verständnis für das Prinzip des demokratischen Zentralismus“ aufzubringen und eine „offene Abneigung gegen sowjetische Offiziere“ zu zeigen, also Verhaltensweisen, so das Verdikt Kolesnitschenkos, die auf eine „sowjetfeindliche und nationalistische Einstellung schließen lassen.“ Die sowjetische Militärverwaltung könne diesen Zustand „nicht mehr länger tatenlos hinnehmen.“ Eggerath und Hoffmann sollten mit dem Politbüro der SED den ganzen Sachverhalt klären.

Nachdem Walter Ulbricht am Rande einer Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission informiert worden war und daraufhin selbst den SMA-Chef Thüringens konsultiert hatte, beriet am 7. April 1949 das Politbüro über den Fall. Lessig, so wurde beschlossen, sollte zu den Vorwürfen schriftlich Stellung nehmen und nach dem Willen von Ulbricht als Schüler in den laufenden Kursus an der Parteihochschule eingegliedert werden. Das Kleine Sekretariat der Thüringer Landesorganisation wurde angewiesen, selbstkritisch über seine mangelhafte politische Arbeit Gericht zu halten. Dieser Prozedur mußten sich am 5. April 1949 zunächst die Altenburger Sekretariatsmitglieder

unterziehen. Im Weimarer Parteihaus erhielten sie eine Lektion über die „führende Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Es habe den Anschein, „daß sie manchmal sehr selbstbewußt Entscheidungen fällen.“ Statt dessen müßten sie einsehen, daß „das Verhältnis zu den Kommandanturen (...) und zu den einzelnen Offizieren (...) sich wesentlich gewandelt“ hat. „Wir müssen klar erkennen“, argumentierte Innenminister Willy Gebhardt (KPD/SED), „daß die russischen Genossen uns durch ihre Erfahrung weitaus überlegen sind, auch wenn es sich um junge Offiziere handelt.“ Die in Altenburg geübte „Selbstherrlichkeit“ bedeute „eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus.“

Dieses Delikt und Nachforschungen, die von der Zentralen Parteikontrollkommission bei „intensiver Mitarbeit durch eine Kommission der Freunde“ in Altenburg vorgenommen worden waren, führten letztlich zur Auflösung des Kreisvorstandes, zum Parteiausschluß ihres Vorsitzenden durch das Politbüro und zu einer breiten innerparteilichen Kampagne gegen „nationalistische Abweichungen“ und „Opportunismus“.

Zusammenfassend zeigt sich mithin folgendes:

- Auch in Thüringen vollzieht sich die Vereinigung von KPD und SPD unter Druck und Zwang der Besatzungsmacht gegenüber einer keineswegs politisch homogenen SPD.
- Auch in Thüringen gelingt es der SED sehr früh, die Blockparteien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, nicht zuletzt dank der Mitwirkung von sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften aus CDU und LDP.
- Auch in Thüringen hat die SED in allen wesentlichen Fragen kaum eine Chance, sich gegen Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration durchzusetzen.
- Auch in Thüringen wird der hier nicht besonders thematisierte Prozeß der Transformation der SED in eine bolschewistische Kaderpartei eingeleitet durch das Hinaussäubern von Parteimitgliedern. Davon betroffen sind vor allem diejenigen mit noch virulentem sozialdemokratischem Hintergrund, aber auch Kommunisten, die im Verdacht stehen, wie in den dreißiger Jahren eigenständig und selbstbewußt zu handeln.

2. „Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“

Dr. Magdalena Heider: Der Verband, über den hier kurz zu berichten sein wird, gehört zur Gruppe der Massenorganisationen. Stark vereinfacht lassen sie sich als Verbände charakterisieren, die – zumeist ab 1948/49 unter strikter politischer und personeller Kontrolle der SED – arbeitsteilig als Transmissionen zwischen dem politisch-ideologischen Zentrum und so-

zialen Großgruppen wirkten. Systematisch waren sie zum einen nach ihrem jeweiligen Adressatenkreis und hier nach interessen-, alters- und geschlechtsspezifischen Aspekten zu unterscheiden, zum anderen nach den sie dominierenden speziellen Organisationszwecken, also etwa nach Gesichtspunkten der formalen Legitimationsbeschaffung oder Interessenvertretung, wie sie z. B. beim FDGB, der VdGB, den Konsumgenossenschaften hervortraten, oder nach ihrem Beitrag zur politischen Sozialisation der Menschen. Sie stand z. B. im Zentrum der Aktivitäten der FDJ, der Jungen Pioniere, des DFD oder der DSF, wobei freilich bei allen Massenorganisationen auch deren übrige Funktionen, wie z. B. die der Mobilisierung, der Informationsbeschaffung oder der Kaderbildung, eine Rolle spielten.

Schon aufgrund seiner inhomogenen und zudem wechselnden Klientel war der Platz des Kulturbundes im System der Massenorganisationen nur schwer zu bestimmen. Er war einerseits von seiner Gründung an ein Verband, der die sogenannte Intelligenz erfassen sollte – darunter wurden im wesentlichen alle akademisch oder höher Qualifizierten verstanden – und unter ihnen auch jene, die mangels einer exakten Begrifflichkeit als „Kultur-“ bzw. „Kunstschaffende“ definiert wurden. Seit 1949 wurde ihm aber andererseits auch aufgegeben, in Arbeitsteilung mit FDJ und FDGB einige der bis dahin zunächst verbotenen, dann zum Teil wiederbelebten lokalen und regionalen Vereinigungen, Zusammenschlüsse oder Vereine als Suborganisationen zu erfassen, zu integrieren und zu kontrollieren, die sich in einem weiten Sinne der „Kultur“ widmeten – etwa dem Volkstanz oder der Philatelie, der Pflege der Heimatkunde, der Musik oder der Literatur etc. Zu Beginn der fünfziger Jahre diente er zudem vorübergehend als Organisator der Künstlerverbände, die allerdings – wie die der Schriftsteller, der Komponisten und Musikwissenschaftler oder der bildenden Künstler – 1950 bzw. 1951 unter seinem Dach entstanden und der besseren Kontrolle wegen seit 1952 zu selbständigen Organisationen mit eigenen Verbandsstrukturen umgeformt wurden, zu denen direkte Verbindungslinien der Partei hergestellt werden konnten.

Der Kulturbund spielte somit in seinen früheren Jahren im politischen System der SBZ/DDR eine gewisse Sonderrolle, und seine Strukturen zeigten denn auch gewissermaßen föderative Abweichungen von den eher straff zentralistischen Organisationsprinzipien der klassischen Massenorganisationen marxistisch-leninistischen Typs. Er war mancherorts als eine Art lokaler „Kulturverein“ präsent und oftmals einziger Anbieter kultureller Veranstaltungen; er trat anderswo örtlich allein in Gestalt eines heimat – oder literaturgeschichtlichen Zirkels bzw. als Volkstanzgruppe in Erscheinung. Auf Kreis- und Landesebene hatte er jedoch als politischer Koordinator dieser unterschiedlichen Vereins- und Verbandsaktivitäten zu wirken und sich im Zonen- bzw., DDR-Maßstab schließlich im wesentlichen als Massenorgani-

sation einer sozialen Großgruppe, nämlich der Intelligenz darzustellen, die mit den Marxismus-Leninismus-Kategorien kaum effektiv zu bestimmen und deshalb auch kaum zu organisieren war – vor allem seit die Künstlerverbände existierten und die Kammer der Technik, die ab 1947 verstärkt für die wissenschaftlich-technische Intelligenz zuständig wurde.

Funktionsvielfalt und Funktionswandel erschwerten bzw. verzögerten die Durchsetzung demokratisch-zentralistischer Strukturen, die seit 1948 auch im Kulturbund angestrebt wurden. Dies führte dazu, daß der Bund im damaligen öffentlichen Bewußtsein und wohl auch später noch als eine der weniger fremdbestimmten Organisationen galt, als ein Verband, in dem zuweilen sogar Initiativen von unten möglich schienen. Das schlug sich auch in den Mitgliederstatistiken nieder. Angefangen hatte der Bund im Juli 1945 mit 116 Mitgliedern, im Juni 1947 waren es 105.000, im August 1949 konnte er 152.500 verzeichnen und ein Jahr später 158.600. Ab 1949 ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß z. B. alle, die behördlich anerkannt Briefmarken sammeln und tauschen wollten, Mitglieder der entsprechenden Suborganisation, der Kommission „Philatelie“ des Kulturbundes, werden mußten.

Was sich in den Abweichungen von den Normen der Massenorganisation zeigte, war freilich nicht nur Ausdruck der Organisationsspezifik, sondern entsprach zunächst auch der Einsicht, daß die Bündnispolitik gegenüber Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Künstlern und Künstlerinnen und sonstigen Geistes- bzw. Kulturschaffenden besonderer politischer Sensibilität bedürfe. Es war dies eine Leitlinie, die bis etwa 1950 noch eine gewisse Verbindlichkeit hatte, dann aber zugunsten eines schroffen marxistisch-leninistischen Homogenisierungskurses aufgegeben wurde.

Obwohl inhaltlich wie zeitlich modifiziert, zeigte mithin auch die Frühgeschichte des Kulturbundes die für die Entwicklung des Verbandswesens der SBZ/DDR typischen Prozeßphasen. Er entstand als eine explizit überparteiliche Organisation, die eine ausgewählte soziale Gruppe ansprechen, organisieren und als Bündnispartnerin der Kommunisten gewinnen sollte. Dazu benötigte er auf der einen Seite eine eher offene, auf den vermeintlich gegebenen antifaschistischen Konsens bezogene Programmatik und auf der anderen Seite Binnenstrukturen, die den Führungsanspruch der KPD-Initiatoren sicherten und ausreichten, Kontrolle und Zugriff zu gewährleisten.

Von 1948 an wurde die Überparteilichkeit schrittweise modifiziert, zunächst organisationsintern, dann seit 1949 auch öffentlich. Gleichwohl, und auch das zeigt sein spezielles Profil, schrieb der Kulturbund die führende Rolle der SED erst 1968 in seine Satzung.

Daß diese Metamorphose des Verbandswesens im engen Zusammenhang mit dem Wandel der SED zu einer Kaderpartei stalinschen Zuschnitts stand, einherging mit der „volksdemokratischen“, später „sozialistischen“ Instrumen-

talisierung und Zentralisierung der Staatsfunktionen und den Verstaatlichungsprozessen in der Wirtschaft, braucht hier mit Verweis auf die Ausführungen von Herrn Weber nur erwähnt zu werden, ebenso die Tatsache, daß dies eine politische Folge der Lagerbildung im Osten und somit auch Konsequenz der internationalen Politik in dieser Phase des Kalten Krieges war.

Im folgenden will ich den Versuch unternehmen, anhand von vier für die frühe Entwicklung des Kulturbundes wichtigen Aspekten die Ursachen und Folgen des Wandels anzusprechen.

Ich will erstens auf das bündnispolitische Kalkül der Kommunisten verweisen. Für diese politische Taktik waren bis 1948 die Erwägungen von Bedeutung, die bereits 1944 in der Moskauer Emigration angestellt worden waren. Sowjetische und deutsche Kommunisten, unter ihnen für die KPD-Führung Johannes R. Becher, gingen damals davon aus, daß die gewollte radikale Veränderung der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen in Deutschland von einer „Demokratisierung der Kultur“ begleitet sein müsse. Dies schloß bei der Planung für den Kulturbund von vornherein eine starke gesamtdeutsche Ausrichtung ein, die später allerdings ebenfalls modifiziert werden sollte. Die Initiatoren sahen in der erfolgreichen chauvinistisch-rassistischen Umprägung eines Teils des deutschen „Kulturerbes“ durch das NS-Regime – wohl zu Recht – eine der Ursachen für die Folgebereitschaft der meisten Deutschen, zumindest bis zur Kriegswende.

„Demokratische Erneuerung“ war in dieser Sicht allerdings eine doppelte Aufgabe: Sie sollte grundsätzlich die NS-Ideologie und ihre Wurzeln bloßlegen, die verdrängten, verbotenen oder vergessenen humanistischen Traditionen wiederbeleben und fördern. Angestrebt wurde darüber hinaus aber eine Umerziehung, die die Deutschen für eine andere Gesellschaftsordnung motivieren sollte. Diesem Konzept der Transformation eines zunächst noch unbestimmten, aber schon antikapitalistischen, dann immer stärker propagierten sozialistischen Antifaschismus hatten in der SBZ alle Einrichtungen zu folgen, die kulturpolitisch arbeiteten: die Schulen ebenso wie die Universitäten, die Verlage, die Sprech- und Musikbühnen und auch der Sport etc., und angesichts der eindeutigen Machtverhältnisse fiel es nicht schwer, dies administrativ durchzusetzen.

Schwieriger war es, die „Kulturschaffenden und Kulturinteressierten“ zu gewinnen, schon weil ja nicht nur NS-Gegner angesprochen, sondern auch die intellektuellen „Mitläufer und Mitläuferinnen“ erreicht und zugleich die NS-Sympathisanten isoliert werden sollten. Insbesondere mit Blick auf die Mittelgruppe, die Mitläufer und Mitläuferinnen, hatte eine Kulturorganisation dieses Funktionszuschnitts zunächst ihre Überparteilichkeit zu betonen, sich aber zugleich so zu strukturieren, daß sie nicht etwa zu einer Interessenvertretung dieser Gruppe werden konnte, vielmehr fähig war, auf diese auch im perspektiv-übergreifenden Sinne „erzieherisch“ einzuwirken. Dazu wurde

bereits im Sommer 1945 ein Programm formuliert, das bei aller Betonung des antifaschistischen Nahziels für die sozialistische Perspektive offen war und zugleich Organisationsprinzipien entwickelte, die eine Selbstbestimmung der Mitläufer dadurch verhinderte, daß nominelle Pgs formell erst 1947 – in Mecklenburg beispielsweise war dies informell schon seit 1946 möglich –, immer aber erst nach einer strengen Prüfung aufgenommen wurden. Die Ausstattung der zentralen Gremien mit weitgehenden Rechten blockierte allerdings eine intensivere Mitbestimmung der regionalen Gliederungen.

Zweitens: Mit der Verlagerung der bündnispolitischen Interessen auf das Werben für den Marxismus-Leninismus und mit der Konzentration auf die Intelligenz-Gruppen, die für die Legitimationsbeschaffung und Produktivität der SBZ/DDR von besonderem Belang waren, veränderte sich auch die Bedeutung des Prinzips der Überparteilichkeit. Siene Aushöhlung und die Permanenz der strikten Anbindung an die SED dokumentiert die Zusammensetzung des Führungsgremiums des Kulturbundes, des Präsidialrates, zwischen 1945 und 1949.

1945 waren von den 24 Mitgliedern 13 parteilos, 1949 waren es von 60 Präsiden 26. Drei gehörten sowohl 1945 als auch 1949 der CDU an. Die Zahl der LDP-Mitglieder stieg in diesen Jahren – freilich nur von null auf drei. Hinzu kamen 1949 je ein Vertreter der Bauern- und der National-Demokratischen Partei. Die Gruppe der Geistlichen schrumpfte von drei auf einen. Die stärkste Parteien-Fraktion stellten 1945 wie 1949 die Mitglieder von KPD/SPD bzw. SED. 1945 waren es, den Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf einmal mitgezählt, sieben, also ein knappes Drittel, und 1949 26, also nahezu die Hälfte. Da die Landesvorsitzenden qua Amt dem Präsidialrat angehörten und alle SED-Mitglieder waren, wuchs die SED-Gruppe auf 32. Deutlicher noch zeigte sich die KPD-Stärke beim hauptamtlichen Personal. Als Generalsekretäre wirkten zwischen 1945 und 1949 die ehemaligen KPD- und späteren SED-Mitglieder Heinz Willmann, Klaus Gysi und Alexander Abusch. Und auch in den Ländern waren die hauptamtlichen Funktionen mit SED-Mitgliedern besetzt, die zumeist einen KPD-Hintergrund hatten.

Wie skrupulös die KPD-Führung in bündnispolitischen Fragen nach 1945 gewesen war, zeigte ihre damalige Reaktion auf die Wahl Johannes R. Bechers zum Präsidenten. Man hatte für den Posten den parteilosen Schriftsteller Bernhard Kellermann eingeplant, für Becher dagegen den Vorsitz eines Arbeitsausschusses vorgesehen, der die „praktische Alltagsarbeit“ erledigen sollte. Anton Ackermann, der führende kommunistische Kulturpolitiker dieser Zeit, nannte die Wahl Bechers denn auch eine „Niederlage“ und verlangte, sie demnächst zu korrigieren. Doch gegen die Pro-Becher-Stimmung der Gründer konnte selbst Becher nichts ausrichten. Sie wollten und sie wählten ihn immer wieder, bis 1958 – kurz vor seinem Tod.

Das Schrumpfen der bürgerlichen Fraktionen im Präsidialrat war weniger

Folge eines von den Kommunisten begonnenen expliziten Verdrängungsprozesses, wohl eher eine resignative Konsequenz des von Christ- und Liberaldemokraten wie von den Kirchen wahrgenommenen ideologischen Vormachtstrebens der SED. Man zog sich zurück, wie z. B. Ernst Lemmer, der katholische Geistliche Melchior Grosseck oder Generalsuperintendent Friedrich-Wilhelm Krummacher. Da eine öffentliche Kritik jedoch unterblieb, konnte nicht verhindert werden, daß die Kulturbundspitze, nun mit Verweis auf die große Zahl der Parteilosen sowie die kleinere der verbliebenen Blockparteimitglieder, zunächst ihre andauernde Überparteilichkeit betonen konnte und dann, nach der Anerkennung des Führungsanspruchs der Einheitspartei, in der Lage war, auf die SED-Loyalität ihrer Repräsentanten zu verweisen.

Ebenfalls im Kontext des zunächst noch verdeckten Übergangs zur „Volksdemokratie“ und der mit ihm verbundenen Abgrenzung vom Westen stand drittens der Wandel der kulturpolitischen Konzeption. Für die früheren Jahre war die vom August bis zum Oktober 1946 in Dresden vom Kulturbund mitveranstaltete erste „Allgemeine Deutsche Kunstausstellung“ weithin charakteristisch gewesen. Hier waren Werke unterschiedlicher Richtungen gezeigt worden: Die Moderne, auch mit ihren abstrakten Repräsentanten, besonders aber Arbeiten, die von den Nazis unterdrückt und verboten gewesen waren, wie die Zeichnungen von Käthe Kollwitz oder die Skulpturen Ernst Barlachs. Charakteristisch für die sowjetischen wie für die deutschen Kommunisten war aber wohl schon damals, was Sergej Tjulpanov, Leiter der Informationsabteilung der SMAD, erinnerte, daß nämlich manche Kunstverständige einige Arbeiten nicht ausstellen wollten, weil sie dem widersprachen, was seinerzeit in der Sowjetunion als Kunstdoktrin herrschte und seit 1948 auch schrittweise für Ostdeutschland verbindlich werden sollte.

Entgegen der bislang betonten Pluralität begannen nun, ausgehend von einer Kulturtagung der SED im Mai 1948 und forciert durch Zeitungsartikel des Kulturoffiziers der SMAD, Alexander M. Dymshiz, die ersten Versuche, den sozialistischen Realismus in der SBZ/DDR durchzusetzen. Dies wirkte auch auf die Diskussionen im Kulturbund zurück, obwohl diese zunächst erstaunlich vielstimmig blieben. So wurde nach 1949 kritisiert, daß „die Aufstellung eines Codes allgemeiner und einheitlicher Prinzipien“ bzw. „die klare Scheidung in gut und böse“ dieselbe Gefahr in sich berge, wie sie auch in der NS-Zeit bestanden habe, und in den meisten Sphären der Kulturbundarbeit fand die Kampagne zunächst kaum statt. Seit 1950 wurde sie von der SED jedoch intensiviert und griff dann ab März 1951, ausgelöst durch die 5. ZK-Tagung der SED, auf den Kulturbund über. Während sie in den Künstlerverbänden, die – wie erwähnt – damals gerade unter dem Kulturbund-Dach entstanden, relativ ausführlich und kontrovers aufgenommen wurde, reagierte der Gesamtverband eher lustlos. Dies lag zum einen an den strukturell bedingt schlechten Kontrollmöglichkeiten der SED, zum anderen wohl auch an der Haltung

Bechers, der sich selbst auf der 5. ZK-Tagung mit ihren extrem schroffen Formulierungen im März 1951 zu diesem Thema durchaus differenziert und zurückhaltend äußerte.

Viertens: Leichter fiel dem Kulturbund der Wandel seiner deutschlandpolitischen Programmatik. An die Stelle der bis dahin explizit betonten nationalen Orientierung, die sich in verschiedenen gesamtdeutschen Tagungen, wie 1947 im Schriftstellerkongreß, gezeigt hatte, trat seit 1949 eine Position, die zwar an der Einheit Deutschlands formal und zunehmend kämpferisch festhielt, inhaltlich aber die DDR, die Integration in das „sozialistische Lager“ und die politische wie kulturelle Abgrenzung vom Westen favorisierte. Im Zentrum der neuen Weltsicht stand eine „eindeutige Stellungnahme zur Sowjetunion“. Dies forderte die SED verstärkt seit April 1949. Sie hatte Erfolg. In Becher, dem wohl vaterländischsten der deutschen Kommunisten, hatte zuvor allerdings der Parteifunktionär den Patrioten erschlagen müssen.

Die Wendung wurde auf dem zweiten Bundeskongreß im November 1949 vollzogen. Neben Bekenntnissen zur DDR und zur Freundschaft mit der Sowjetunion wie zu Stalin wurde hier dann auch die Transformation des Kulturbundes in eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Zuschnitts beschlossen. Dies war – wie die Akten belegen – im Präsidialrat zunächst auf Widerstand gestoßen. Dieser richtete sich allerdings weniger gegen die damit verbundene weitere Instrumentalisierung der Organisation, sondern galt vielmehr einem Funktionswandel des Kulturbundes, über den seinerzeit in der SED-Führung nachgedacht worden war. Als Interessenvertretung der akademisch qualifizierten und künstlerischen Intelligenz, speziell der Wissenschaftler, wollte ihn Anton Ackermann, als Verband für die „beste deutsche Intelligenz“ wollte ihn Klaus Gysi künftig wirken lassen. Dies konnte abgewendet werden: Der Bund verstand sich fortan weisungsgemäß als Massenorganisation, blieb aber tatsächlich ein „Bauchladen“, dessen Strukturen für „demokratischen Zentralismus“ nicht eben günstig waren.

Kurz zusammengefaßt: Grundsätzlich weisen Programmatik und Aktivität jener Jahre den Kulturbund als eine Organisation aus, deren Entstehung und Funktionswandel der jeweils aktuellen Politik von KPD/SED folgte. Entsprechend veränderte sich sein Profil von einem explizit antinazistischen, aber programmatisch pluralistischen Verband mit relativ weitem Handlungsspielraum zu einer Organisation mit tendenziell marxistisch-leninistischem Selbstverständnis und einem klar abgesteckten, jedoch intern genutzten Aktionsrahmen. Die Ausdifferenzierung der Mikrostrukturen machte ein Interessen- und Meinungsspektrum möglich, das breiter gefächert war, als die Zusammensetzung der engeren Führungsspitze vermuten ließ. Es fällt deshalb schwer, den Kulturbund ab 1949 als eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Typs mit voll ausgeprägten Funktionen zu klassifizieren. Angemessener scheint es, ihn als Verband zu begreifen, der zwar prinzipiell bereit war, der SED-Politik

zu folgen, dem jedoch eigene Handlungsspielräume eingeräumt worden waren, die er situationsabhängig auch nutzte. Belege für diese Wechselbeziehung sind nicht nur die Durchsetzung des sozialistischen Realismus, sondern auch die innerverbandliche Auseinandersetzung um den 17. Juni 1953, bei der es für DDR-Verhältnisse verhältnismäßig offen und kontrovers zuing.

Auch die Tatsache, daß der Kulturbund im Juni 1992 immerhin noch 100.000 Mitglieder zählte – 1988 waren es 277.327 –, mag als Indiz dafür gelten, daß er zumindest für einen Teil seiner Mitglieder mehr war als nur ein Instrument der Partei zu ihrer Fremdbestimmung.

Dieses Fazit deckt sich in seinen Grundzügen mit der Einschätzung, zu der ich schon 1989, vor der Öffnung der Archive, gekommen war. Das lag vor allem daran, daß die gedruckten Quellen, Zeitungen und Zeitschriften aus diesen Jahren, aber auch die übrigen Überlieferungen im Vergleich zu späteren Phasen der DDR-Entwicklung relativ ergiebig sind und auch die Publikationen des Kulturbundes einen guten Einblick ermöglichten. Natürlich ist das Bild seit dem Zugang zu den Archiven sehr viel dichter und bunter geworden. Gerade deshalb erscheint es mir wünschenswert, auch in diesem Bereich weitere Forschungen zu ermöglichen.

3. *„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“*

Prof. Dr. Lothar Dralle: Vor der Beschreibung der Funktionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GDSF bzw. DSF) will ich einen kurzen Blick auf das Verhältnis der Deutschen zu den Russen werfen, wie es sich in den tausend Jahren vor ihrer Gründung entwickelt hat.

Die meisten Deutschen interessierten die Russen oder Rußland in der Regel nicht. Wurde ihre Aufmerksamkeit aber durch irgendwelche spektakulären Ereignisse geweckt, dann entwickelten sie gegenüber den Russen eine ambivalente Einstellung. Interesse wie Einstellung nahmen übrigens vom deutschen Nordosten nach Südwesten hin in ihrer Intensität ab.

Die Ambivalenz in der unterschiedlich stark präsenten Einstellung der Deutschen gegenüber den Russen wird durch zwei gegensätzliche Merkmale bewirkt. Einerseits fühlten sich die Deutschen den Russen überlegen, andererseits hatten sie Angst vor ihnen. Diese Zustandsbeschreibung gilt für 95 % der Deutschen oder mehr.

Eine weitere Vorbemerkung: In der Zeit der Weimarer Republik entstanden zwei Gesellschaften, die die Deutschen zu Freunden der Russen bzw. der Sowjets machen wollten. Hinter beiden, der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ wie dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“, stand die Kommunistische Internationale. Von beiden kennen wir Mitgliederzahlen. Da

sie von DDR-Historikern ermittelt wurden, haben wir keinerlei Anlaß zu befürchten, daß sie etwa zu niedrig angesetzt seien. Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“, die sich an die bildungsbürgerlichen Schichten Deutschlands wandte, zählte maximal 1.500 Mitglieder, das sind 0,002 % der deutschen Bevölkerung, angesetzt mit 80 Millionen. Der „Bund der Freunde der Sowjetunion“ sollte sich um Arbeiter jeder linken politischen Couleur kümmern. Diese Gruppe sah vielfach im sowjetischen System ihre Zukunft. Sie soll die Höchstzahl 50.000 Mitglieder gehabt haben. Das entspricht einem Anteil von 0,06 % der Bevölkerung. Unter zwangsfreien Bedingungen war nur eine lächerlich kleine Zahl von Deutschen so stark an der Sowjetunion und deren Menschen interessiert, daß sie einer Freundschaftsgesellschaft beitraten.

Die Grundstimmung der Masse der Deutschen gegenüber den Russen, das Überlegenheitsgefühl wie die Angst, sie wurden durch die skrupellose Propaganda der Nazis in den dreißiger und vierziger Jahren kräftig angeheizt. Die Rote Armee entsprach bei ihrem Vormarsch nach Deutschland auch durchaus diesen klischeehaften Vorstellungen. Ihr Barbarentum im ostpreußischen Nemmersdorf, ihr Verhalten, als sie dann endgültig im Reichsgebiet eindrang, das alles bestätigte, vergrößerte die Angst der Deutschen.

Trotzdem gab es Menschen unter ihnen, die dieses Gefühl entweder nie geteilt hatten oder sehr schnell überwand. Die ersten von ihnen – und das ist das früheste Datum, das sich im Zentralarchiv der DSF ausmachen ließ – fanden sich Mitte August 1945 „schon etwa sieben Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee“ in Leipzig zusammen. Die Gruppe organisierte kulturelle Vorträge und hörte russische Musik.

Der Leipziger Vereinigung folgten später andere. Sie agierten innerhalb des Kulturbundes. Es gab nicht viele von ihnen. In der DDR-Literatur wird die Zahl 14 genannt, sie weiß aber sonst kaum etwas über sie zu berichten. Die Gründe dafür sind einsichtig: Die meisten Deutschen waren damals mit dem nackten Überleben beschäftigt, und darüber hinaus wollten sie „sich keine Liebe zu Rußland oktroyieren lassen“; so deutlich formulierte das ein Kulturbundmitglied.

Neben den Kulturbundzirkeln entstanden noch Vereinigungen, die offenbar formal selbständig waren. Eine dieser Gruppen erreichte eine gewisse Bekanntheit. Es ist der „Deutsch-Russische Club“ in Weimar gewesen. Er wurde im Frühsommer 1946 gegründet.

Bei der Formierung wie bei der Arbeit hat die SMAD diesen Zirkeln Hilfe geleistet. Die Sowjets verfolgten dabei, wie bei ihrer eigenen Propagandaarbeit, im wesentlichen ein imagologisches Ziel. Wenn die Offiziere der politischen Abteilung der SMAD in Vorträgen vor deutschem Publikum in makellosem Deutsch mit ihren umfassenden Kenntnissen über Goethe, Schiller, Heine, Kant, Feuerbach oder Hegel und natürlich Marx brillierten, dann wollten

sie der Untermenschenpropaganda der Nazis entgegenarbeiten. An die Stelle des „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“ mit asiatischer Fratze sollte in den Köpfen der Deutschen der Sowjetmensch als kultivierter Europäer treten.

Diese moderate Linie wurde fast zwei Jahre lang verfolgt. Als sich Ende 1946/Anfang 1947 aber zeigte, daß die Geduld der westlichen Alliierten mit dem Generalissimus Stalin zu Ende ging, wurde sie abrupt verändert. Im Frühsommer 1947 entstanden Hals über Kopf in allen Ländern der SBZ „Gesellschaften zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ (GSKSU). Dabei wurde der Anschein erweckt, als handle es sich um eine Bewegung, die aus der Bevölkerung kam und der die Sowjets ihre Zustimmung und Unterstützung nicht verweigern wollten. Tatsächlich aber war es eine von ihnen inszenierte Kampagne. Es sah nur demokratisch aus, aber die SMAD hatte alles in der Hand. Das Fundament der Landesgesellschaften war noch nicht ganz fertig, da entstand bereits das Dach des neuen Gebäudes. In Berlin wurde eine zentrale Organisation gegründet.

Zu ihrer Gründungsversammlung lud Oberst Tjulpanov zum 30. Juni 1947 Vertreter der Landesgesellschaften und andere Personen seiner Wahl ein. Die Reden, die an diesem Tag gehalten worden sind, belegen, daß es den Sowjets nun nicht mehr allein um ihr Bild in den Köpfen der Deutschen ging. Jetzt wollten sie mehr.

Tjulpanov machte klar, daß die Gesellschaft eine Massenorganisation werden sollte; sie habe, so verlangte er, die „breiten Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes und auch gewiß die Intelligenz“ aufzunehmen. Inhalt ihrer Arbeit sollte zwar die Kultur sein, aber in einem sehr weitherzig verstandenen Sinn. Denn, so erläuterte der Oberst, „Kultur bedeutet nicht nur Gemälde, Theater, Kino, Bücher usw., Kultur heißt auch verstehen, wie der Staat gebildet wurde, also die Lehre des Staates von Marx und Lenin.“ Er fragte: „Wo sehen wir die Richtlinien unserer Entwicklung?“ und antwortete sich selbst: „Bei den alten, schon so viele Male beerdigten Marx, Engels, Lenin und bei Stalin.“

Da nach einem russischen Sprichwort die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist, hämmerte er den Versammelten noch einmal ein:

„Man muß und kann sich nicht nur beschränken auf die sogenannte schöne Kunst. Wer über die Sowjetunion wirklich etwas wissen will, muß auch verstehen, was heißt Kolchosen, was sind Bolschewiki, was haben sie gemacht ... In der ganzen Welt spricht man über Sozialismus, und man muß in dieser Gesellschaft klar zum Ausdruck bringen, was ist eigentlich Sozialismus.“

In seinen Sätzen kommt das typische leninsche Verständnis einer Massenorganisation zum Ausdruck. Sie hat Transmissionsriemen zu sein, mit dem die Auffassung der Partei an Bevölkerungskreise herangebracht wird, die sie selbst unmittelbar nicht erreichen kann oder nicht erreichen will.

Die zweite, längere Rede an diesem Abend hat Jürgen Kuczynski gehalten. Ihn hat Tjulpanov bereits am 14. Juni 1947 darüber informiert, daß er Präsident der erst zu gründenden Gesellschaft zu werden habe. Seine Rede war also wohl vorbereitet und gewiß mit Tjulpanov abgestimmt.

Ihr Schlüsselsatz lautet:

„Wer ... den menschlichen Fortschritt, wie er sich in der Sowjetunion manifestiert, haßt und verachtet, der ist selbst hassenswert und verächtlich, denn er stellt unter Beweis, daß er, wie Plato es nennt, barbarisch ist, daß er keinen Sinn für Kultur hat.“

Was Kuczynski dem folgen ließ, scheint dann auf einen Dissens zwischen ihm und Tjulpanov hinsichtlich der Funktionen der neuen Gesellschaft hinzuweisen. Als Aufgaben benannte er erstens die Reproduktion von Kulturwerken der Sowjetunion – Übersetzung von Romanen, Gedichten, wissenschaftlichen Werken sowie Aufführung von Theaterstücken, Filmen usw.- und zweitens die Produktion von Werken über die Sowjetkultur, ausgehend vom einfachen Vortrag bis zum wissenschaftlichen Buch.

Sein Kulturbegriff schien enger zu sein. Aber Kuczynski sprach nur nicht offen aus, was Tjulpanov unverblümt verlangt hatte. Aus seinem einleitenden Satz vom „menschlichen Fortschritt“ darf getrost geschlossen werden, daß der das Maß aller Dinge war, daß sich jedes Gesellschaftsmitglied diesen Fortschritt und seine Quellen – den Marxismus-Leninismus-Stalinismus – zu eigen zu machen habe. Kuczynski war an diesem Tag für die Taktik zuständig, Tjulpanov für die Strategie. Der Oberst gab das Fernziel vor, der Deutsche beschrieb offen nur eine Etappe auf dem Weg dahin.

Der Grund für diese Doppelstrategie ist wohl in den unterschiedlichen Schicksalen zu sehen, die beiden Reden beschieden waren. Kuczynskis harmloser Vortrag wurde in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht. Tjulpanovs Gebote blieben den Deutschen damals unbekannt. Ihr Inhalt war ihnen noch nicht zuzumuten; immerhin hatte Kuczynski in seiner Rede eingestanden, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen antisowjetisch eingestellt sei.

Zusammengefaßt: Die neue Gesellschaft sollte den Besitzstand der Sowjetunion ideologisch absichern. Durch ihre Arbeit sollte in Deutschland ein erster, einstweilen nur geistig-ideologischer „antifaschistischer Schutzwall“ errichtet werden.

Die Anweisungen Tjulpanovs für die Gesellschaft waren eines, ihre Umsetzung in die Praxis aber war etwas ganz anderes. Die Gesellschaft hatte große Schwierigkeiten, eine Massenorganisation zu werden. Dafür sind unterschiedliche Gründe verantwortlich. Vor allem hinderte der weitverbreitete Antisowjetismus der Deutschen diese daran, der neuen Gesellschaft beizutreten. Daneben war es aber wohl auch die dürftige Fähigkeit zur Organisation, die die Gesellschaft nur ganz langsam wachsen ließ. Auch dafür lassen sich

wieder mehrere Ursachen anführen, etwa die katastrophalen Kommunikationsverhältnisse der ersten Nachkriegsjahre oder die mangelhaften beruflichen Qualitäten des Personals der Gesellschaft.

Freilich, es gab auch Menschen, die hinsichtlich der Sowjets anders dachten als die große Mehrheit ihrer Mitbürger. Dazu zählten diejenigen Angehörigen des deutschen Bildungsbürgertums, die sich für die Sowjetunion bzw. die Russen seit eh und je interessierten. Hierher gehörten aber auch jene, die wegen des Verhaltens der Deutschen zwischen 1933 und 1945, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, Scham und Reue empfanden und sich nun wenigstens über diese Menschen informieren wollten, indem sie beispielsweise deren Sprache erlernten. Von Beginn an sind der Gesellschaft selbstverständlich auch Menschen aus opportunistischen Gründen beigetreten.

Organisatorisch sind bei der Gesellschaft zwei Ebenen zu unterscheiden: die der hauptamtlichen und die der ehrenamtlichen Funktionäre. Die letzteren waren zunächst fast durchwegs parteilos oder gehörten den bürgerlichen Parteien an, waren dafür aber in ihrer jeweiligen Umgebung prominent. Sie erfüllten also die Funktion eines Aushängeschildes. Die hauptamtlichen Mitarbeiter waren von Beginn an meist Mitglieder der SED. Angehörige von Blockparteien fanden sich selten. Die Hauptamtlichen waren, je länger die Gesellschaft existierte, um so stärker diejenigen, die Inhalt und Richtung der Arbeit bestimmten. Ihre Zahl sollte unaufhörlich wachsen. Die Gesellschaft gehörte von Beginn an auf ihren jeweiligen Ebenen zur Nomenklatura der SED. Ihre hauptamtlichen Funktionäre wurden ihr von der Partei zugewiesen – und auch wieder weggenommen. 1949 waren es vor allem Heimkehrer aus der UdSSR, die dort eine Antifa-Schule besucht hatten, die die Partei in der Gesellschaft unterbrachte.

Werfen wir einen Blick auf die Aktivitäten der Gesellschaft. Von Beginn an lassen sich zwei Bereiche in ihrer Arbeit unterscheiden.

Die Hauptamtlichen hatten vor allem Interesse an einem politisch-propagandistischen Wirken. Mit ihm begannen auch die Aktivitäten der meisten Ortsgruppen. Diese nahmen ihre Öffentlichkeitsarbeit häufig mit den Feiern zum 30. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ im Herbst 1947 auf. Diese Jubiläumsveranstaltungen waren jedoch keineswegs überall ein einziger Propagandarummel. Häufig boten sie den ehrenamtlichen Ortsgruppenvorsitzenden die Gelegenheit, mit einem interessanten Kulturprogramm an die Öffentlichkeit zu treten. Das Kulturprogramm im engeren Sinn, also russische Literatur, russisches Theater, russische Musik, war der zweite Bereich des Wirkens der Gesellschaft. Er geriet gegenüber dem ersten bald ins Hintertreffen, denn die SED war daran wenig interessiert. Da sie es aber gewesen ist, die die Gesellschaft in ihrer Arbeit anleitete, konnte sie ihre Auffassung schnell durchsetzen. Die DSF unterstand direkt dem Zentralsekretariat der SED, und zwar der Abteilung Kultur und Erziehung. Von dort bekam sie regelmäßig

vorgeschrieben, was sie zu tun hatte. Die ursprünglichen Zielvorgaben der Sowjets wurden von der SED selbstverständlich nicht verändert. Doch der Kanon der Aufgaben wurde im Gefolge der Intensivierung des Kalten Krieges vielfältiger. Da die Gesellschaft in ihren Aktivitäten getreulich den Vorgaben der SED folgte, mutierte sie schnell zu einem Allzweckwerkzeug, zu einem allgemeinen Propagandainstrument, das bei jedem der vielen Agitprop-Feldzüge der SED eingesetzt wurde:

- Sie propagierte beispielsweise den Zwei-Jahres- und dann den Fünf-Jahres-Plan sowie die Volkskongreßbewegung.
- Sie kämpfte mit der Partei um den Frieden und mit der Nationalen Front um die Gründung von Haus- und Hofgemeinschaften.
- Sie sammelte und versandte die Geschenke, die Parteien, Massenorganisationen, Betriebe und Verwaltungen der SBZ Stalin zum 70. Geburtstag zu machen hatten.
- Sie organisierte die Gründung einer gleichnamigen Gesellschaft in der Bundesrepublik. Sie leitete sie an, setzte ihr die Ziele, schulte ihre Funktionäre und erlitt mit ihr – und zwar lange vor dem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht – kläglich Schiffbruch.
- Sie gewann schließlich – im Sprachgebrauch der DSF – unvergänglichen Ruhm durch ihren Kampf für die Einführung sowjetischer Neuerer-Methoden in den Betrieben und auf den Äckern der SBZ bzw. der DDR.

Sie wurde also zu einer Propagandaorganisation.

Allenfalls an solchen Aktivitäten vermochte die Bevölkerung zunächst zu erkennen, daß die Gesellschaft durch die SED gesteuert wurde. Zu Beginn des Jahres 1949 änderte sich das. Die Partei saß jetzt so fest im Sattel, daß sie auf der ersten Parteikonferenz allen Massenorganisationen einen Tätigkeitsrahmen im allgemeinen wie im besonderen vorschreiben konnte. Vom Januar 1949 an wußte jeder Zeitungsleser der SBZ, daß auch die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ ein Teil des SED-Herrschaftsapparates war. Es mag sich komisch anhören, aber das ist bei nicht wenigen Deutschen durchaus als eine Verbesserung des Status der Gesellschaft angesehen worden; die hatten sie nämlich bisher für eine direkte „Russenorganisation“ gehalten; nun hielten sie sie für eine indirekte „Russenorganisation“.

Nicht in jedem Fall war die Gesellschaft bzw. ihre Leitung jedoch bereit, beflissener Erfüllungsgehilfe der SED zu sein. Ein Beispiel dafür: Anfang 1949 wurden Überlegungen für eine Namensänderung der Gesellschaft angestellt. Das Politbüro der SED favorisierte dabei einen anderen Namen als Kuczynski. Der spielte jedoch mit der SMAD zusammen und machte das der Partei auch klar. Pikiert erklärte sich das Politbüro deshalb zunächst außerstande, vor einer Stellungnahme der SMAD seinerseits in der Namensfrage offiziell Position zu beziehen. Wenige Tage später ließ die Partei der Gesellschaft dann

aber doch, durch eine niedrigere Ebene, ihren Namenswunsch mitteilen: „Das Kleine Sekretariat schlägt vor“, so heißt es in einem Brief, „den Namen der Gesellschaft in die 'Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion' abzuwandeln.“ Kuczynski und Tjulpanov hielten dagegen, daß die aus der Zeit der Weimarer Republik übernommene Bezeichnung „Freunde“ nach dem Überfall Hitlers auf die SU nicht mehr möglich sei. Dem hatte sich die SED anzuschließen. Aus der GSKSU wurde auf ihrem zweiten Kongreß im Sommer 1949 eine bloße „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.“

Dieser Kongreß hatte jedoch nicht nur Bedeutung für den Namenswechsel. Er war auch die Veranstaltung, auf der die Gesellschaft endgültig bolschewisiert wurde. Seiner Organisationskommission lag der Antrag der obersten Leitung vor, in den Statuten der Gesellschaft die Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ festzuschreiben.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat das, das machen die Diskussionsbeiträge klar, nicht gewollt. Sie ließ sich in ihrer Ablehnung auch nicht durch linientreue Teilnehmer irritieren, die einerseits meinten, dieses Prinzip gelte eh schon, bzw. die andererseits mit der Einführung des Begriffs „geographischer Zentralismus“ alles vernebeln wollten. Freilich beschlossen die Delegierten in dieser Frage eine Formulierung, die von der Zonenleitung der Gesellschaft ohne große semantische Verrenkungen als Annahme dieses leninschen Prinzips gewertet werden konnte und gewertet wurde. In der Folge wurden die fünf Landesgesellschaften und der Berliner Landesverband, die bisher ein ziemlich unabhängiges und mitunter auch buntes Eigenleben geführt hatten, an die immer kürzer werdende Leine der Zentrale genommen.

Der Generalsekretär Hans Mark beschrieb diese Veränderung mit folgenden Sätzen in einem Bericht an den Parteimann Fred Oelssner: Wenn vorher „die Aufgaben des Zentralen Sekretariats auf Beschaffung von Material und Koordinierung der Arbeit beschränkt“ waren und „die Länder durch eine verstärkte Kontrolle durch das Zentrale Sekretariat den Verlust ihrer Selbständigkeit befürchteten“, so wurden durch den Kongreß eine Reorganisation und Verstärkung der Landessekretariate durchgeführt und damit die Voraussetzungen für eine fester gefügte, zentral gelenkte Organisation geschaffen. Die Landessekretariate, die bis dahin den Landesvorständen verantwortlich waren, wurden der Zentrale unterstellt.

Spürbar wurde diese kurze Leine zum ersten Mal bei der zonenweiten Mitgliederkampagne, die im Herbst 1949 auf Anweisung der SED gestartet wurde. Allein die Zentrale organisierte und dirigierte; die Landesorganisationen wurden zu bloßen Erfüllungsgehilfen degradiert. Die generalstabsmäßig organisierte Aktion, bei der massiver Druck ausgeübt und eine Reihe potemkinscher Dörfer errichtet wurden, ließ die Mitgliederzahlen der Gesellschaft explosionsartig anschwellen. War die Gesellschaft vor dem zweiten Kongreß auf knappe 70.000 Mitglieder stolz gewesen, so führte sie am Jahresende weit über

600.000 in ihren Karteien. Beide Zahlen sind im übrigen alles andere als vertrauenswürdig.

Durch die Mitgliederpressungskampagne war die Politik Kuczynskis in dieser Frage von der SED konterkariert worden. Der Präsident der Gesellschaft hatte offenkundig – er war ja im englischen und nicht im sowjetischen Exil gewesen – andere Größenvorstellungen von einer Massenorganisation. Er wollte allein von der Sache überzeugte Mitglieder aufnehmen, die auch bereit waren, sich aktiv an der Arbeit der Gesellschaft zu beteiligen. Ein Bündnis mit dem FDGB, um die Arbeiter massenweise in die Gesellschaft zu treiben, hatte er noch auf dem zweiten Kongreß abgelehnt.

Der Präsident hatte sich bei der Partei aber auch sonst noch unbeliebt gemacht, beispielsweise beim Namensproblem oder durch energische Proteste gegen die Zusammenstellung von DSF-Delegationen in die Sowjetunion bzw. nach Polen durch die SED ohne Beteiligung der DSF-Führung.

Dafür mußte er irgendwann die Quittung bekommen. Im Sommer 1950 war es soweit. Am 19. Juni 1950 tagte der Gesamtvorstand der Gesellschaft. Das Kommuniqué dieser Zusammenkunft erhält die folgenden Sätze:

„Auf einer Sitzung ... bat Professor Jürgen Kuczynski darum, von seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft entbunden zu werden, um sich in Zukunft ausschließlich seinen wissenschaftlichen Arbeiten ...widmen zu können. Auf Vorschlag von Professor Kuczynski wurde an seiner Stelle der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Friedrich Ebert, einstimmig zum neuen Präsidenten der Gesellschaft gewählt.“

Mit dem Gründungspräsidenten fiel auch der Generalsekretär Hans Mark.

Warum mußte Kuczynski gehen? Ursache war nach seiner eigenen Meinung der Antisemitismus sowjetischer Funktionäre. Das kann durchaus zutreffen. Aber weder war Kuczynski der einzige Jude in oberen Rängen der DDR, noch war er nur Jude. Wir haben keinen Anlaß, an seiner kommunistischen Überzeugung und seiner Treue zur Partei zu zweifeln. Aber er war, wie er selbst formuliert hat, nicht nur Kommunist, sondern auch Wissenschaftler, Intellektueller, noch dazu einer, der aus der westlichen Emigration zurückgekehrt war. Er wurde weder von den Angstneurosen der Moskauemigranten geplagt noch war ihm deren dumpfe Apparatschikmentalität eigen. Er dachte nicht eingleisig, sondern in Alternativen. Im Ziel war er sich gewiß mit einem Ulbricht oder einem Ebert einig, ob aber auch in den Wegen zu diesem Ziel? Darüber hätte er wohl gerne immer wieder diskutiert. Ich zweifle allerdings nicht, daß er den Vorgaben der Partei schließlich Folge geleistet hätte.

Faßt man alle Überlegungen zusammen, dann mußte der jüdische, intellektuelle Westemigrant, der getrieben war von der aufklärerischen Vision, die geistige Elite des deutschen Volkes im eifrigen Streben nach Erkenntnis über die Sowjetunion in seiner Organisation vereint zu sehen, ihr zu Füßen die

„breite Masse des Volkes“, in dem Augenblick einem visions- wie kenntnisarmen Parteiwibel weichen, wo geistige Beweglichkeit unerwünscht, unkritische beflissene Weisungserfüllung aber Gebot der Stunde war.

Daß mit dem Präsidenten auch der Generalsekretär fiel, ist leichter zu erklären. Hans Mark war nach dem Urteil seines Stellvertreters Hamacher ein organisatorisches Antigenie. Seine unzureichenden organisatorischen Fähigkeiten illustriert bildhaft eine Geschichte, die die langjährige Chefin des gesellschafts-eigenen Verlags, Irene Gysi, zum besten gegeben haben soll. „Eines schönen Tages“, so erzählte sie, „erschien Hans bei mir. Mit bedrückter Miene erklärte er: 'Paß auf, Irene, du mußt jetzt ein Büchlein führen. Auf die eine Seite schreibst du das, was du einnimmst, auf die andere das, was du ausgibst.'“ „Zu diesem Zeitpunkt“, so soll Frau Gysi die Marksche Anweisung ergänzt haben, „hatte ich im Verlag bereits 20 Buchhalter.“

Das neue Gespann Ebert/Grünberg parierte die Order der Partei. Die Gesellschaft funktionierte fortan genau so, wie die Partei es verlangte. Freilich gab es zu diesem Zeitpunkt noch immer Menschen in ihr, die meinten, sie habe ganz anders zu arbeiten. Diese Reste bildungsbürgerlicher Mitgliedschaft der ersten Jahre wurden deshalb vom gehorsamen, weil parteigeschulten Funktionärs-nachwuchs hart bedrängt. Rausschmeißen müsse man solche Leute, forderte beispielsweise ein Kreissekretär auf einer Landeskonferenz in Brandenburg, oder jedenfalls mal so richtig schulen. Die Bildungs- wie Versöhnungswilligen der ersten Stunde zogen sich mit der DDR-typischen Freiwilligkeit zurück und überließen das Feld den in leerer Betriebsamkeit geübten Apparatschiks.

Die DSF wurde in schnellem Tempo nun endgültig Vielzweckwaffe im Propagandagetriebe der SED. Ihr Apparat wächst derartig, daß er sich zuletzt selbst genügt hätte und durchaus ohne Mitglieder ausgekommen wäre. Diese Erkenntnis war im Jahre 1990 im Gesamtvorstand der Gesellschaft durchaus noch präsent. Ich habe sie in Berlin mit eigenen Ohren gehört.

Wenn ich zum Schluß zusammenfasse, dann ergibt sich folgendes Bild: Die wenigen Studienzirkel der Jahre 1945 bis 1947 sind auf freiwilliger Basis entstanden. Gegen ihre Verwandlung über die Stufe einer „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ hin zur „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, zu einem jener Transmissionsriemen, mit denen die Partei ihren Willen der Bevölkerung aufzwang, haben ihre Mitglieder Einspruch erhoben. Zahlreiche Diskussionsbeiträge auf den Jahresversammlungen der frühen Jahre, bis etwa 1950/51, in den Ländern wie im „Zonenmaßstab“, legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Er wurde überhört.

Wie weit die Vorstellungen von Apparat und Mitgliedschaft über die Inhalte der Arbeit auch nach dem zweiten Kongreß und dem Sturz Kuczynskis auseinanderklafften, macht eine Umfrage deutlich, die die Gesellschaft im Herbst 1956 unter der Bevölkerung der DDR veranstaltete. Deren Ergebnisse zeigen, daß viele Mitglieder nach neun Jahren Tätigkeit der DSF nicht

einmal die primitivsten Kenntnisse über die Verhältnisse in der Sowjetunion besaßen, daß die meisten einen direkten Kontakt mit einfachen, normalen sowjetischen Menschen wünschten, daß vielen die so maßlos übertriebene Lobhudelei hinsichtlich der Errungenschaften der Sowjetunion gründlich zuwider gewesen ist. An dieser Einschätzung der Gesellschaft hat sich bis zum Ende der DDR wohl nichts Wesentliches geändert. Das zeigt ihr rapider Schrumpfungsprozeß nach dem 9. November 1989. Bis zum Februar 1991 schmolz die zweitgrößte Massenorganisation nach dem Gewerkschaftsbund von 6,3 Millionen Mitgliedern – das waren 37 % der DDR-Bevölkerung – auf 20.000 = 0,1 % zusammen. Neben dem staatlichen Zwang war am 9. November 1989 auch die „inoffizielle Rolle“ der DSF weggefallen. Sie war von den Apparatschiks als eine jener Organisationen eingeordnet worden, bei der die allein zahlende Mitgliedschaft als Nachweis gesellschaftlicher Aktivität anerkannt wurde. Eine private Nische brauchte zwischen Elbe und Oder nun niemand mehr durch solchen Nachweis abzusichern.

Wenn Russen und Rußland heute in der gesamtdeutschen Bevölkerung verbreitet große Sympathien genießen, dann ist das also kaum dem Wirken der DSF, sondern vor allem der Person und der Politik Gorbatschows zu verdanken.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank, Herr Professor Dralle. Man fragt sich unwillkürlich, was eine solch erzwungene Völkerfreundschaft diesem durch viele Ereignisse belasteten Verhältnis zwischen Deutschen und Russen angetan haben mag. Vielen Dank an die drei Vortragenden und an diejenigen, die das vorbereitet haben.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich habe die Frage, welche Rolle Johannes R. Becher und der gesamte Kulturbund bei der Aussonderung oppositioneller Künstler gespielt hat.

Zur DSF habe ich folgende Fragen: Wußten Sie, daß 80 % der Arbeitnehmer in der DDR die Auszeichnung „Sozialistisches Kollektiv“ trugen und daß man nur etwas erreichen konnte, wenn man Mitglied der DSF war? Wußten Sie, daß man gezwungen wurde, in die DSF einzutreten, wenn man studieren wollte? Ich frage das deshalb, weil beides in unserem Leben eine große Rolle gespielt hat.

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Heider. Können Sie etwas zu den Beziehungen zwischen dem Kulturbund und dem Schriftstellerverband sagen, etwa zur Rolle Hermann Kants?

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Zum Vortrag von Herrn Professor Dralle habe ich eine Anmerkung: Sie hatten davon gesprochen, daß die Prononcierung der sowjetischen Kunst, nämlich der Theaterwissenschaften und der Theateraufführungen, von ganz herausragender Bedeutung für das Wirken und das Erscheinungsbild der Gesellschaft gewesen ist. Sie haben etwas ganz

Wichtiges vergessen, nämlich den sowjetischen Film. Dazu gab es Zwangsveranstaltungen; ganze Betriebe wurden abgeordnet, diese Filme anzusehen.

Zum Selbstverständnis dieser Organisation ist zu sagen, daß sie zwar „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hieß. Das Eigenverständnis war aber so hoch, daß das „G“ weggelassen wurde und man nur noch von „DSF“ gesprochen hat. „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ stand für die Gesellschaft. Das ging soweit, daß in offiziellen staatlichen Fragebögen statt „GDSF“ „DSF“ stand. Die Blockparteien hatten dazu ein anderes Verständnis; in deren Fragebögen stand „GDSF“.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Hat es in der Anfangsphase des Kulturbundes Pluralismus gegeben? Hat man Pluralismus genehmigt? Nach der Nazizeit war das in Deutschland das Neue, daß nicht nur eine Meinung zur Geltung kam. Es kam z. B. die von den Nazis als entartet bezeichnete Kunst zurück. Es kam die Jazzmusik aus den USA usw. Inwieweit hat dieser Pluralismus, dieses Hineindringen von Kunstrichtungen, die in der NS-Zeit verboten und unbekannt waren, eine Rolle gespielt?

Sie haben die Bemerkung gemacht, daß alte Pgs in den Kulturbund aufgenommen wurden. Ich stelle die Behauptung auf – und dafür gibt es Belege –, daß die SED und vorher die KPD bestimmte, wer alter Nazi war. Insofern würde ich diese Begebenheit vorsichtig bewerten.

An Herrn Braun habe ich die Bitte, die Situation der Katholiken im Eichsfeld vertiefend zu erläutern.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe eine Frage zur Finanzierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Hatte die Gesellschaft Finanzautonomie, oder hat es indirekte Finanzierungsmodelle gegeben? War aufgrund des Beitragsaufkommens das Finanzvolumen so hoch, daß man noch andere Institutionen mitfinanzieren konnte, oder hat die Gesellschaft aus anderen Quellen Mittel erhalten? Im Hinblick auf die Struktur der Gesellschaft wäre es wichtig, dies zu erfahren.

Auch zum Kulturbund stellt sich die Frage, ob dieser aus dem öffentlichen Haushalt finanziert worden ist oder ob es andere Formen der Finanzierung gegeben hat. Das ist wichtig zu wissen, denn die finanzielle Selbständigkeit wäre ein Ausdruck von relativer Unabhängigkeit.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Mir ist aufgefallen, wie trotz der Verbreitung des russischen Sprachunterrichts in den Schulen die russische Sprachfähigkeit der Menschen relativ gering ausgeprägt gewesen ist. Das hängt sicherlich mit der mangelnden Übung zusammen; mit den stationierten Militärs durfte man nicht sprechen. Könnte es aber auch sein, daß es mit einer Aversion gegenüber Russen und der russischen Sprache zusammenhängt?

Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Dr. Braun: Welche Rolle spielte im Selbstverständnis der Geschichte der DDR die „Thüringen-Phase“?

Prof. Dr. Lothar Dralle: Der Zwang zum Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war von Anfang an groß. Der Zwang wurde in der SED selbst ausgeübt. Auf dem III. Parteitag ist kontrolliert worden, ob die Delegierten Mitglied der DSF gewesen sind.

Der Kulturbereich – Theater, Musik, Literatur – ist relativ schnell stark zurückgetreten zugunsten des rein propagandistischen Sektors, zu welchem ich stillschweigend den sowjetischen Film gerechnet habe. Die Masse der Filme, die man sich anschauen mußte, war entsetzlich. Es gab ganz wenige Ausnahmen.

Das Eigenverständnis der Gesellschaft, daß sie auf das „G“ glauben verzichten zu können, war dadurch bewirkt, daß die Kommunistische Partei im Frühjahr 1944 der Auffassung gewesen ist, daß das Nachkriegsdeutschland mit allen seinen Nachbarn in Frieden, mit der Sowjetunion aber in einer besonderen Freundschaft leben sollte. Der Präsident der DDR und Ehrenpräsident der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hat die Freundschaft zur Sowjetunion zur Herzenssache aller Deutschen erklärt. Das hat den Funktionären der Gesellschaft – nicht unbedingt den Mitgliedern – gegenüber allen anderen Massenorganisationen eine relativ starke Stellung gegeben. Sie haben wirklich geglaubt, daß der Apparat der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ ganz allein die Freundschaft zur Sowjetunion repräsentieren kann.

Die Finanzierung war ein heikles Problem. Zu Beginn waren die Beiträge so niedrig, daß die Gesellschaft nicht existieren konnte. Sie betragen zwischen 10 Pfennig und einer Mark. Zusätzlich hatte ihr die SMAD ein riesiges Finanzproblem aufgehalst. Den Ortsgruppen wurden Häuser aufgedrängt, die sie renovieren und einrichten mußten. Was das im Jahre 1947 bedeutet hat, kann sich jeder vorstellen. Im Frühjahr 1948 war es so, daß fast alle Landesverbände von den Schulden erdrückt wurden; sie hatten etwa 300.000 Mark Verbindlichkeiten, die sie nicht begleichen konnten. Zunächst haben sie versucht, Kredite aufzunehmen. Das wurde ihnen von der Zentrale untersagt. Schließlich wurde die Lösung gefunden, daß die öffentliche Hand die Schulden der Gesellschaft übernahm und daß der Gesellschaft in den meisten Landeshaushalten etwa 400.000 bis 500.000 Mark pro Jahr avisiert wurden. Diese Art der Finanzierung durch die öffentliche Hand dauerte bis zum Beginn der sechziger Jahre. In der Zwischenzeit hatte die DSF zwar die Beiträge erhöht, aber ihr organisatorisches Potential war nicht so groß, daß sie die Beiträge alle einsammeln konnte. Das schaffte sie erst Anfang der sechziger Jahre. Von da an reichte das Beitragsaufkommen für die Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. In der Regel blieb sogar etwas übrig.

Die Gesellschaft konnte also großartige solidarische Spenden nach Vietnam usw. geben oder in der Endphase Päckchen in die Sowjetunion schicken.

Es handelte sich also um eine mehrstufige Finanzierung. Die Anschubfinanzierung erfolgte durch die SMAD und zwar, wie Oberst Tjulpanov das formuliert hatte, aus dem Profit der „Täglichen Rundschau“. Von diesem Geld wurde den Landesgesellschaften 1 Million Mark überwiesen. Aus den Quellen lassen sich maximal 750.000 Mark nachweisen. Eine Viertelmillion Mark ist auf der Strecke geblieben. Vielleicht hatte er auch nur eine runde Zahl gewählt.

Dr. Magdalena Heider: Ich beantworte zwei Fragen zusammen, und zwar die Frage nach der Rolle Johannes R. Bechers und des Kulturbundes gegenüber Oppositionellen und die Frage nach dem Pluralismus. Dazu müssen Phasen unterschieden werden. In der Frühphase vor 1948 kamen z. B. zur Dresdner Kunstausstellung, in der Werke gezeigt wurden, denen die Sowjets widersprochen haben, 70.000 Besucher. Diese Pluralität stieß bei den Deutschen, die das nicht gewohnt waren, auf Widerstand. In den Archiven der PDS, des Kulturbundes und des Becher-Archivs ist nichts zu finden, daß der Kulturbund Druck auf Künstler ausgeübt hätte. Damals waren die Grenzen noch offen, deshalb hatte es ein natürliches Ausscheiden gegeben, entweder den Austritt oder die Übersiedlung nach Westdeutschland.

Ab 1948 wurde der sozialistische Realismus, diese Kunst doktrin, immer mehr durchgesetzt. Dazu ist eine Aussage Ulbrichts bekannt, wonach die Parteigenossen Künstler ihre eigene Meinung haben könnten, nach außen hätten sie sich aber als sozialistische Realisten darzustellen. Zu dem Thema haben im Kulturbund aber kaum Diskussionen stattgefunden – zumindest habe ich in den Archiven nichts gefunden. Das liegt aber wohl daran, daß sich weder die Philatelisten noch die Ornithologen für dieses Thema interessierten. Lediglich die Künstlerverbände hätte es interessieren können. Sie hatten sich erst 1950/51 im Kulturbund konstituiert, vorher waren sie selbständig oder als „Schutzverband Deutscher Autoren“ in der Gewerkschaft integriert. Bei ihrer Gründung wurde ihnen versichert, daß sie eine gewisse Selbständigkeit haben werden, die sie tatsächlich auch hatten. Lediglich im Schriftstellerverband hat es Kritikpunkte gegeben. Ich habe allerdings kein Beispiel gefunden, das belegen könnte, daß vom Kulturbund Druck ausgeübt wurde.

Was Johannes R. Becher anging, so hatte er zum sozialistischen Realismus eine differenzierte Haltung. Auf der ZK-Tagung hat er darauf hingewiesen, daß nicht alle Realisten Sozialisten seien, und gesagt, daß die Betriebsliteratur während der NS-Zeit durchaus realistische Literatur sei, noch lange aber keine sozialistisch-realistische. Er hat sich in dieser Frage stark zurückgehalten.

Der Kulturbund mit seinen vielen verschiedenen Interessenrichtungen war nicht so ohne weiteres zentralistisch zu organisieren. Bei der Führungsspitze und den Landesvorständen später mag das noch geklappt haben. Darunter war es schwierig. Ich möchte Johannes R. Becher nicht allzu sehr loben, aber ich

habe den Eindruck, daß er erstens kein Organisator gewesen ist, daß er aber auch nicht versucht hat, den Verein von jemand anderem durchorganisieren zu lassen.

In der Frühzeit vor 1948 hatten Kulturbund und Schriftstellerverband relativ viel Spielraum. Wahrscheinlich war der Schriftstellerverband für die Parteiarbeit wichtig. Durch ihre Mitgliedschaft im Kulturbund hatte man die Schriftsteller unter Parteikontrolle.

Zur Aufnahme von Pgs ist zu sagen, daß in der Anfangsphase des Kulturbundes die Umerziehungsaufgabe wichtig gewesen ist. Das geht aus Satzung und Archivhinweisen hervor. Es wurde argumentiert, daß niemand etwas davon habe, wenn die Pgs ausgestoßen würden, denn dann könnten sie eine Gefahr für das politische System werden. Wenn sie jedoch integriert, kontrolliert und umerzogen würden, könnten sie neutralisiert werden; damit sei ein Stück gewonnen. Außerdem hat es Vorbehalte gegeben, daß sie nicht in Führungspositionen kommen dürften.

(Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Wissen Sie das nur aus den Akten des Kulturbundes?)

– Ich habe zwar Zeitzeugen interviewt, jedoch nicht im Hinblick auf dieses Thema. Meine Aussagen zur Aufnahme von Pgs stützen sich auf Material des Kulturbundes.

Zur Finanzierung des Kulturbundes gibt es den Hinweis darauf, daß 1945 die KPD dem Kulturbund 2.000 Mark finanzielle Unterstützung gegeben hat. Außerdem gab es Mitgliederbeiträge. Zusätzlich erreichte der Kulturbund über die Veranstaltungen viele Leute. Davon hat es Eintrittsgelder gegeben. Auch vom Aufbauverlag hat der Kulturbund Geld bekommen.

Dr. Günter Braun: Frau Dr. Wilms, Sie hatten mich gebeten, daß ich zum katholischen Eichsfeld noch etwas sage. Ich halte das Eichsfeld, insbesondere den Landkreis Heiligenstadt bzw. Worbis, für unbedingt erforschenswert. Das wurde bislang noch nicht intensiv betrieben.

Ich bin auf das Eichsfeld schon früh durch ein Forschungsprojekt, das ich zu den ersten Nachkriegswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone gemacht habe, gestoßen. Dort hat es damals überhaupt den höchsten CDU-Stimmenanteil in der SBZ gegeben. Bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen hat die CDU ca. 63 % errungen. Das Stimmverhalten setzte sich bei der Delegiertenwahl zum Dritten Volkskongreß 1949 fort. Dort lag, selbst wenn man die ungültigen Stimmen und die hinzugefälschten Ja-Stimmen mitzählt, ein Nein von über 50 % vor.

Außerdem ist mir das Eichsfeld bei den Studien im PDS-Archiv Erfurt untergekommen. Dort liegen die Akten des SED-Landesverbandes Thüringen. Da ist mir das Eichsfeld häufig begegnet, weil die SED besondere Schwierigkeiten hatte. In einem Fall wird das ganz drastisch. 1950 wird zunächst eine

FDJ-Agitationsgruppe für eine Woche lang ins Eichsfeld geschickt. Sie berichten danach über ihre Erkenntnisse. Allerdings hatten sie Pech, weil gerade Fasching gewesen ist. Der dortige Kreissekretär der SED wurde nach Weimar zitiert, und er mußte längere Zeit berichten, was dort los ist. Dort wurde über das Organisationsverhältnis gesprochen, es wurde erzählt, daß unbedingt die Lehrer ausgetauscht werden müßten, daß es noch Nonnen gebe, die Unterricht halten, usw.

Außerdem wäre es interessant, das Eichsfeld dahingehend zu untersuchen, welche Maßnahmen die SED unternommen hat, um den Katholizismus aufzubrechen. Es wurden sehr viele ökonomische Maßnahmen getroffen. Man hat versucht, Industrie anzusiedeln, zwar möglichst weit von der Grenze weg. Anfänglich hat es sehr viele Arbeitskräfte gegeben, die im Westen gearbeitet haben. Das hat zusätzlichen negativen Einfluß gehabt.

Die Frage, inwieweit die Buntscheckigkeit Thüringens in der DDR rezipiert wurde, kann ich nur von der historischen Forschung der DDR her beantworten. Danach war die komplette US-Besetzung des Landes bis Ende Juni 1945 immer ein interessantes Thema, weil man daran die vermeintlich falsche Politik der US-Besatzer aufzeigen konnte. Darüber gibt es einige Dissertationen in der DDR. Ebenso haben sich einige Wissenschaftler mit der Rolle Hermann Brills beschäftigt, um Gegenpositionen zur westlichen Forschung einzunehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Noch einmal herzlichen Dank, speziell an die drei Vortragenden und an diejenigen, die aus eigenem Erleben und Erleiden berichtet haben. Ich denke, wir haben sehr viele, sehr eindrucksvolle Facetten des Lebens in der Frühphase der DDR erhalten.

Ende der Sitzung 16.00 Uhr